



DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Girozentrale von der Gründung 1937 bis zur
Schillingeröffnungsbilanz“

Verfasser

Hannes Zelezny

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt.

A 312 295

Studienblatt:

Studienrichtung lt.

Geschichte

Studienblatt:

Betreuer:

Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Einleitung	6
1. Die Gründungszeit und rechtliche Umwandlung	9
1.1 Rechtliche Umwandlung	10
2. Geschäftliche Entwicklung bis Kriegsende	12
2.1 Rüstungsfinanzierung	14
2.2 Der Giroverkehr	16
2.3 Die Bausparkasse	19
3. Kommende „Kriegsaktiva“	20
4. Personalangelegenheiten	23
 Die Entwicklung nach dem Krieg	 29
5. Nachkriegsprobleme	29
5.1 Uneinigkeit im Sektor	30
5.2. Der Kompromiss	36
6. Der Giroverkehr der Nachkriegszeit	38
7. Geldabschöpfung, Stabilisierung	40
7.1 Das Währungsschutzgesetz und seine Auswirkungen	41
7.2 Problem Liquidität	43
7.3 Hilfe und Service für die Sparkassen	45
7.4 Vorläufige Bilanzen und die Bilanzlücke	48
8. Die Girozentrale und das ERP-Programm	52
9. Entlassen, aber ...	54
10. „Dass kein anderes Bankinstitut derartig viele Anlässe zur Beanstandung gibt“	62
11. Exkurs: Der lange Weg zum eigenen Haus. Und wie es beinahe doch nicht geklappt hätte	69
11.1 Der Hauskauf, eine „Arisierung“	73
11.2 „Zwangsentjudung“	76
11.3 Restitution	78

11.4	Erweiterung und Renovierung	92
12.	Die 1950er Jahre	96
12.1	Stabilisierungspolitik von Regierung und Notenbank	101
13.	Eine neue Veranlagungspolitik	110
13.1	Stabilisierung der Wirtschaft, stetes Wachstum	114
13.2	Das langfristige Anleihegeschäft	115
13.3	Konflikt mit den Banken	116
14.	Rekonstruktionsbilanz, Schillingeröffnungsbilanz	123
15.	Resumé	125
	Quellen und Literatur	131

Vorwort

Mein Interesse am Thema Girozentrale ist erblich bedingt. Mein Vater war jahrzehntelang in diesem Haus beschäftigt gewesen. Schon von Jugend an besuchten wir ihn hin und wieder an seinem Arbeitsplatz. Dabei fielen uns Kindern natürlich auch die verschiedenen Veränderungen im Haus auf, ein paar Mal durfte wir auch hinunter in den Tresorraum, es war immer wieder ein Erlebnis uns dort zu treffen.

Wann immer die Bank in den Medien war, erzeugt(e) sie bei mir spezielles Interesse, auch nachdem sie zuerst von der Bank Austria und dann von der Ersten Österreichischen gekauft worden war.

Im Jahr 2005 hatte ich die Möglichkeit an einem Buch des Sparkassenverbandes mitzuarbeiten. Im Zuge der Recherche wurde ich auch mit Dr. Tschögl von der Erste Bank der österreichischen Sparkassen bekannt, von dem ich erfuhr, dass er die noch vorhandenen Akten der Girozentrale unter sich habe. Er arbeitete gerade mit seiner Mitarbeiterin Frau Eder am Restitutionsprojekt der Ersten.

Ich fragte an, ob ich mir diese Akten ansehen könnte und er stimmte bereitwillig zu. In den folgenden Monaten fand ich mich öfter in der Brandstätte ein, als es für anderweitige Verpflichtungen gut gewesen wäre.

Ich erfuhr, dass es bei der Ersten nicht mehr Unterlagen der Girozentrale gäbe, das war schade, sie endeten mit 1958, teilweise waren sie auch lückenhaft.

Neugierig beschloss ich im Staatsarchiv nachzuforschen, was dort zu finden sei. Allein

bis 1960 war der Umfang noch einmal so groß. Monate verbrachte ich im Staatsarchiv. Dieses Material hoffe ich später in einer Erweiterung und Vertiefung dieser Arbeit präsentieren zu können, wenn mich nicht der absolute Umfang des Material vorher erschlägt.

Ich möchte den Menschen beim Sparkassenverband danken, die mich auf dieses Thema letztendlich gestoßen haben, insbesondere für die freundliche Unterstützung durch Herrn Magister Paleczny und seiner Sekretärin Frau Eisenmagen. Dann noch der EDV-Abteilung, die mir monatelang im Zuge der Recherche für das Buch Heimat war.

Ohne die freundliche Unterstützung von Dr. Tschögl hätte ich keinen Zugriff auf die Akten gehabt, auch bei Frau Eder muss ich mich für die Bereitwilligkeit der Hilfe bedanken.

Dank gilt selbstverständlich auch den zahlreichen Freunden die mich drängten und der Familie die in Zeiten des Drucks nicht nervten, und wenn dann das Herz überschwappte, zuhörten.

Einleitung

Der Gedanke an eine Geldausgleichsstelle war im Sparkassensektor seit dem Zusammenbruch der Centralbank der deutschen Sparkassen im Jahr 1926 immer präsent. Besonders in der Bankenkrise ab 1931 wäre eine solche Geldausgleichsstelle für die Sparkassen sehr nützlich gewesen.

Die Wirtschaft der Ersten Republik stagnierte ab der zweiten Bankenkrise in den 1930er Jahren. Schuld war der rigorose Sparkurs der Regierung, unterstützt von der Nationalbank. Zwar war die Arbeitslosigkeit auf einem Rekordniveau, doch die Sparkassen selbst hatten ausreichend Geld. Nur wussten sie nicht wohin damit, es gab kaum Projekte die man hätte finanzieren können.

Das Projekt „Girovereinigung“ war aber nicht allen Sparkassen ein Herzenswunsch. Besonders am Marktplatz Wien gab es Widerstände gegen das Projekt, und hier mehr von Seiten der Zentralsparkasse¹. Aber auch die Postsparkasse wäre nicht erfreut gewesen über die neue Konkurrenz mit dem, aus Deutschland importierten, neuen Geschäftsmodell eines Spargiroverkehrs, wie sich noch zeigen wird.

Auf Grund dieser Widerstände zog sich die Realisierung des Projektes bis zum Jahr 1937 hin.

Am 3.Dezember 1937 fasste der Sparkassenverband, unter Hinweis auf die Bewilligung durch das Bundeskanzleramt, den Beschluss, die Aktiengesellschaft „Girovereinigung der Sparkassen“ zu gründen. Aktionäre waren die Sparkassen

¹ Theodor Venus: Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien im Nationalsozialismus. In: Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit Band 2. München 2006. S 522.

Österreichs, die Postsparkasse, der Sparkassenverband und andere Institutionen. Hauptaktionär des 15 Millionen Stammkapitals war die Zentralsparkasse, nächst größerer war die Erste österreichische Spar-Casse. Die Postsparkasse hielt eine Million.

Die Satzung der Gesellschaft war sehr restriktiv, alles was nicht gerade erlaubt war, war verboten. Detailliert wurde aufgeführt, welche Geschäftskreise die Bank betreiben würde dürfen, und das war recht wenig: Kredite durften nur an Mitglieder des Sparkassenverbandes und der Vereinigten Bank Steiermärkischer Sparkassen gegeben werden, und das nur gegen Sicherheiten und auch nur zur Aufrechterhaltung der Zahlungsbereitschaft der Kreditnehmer. Der Geschäftsführer des Verbandes musste auch noch zustimmen. Weiters durften Kredite nur an Bund, Länder, Gemeinden und öffentlich-rechtliche Körperschaften gegeben werden. Privatkredite waren außer der Belehnung von Wertpapieren verboten.²

Diese Gesellschaft wurde am Vorabend des Einmarsches gegründet, wie viele der maßgeblichen Personen sich darüber ehrlich gefreut haben ist nicht nachzuvollziehen, aber die Sparkassen waren zu dieser Zeit schon ein Hort deutsch-nationaler Gesinnung.³

Die Geschäfte wurden erst nach der Machtübernahme aufgenommen, ebenso ein Großteil der Beschäftigten. Aus dieser Stellung heraus ist es nicht verwunderlich, dass 1945 von 248 Angestellten 58 wegen Mitgliedschaft bei der NSdAP entlassen bzw. gekündigt wurden. Der Betrieb wurde zu einem Musterbetrieb der DAF

2 Sitzung des Verwaltungsrates 25.5.1956 Beilage 10 Memorandum zum Thema: Reorganisation der Girozentrale der österreichischen Sparkassen S 3-7.

3 Venus, Zentralsparkasse. S 522.

ausgebaut, das Institut beteiligte sich unter seinem Generaldirektor Ferry Schmidt tatkräftig an der Kriegsfinanzierung, wenn auch diese von oben gesteuert war.

1. Die Gründungszeit und rechtliche Umwandlung

Am 17. Dezember 1937 traten 26 Herren⁴ im Sitzungssaal des Sparkassenverbandes in der Neutorgasse zusammen und gründeten in der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates die Girovereinigung der Sparkassen.

Zum Präsidenten wurde Vizepräsident des Verbandes und Generaldirektor der Steiermärkischen Sparkasse Dr. Heinrich Poschacher gewählt, seine Vizepräsidenten waren Generalrat Dr. Paul Schwarz von der Ersten österreichischen Spar-Casse und Rechtsanwalt Dr. Alfred Tichtl der Obmann des Landesverbandes Wien, Niederösterreich und das Burgenland. Die grundsätzliche Überlegung dahinter war, dass ein Vertreter aus Wien sowie zwei aus großen Bundesländern vertreten sein sollten.

Zudem wurden sechs Vorstandsmitglieder gewählt, drei kamen aus den Bundesländern, Heinrich Poschacher, Otto Sonnleithner von der Allgemeinen Sparkasse Linz und Alfred Tichtl, während mit Paul Schwarz, Anton Neyner und Günther Hoffman jeweils einer von der Ersten österreichischen Spar-Casse, von der Zentralsparkasse und von der Postsparkasse stammten. Automatisch im Vorstand der Girovereinigung fand sich der Verbandsanwalt Stigleitner und der leitende Direktor

⁴ Dir. Franz Bayr, Dir. Helmut Borovsky, Dkfm. Karl Effenberger, Dir. Max Etz, Dir. Anton Gottwald, Staatsrat Dr. August Gottwald, Vorst. Ferdinand Hofbauer, Vorst. Hans Hörtnagl, Vizegouv. Dr. Günther Hoffmann, Dir. Hofrat Dr. Otto Kleinert, Präs. Josef Kollmann, Vizebgm. Dr. Josef Kresse, Dir. Dr. Eugen Lecher, Zentralinsp. Anton Neyner, Dir. Dr. Rudolf Paulin, Dir. Dr. Robert Pokorny, Gen.Dir. Dr. Heinrich Poschacher, Dir. Dr. Walther Schmidt, Genrat Dr. Paul Schwarz, GenSekr. Dr. Richard Sonndorfer, Dir. Dr. Otto Sonnleithner, Gen.Dir. Dr. Franz Steiner, Verbandsanwalt Dr. Hans Stigleitner, GenSekr. Dr. Friedrich Thausing, RA. Dr. Alfred Tichtl, Oberkurator Josef Vinzl. Bemerkenswert ist, dass einige Personen auch nach 1945 wieder im Verwaltungsrat aufscheinen werden.

Dr. Franz (Ferry) Schmidt im Vorstand des Instituts.⁵ Die Direktion umfasste den leitenden Direktor, Josef Kern, Franz Schöny, Karl Pawek und Richard Schwarz.

Die Vorstandsmitglieder sollten alljährlich vom Verwaltungsrat gewählt werden.

Von der Etablierung eines richtigen Direktoriums wurde abgesehen, „da uns geeignete Persönlichkeiten hiez zu nicht zur Verfügung stehen“⁶ An seiner Stelle sollte weiterhin der Geschäftsführende Ausschuss (des Vorstandes) agieren.

Bis zur Änderung der rechtlichen Grundlagen agierte ein Vorstand. Nach der Umwandlung in eine Körperschaft öffentlichen Rechts, führte als Provisorium der Geschäftsführende Ausschuss, der nominell Teil des Vorstandes war, die Geschäfte.

Wegen der deutschen Machtergreifung und dem dadurch deutlich vergrößerten Wirkungsbereich war der in der konstituierenden Sitzung vorbereitete Stellenplan schon im Mai obsolet, fast alle genannten Personen waren schon verpflichtet worden.⁷ Der ursprüngliche Stellenplan hatte eine Belegschaft von 28 Personen vorgesehen.

1.1 Die rechtliche Umwandlung

Schon in der Vorstandssitzung vom 6. April 1938 wurde das Ziel lanciert, die

5 Konstituierende Sitzung des Verwaltungsrates der Girovereinigung der Sparkassen vom 17.12.1937. S 1-3.

6 Stigleitner in der Sitzung des Verwaltungsrates 21. Mai 1938 S 4.

7 Ebd. S 4.

Aktiengesellschaft in eine Körperschaft öffentlichen Rechts umzuwandeln, mit Hilfe einer neuen Satzung erhoffte man sich, neue Geschäftsfelder bearbeiten zu können, Mitte Juni lagen die ersten Entwürfe vor.⁸

Auf Anordnung des Reichswirtschaftsministers, Kred. 6475/39 vom 29. Dezember 1939, wurde mit 1. Jänner 1940 durch diesen hoheitlichen Akt die Girozentrale der ostmärkischen Sparkassen geschaffen, die Girovereinigung aufgelöst und ihre Aktiva und Passiva auf die neue Gesellschaft übertragen.

Die konstituierende Sitzung des neuen Verwaltungsrates vom 30. April 1940 bestellte nach Vorschlag des Vorstandes der Girovereinigung die Herren Schmidt, Stigleitner, Neyner, Lanner und Tichtl in den Geschäftsführenden Ausschuss, der bis zur Etablierung eines Vorstandes die Geschäfte leiten sollte. Ein grundsätzlicher Beschluss eine öffentlich-rechtliche Bausparkasse als Abteilung der Girozentrale zu etablieren, wurde gefasst.

Gleichzeitig mit der Auflösung der Girovereinigung⁹ wurde auch der Sparkassenverband aufgelöst. An seine Stelle traten zwei Verbände, der Ostmärkische Sparkassen- und Giroverband und der Alpenländische Sparkassen- und Giroverband. Sie hinterlegten auch das Stammkapital, 9 Millionen kamen vom weitaus größeren Ostmärkischen Verband, eine Million vom anderen. Letzterer war eigentlich nur ein leerer Mantel, die agierende Personen waren die selben und er

8 Girozentrale und Bank der österreichischen Sparkassen Aktiengesellschaft (Hg.): 50 Jahre Girozentrale Wien. Wien 1987. S 32.

9 Das Finanzamt hatte Einwände gegen die RM-Eröffnungsbilanz und vermutete hinter einer höheren Verzinsung der Liquiditätsreserve und hinter Gratisdepots verdeckte Ausschüttungen an die Sparkassen. Durch Zahlung von rund 220.000 RM und eines Pauschalbetrages von 100.000 RM konnte die Angelegenheit beendet werden. (Sitzung des Verwaltungsrates 7.11.1944).

firmierte auch unter der selben Adresse. Ferry Schmidt deutet dies an: „Wenn auch verbandsmäßig die ostmärkischen Sparkassen in zwei Verbänden erfasst sind, wird die Betreuung und Fortbildung des ostmärkischen Sparkassenwesens auf Grund des Einvernehmens zwischen den beiden Verbänden doch einheitlich sein. [...] Aus Gründen der einheitlichen Gestaltung des ostmärkischen Sparkassenwesens und wegen Regieersparnis wird die Geschäftsstelle des Ostmärkischen Sparkassen- und Giroverbandes in Wien auch mit der verbandsmäßigen Betreuung der dem Alpenländischen Sparkassen- und Giroverbandes angeschlossenen Sparkassen beauftragt werden Auch die Revision wird vom Ostmärkischen Sparkassen- und Giroverband durchgeführt werden.“¹⁰

Wegen der Gründung der neuen Gesellschaft mittels Anordnung musste 1958 vor der Etablierung der Aktiengesellschaft erst die alte Girozentrale öffentlichen Rechts durch ein eigenes Gesetz aufgelöst werden.¹¹

2. Geschäftliche Entwicklung bis Kriegsende

Das Institut wurde zwar am 10. Dezember 1937 gegründet, doch die Geschäftstätigkeit, „im Hinblick auf den Umbruch“ erst mit April 1938 aufgenommen. Zuvor waren lediglich die zur Aufnahme der eigentlichen Banktätigkeit notwendigen

¹⁰ Sitzung des Verwaltungsrates (alt) 20.3.1940 S 5.

¹¹ BGBl 146/1958.

personellen, administrativen und regiemäßigen Arbeiten vorgenommen worden. Der zur Gründung aufgestellte Stellenplan war weit vor der Zeit aufgearbeitet.

Die Organe wurden etabliert und auch schon die ersten Konflikte ausgetragen:

Die amtlichen Stellen wie Nationalbank und Bankenverband waren der Neugründung positiv aufgeschlossen gewesen, die Postsparkasse nicht wirklich. Sie fürchtete die neue Konkurrenz, die den Spargiroverkehr unter den Sparkassen popularisieren sollte und dadurch zwangsläufig dem Überweisungsverkehr der Post Konkurrenz machen würde.

Die Post wäre nicht zu umgehen gewesen, deswegen versuchte Verbandsanwalt Stigleitner diese einzubinden. Nach dem Postsparkassengesetz hatte die Post die Möglichkeit, sich an Geldausgleichsstellen zu beteiligen. Auf diese Bestimmung Bezug nehmend, stimmte die Post zu, sich an der neuen Gesellschaft mit der Nominale von einer Million Aktien zu beteiligen. Sogar in der Satzung wurde die PSK genannt und ihr wurden zwei Vertreter im Verwaltungsrat und einer im Vorstand zuerkannt. „Dadurch war ihr die Möglichkeit gegeben, wie sie selbst in ihrer Eingabe an das Bundesministerium für Finanzen betont, eine Konkurrenzierung des Postsparkassenverkehrs so weit als möglich zu verhindern.“¹²

Nachdem aber die Postsparkasse von der Reichspost übernommen worden war¹³, hatte sich nach Meinung der Sparkassenvertreter auch der Vertragspartner unzulässig geändert und der künftige Aufbau des Giroverkehrs nach deutschem

12 Sitzung des Verwaltungsrates 27.6.1949 Beilage C Stellungnahme zum Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 21.1.d.J. wegen Vertretung des Österreichischen Postsparkassenamtes im Vorstand bzw. Verwaltungsrat der Girozentrale. S 4.

13 Zum Thema Postsparkasse und die Umwandlung in das Amt vgl. Oliver Rathkolb, Vermögenswerte jüdischer Kunden in dem „Postsparkassenamt“ Wien. In: Dieter Stiefel (Hg.): Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und „Wiedergutmachung“. München 2001. S 149-179.

Muster sei unter diesen Umständen nicht mehr möglich.

In einer Vereinbarung mit der Post hatte die Girovereinigung den genauen Umfang, die Gebühren und Verzinsung festlegen müssen. Diese Übereinkunft wurde nun von den Sparkassenleuten einseitig mit Hinweis auf den nicht mehr existierenden Vertragspartner gekündigt.¹⁴ Der Vertreter der PSK in den Gremien legte aus Protest sein Mandat nieder¹⁵, sein Nachfolger bald darauf ebenso. Die Postsparkasse wurde zwar aufgefordert, die ihr laut Satzung zukommenden Posten nachzunominieren, doch wurde von Seiten der Girovereinigung nicht aktiv an einer Lösung gearbeitet, die Angelegenheit bewusst in Schwebe gehalten. Nachdem eine Nominierungsfrist abgelaufen war, war dies in den Gremien kein Thema mehr.

2.1 Rüstungsfinanzierung

Von Anfang an war das Institut in die Finanzierung der NS-Rüstung eingebunden. Nach dem Krieg wurde es treffend so formuliert: „Außer wenigen und geringfügigen Privatkrediten war die Girozentrale in den vergangenen Jahren bis zum Kriegsende ein Instrument der kurz- und mittelfristigen Staats- und Rüstungsfinanzierung.“¹⁶

14 Ebd. S 3 und S 5.

15 Sitzung des Vorstandes 6.5.1938 S 3f, Briefwechsel Anhang B.

Vize-Gouverneur Hoffmann beschwerte sich schriftlich nicht in die Arbeit eingebunden und informiert gewesen zu sein. So bedeutende Ereignisse wie die Eingliederung in den deutschen Sparkassen- und Giroverband und die Einführung des Giroverkehrs seien ohne Informierung des Vorstandes geschehen. Da er sich den Statuten verpflichtet fühle, trete er zurück. Direktor Ferry Schmidt beteuerte in seiner Antwort dass außer der Umorganisation nach deutschem Muster nichts von Bedeutung in der Zwischenzeit passiert sei und dass keine Angelegenheit vorgekommen sei, die einer Entscheidung durch den Vorstand bedurft hätte. Viele Überstunden seien geleistet worden, weil „wir aus Prestigegründen über besonderes Ersuchen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes Berlin, den Spargiroverkehr aufnehmen [haben] müssen.“

16 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 10.9.1947 S 5.

Selbstverständlich versuchte die Leitung das durch die Einlagen der Sparkassen zur Verfügung gestellte Geld möglichst gewinnbringend anzulegen. Zu diesem Zweck wurden vom Staat großzügig Staatsanleihen, kurz und langfristige Schatzanweisungen, Reichswechsel und andere staatlich garantierte Wertpapiere in Umlauf gebracht. Später im (totalen) Krieg kamen noch Kredite für diverse Ostgesellschaften, Getreidekredite oder auch ganze Staaten wie Rumänien, in Milliardenhöhe dazu, die Girozentrale der Ostmärkischen Sparkassen war ihrer Größe entsprechend unterbeteiligt. Gedeckt waren diese Papiere höchstens durch die Hoffnung auf einen militärischen Sieg und die kommenden Friedenszeiten.

Die Kreditgebung während des Krieges erfolgte nicht durch Anträge sondern durch Zuteilung vom Reichswirtschaftsministerium. Da aus Sicht der Nationalsozialisten nichts wichtiger war als der Krieg, erhielten auch nur als kriegswichtig eingestufte Unternehmen Kredite¹⁷. Beispielsweise sollte eine Aluminiumfabrik in Engerau¹⁸ (nahe Bratislava) aufgebaut werden, eine Firma aus Herzogenburg die Azetylen herstellte, bekam Kredite, die Beschaffungsgesellschaft Ost¹⁹ sollte angeblich Investitionsgüter für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in den Ostgebieten beschaffen, eine Unterbeteiligung am Kredit für die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost wurde eingegangen, eine Unterbeteiligung am Kredit für die Gesellschaft Baltisches Öl, eine an der Kupferbergwerksgesellschaft „Bor“ in Belgrad und ein tausendstel Anteil am 900 Millionen (später 1,05 Milliarden) RM Kredit für Rumänien wurde übernommen.

Bei den Großkrediten war es Schmidt besonders wichtig hervor zu streichen, dass es

17 Die großen Konsortialkredite für eine einzige Firma finden sich ab Ende Juni 1942 in den Protokollen.

18 Vgl. Venus, Zentralsparkasse. S 803f.

19 Vgl. Venus, Zentralsparkasse. S 804.

eine 100% Reichsbürgschaft gebe. Diese sollte sich dann einige Jahre später als „Non-valeur“ herausstellen.

Von den neuen Machthabern wurden auch gleich Kreditaktionen ins Leben gerufen oder auch aus dem „Altreich“ importiert: Ein Konsortialkredit für die gewerbliche Wirtschaft im Lande Österreich, eine Entschuldungsaktion für Reichsdeutsche Beamte, ein Konsortialkredit für das Sudetenland²⁰ oder auch eine Kreditaktion der Deutschen Treuhand und Siedlungsaktion²¹ zur Umsiedlung Reichsdeutscher. Die Rahmenbeträge waren ganz beachtlich, doch wurden sie nie ausgenützt. Besonders krass bei der DUT-Aktion: Bis zu 90 Millionen groß war der Rahmenkredit, ausgenützt war er mit nicht einmal eineinhalb Millionen.

2.2 Der Giroverkehr

Die bedeutendste Aufgabe der Bank war die Übernahme des Spargiroverkehrs aus dem Reich. Der Giroverkehr ermöglichte es, große und viele Beträge schnell abzuwickeln, zumindest in der Anfangszeit waren dafür aber auch viele Personen notwendig. Schon im Lauf des Krieges wurden Buchungsmaschinen und andere mechanische Hilfsapparate angeschafft, um den Mehraufwand durch den enorm gestiegenen Giroverkehr bewältigen zu können. Später im Krieg ließ die Menge an

20 Vgl. Venus, Zentralsparkasse. S 796f.

21 Vgl. Venus, Zentralsparkasse. S 796-799.

Girokarten zwar allmählich nach, das Volumen der Überweisungen stieg aber weiterhin an.

Zudem wickelte zunehmend die Wehrmacht ihre Geldleistungen über den Giroverkehr ab. Auch die Ortskrankenkasse St. Pölten hatte sich entschlossen ihre Beitragsrechnungen über die Girozentrale einzuziehen.²²

Um den bargeldlosen Verkehr schneller zu gestalten und um die Zentrale zu entlasten, wurden während des Krieges in Linz, Innsbruck, Graz und Klagenfurt so genannte Bezirksgirostellen gegründet. Sie hatten ihren Sitz bei den jeweiligen Sparkassen der Gauhauptstädte. Während die Girozentrale die Aufgabe hatte den Geldverkehr zwischen den einzelnen Reichsgauen durchzuführen, sollte der Geldfluss innerhalb einzelner Gaue über die Bezirksgirostellen laufen. Die Sparkassen in den Hauptstädten durften für die Betreibung dieser Stellen einen Zinsbonus einstreifen.

Der „nur aus Prestigegründen“ so schnell eingeführte Giroverkehr startete mit 240 Karten pro Tag, im Juli passierten schon 1610 Karten pro Tag die Bank und im Oktober schon 3000²³. Im Juni und Oktober 1939 wurden durchschnittlich 10.000 Karten abgewickelt, mit Spitzentagen von 12.500 bzw. 14.500 Karten.

Die Eröffnung der vier Bezirksgirostellen ab Februar 1940 (die letzte ging erst mit August 1941 in Klagenfurt in Betrieb) brachte der Zentrale spürbare Entlastung, im Oktober und November dieses Jahres gingen nur mehr durchschnittlich 7.500 Karten über Wien.²⁴

Die Bezirksgirostellen erledigten im 1. Halbjahr 1941 227.300 Karten (= 21% der Gesamtanzahl) und setzten dabei 220,5 Millionen RM (= 29% der Gesamtsumme)

22 Sitzung des Verwaltungsrates 7.12.1943 S 6.

23 Sitzung des Vorstands 7.10.1938 S 8f.

24 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 9.12.1940 S 4.

um. Insgesamt wurden 1,09 Millionen Stück bzw. 763,3 Millionen RM in diesem Halbjahr umgesetzt.²⁵

Im Vergleich von Oktober 1940 und Jänner 1941 hatten die Bezirksstellen noch bei Anzahl und Wert Steigerungen von jeweils 12% (38.100 Stück zu 31,5 Millionen RM) erreicht, der Vergleich Jänner und Februar 1941 brachte lediglich beim (wichtigeren) Wert noch Steigerungen: 36.180 Stück im Wert von 34,66 Mio RM registrierten die Buchungsmaschinen.

Für das Jahr 1939 waren insgesamt 982.000 Karten, für 1940 2,44 Millionen im Wert von 1,69 Milliarden RM, im Jahr 1941 2,71 Millionen Girokarten bei einem Wert von 2,18 Milliarden RM bearbeitet worden. Bei der Anzahl ergibt sich von 1940 auf 1941 ein Plus von 11,3%, beim Wert aber ein deutlich höheres Plus von 29,3%.²⁶

Bis zum Oktober des Jahres 1943 waren 1,49 Millionen Karten im Wert von 1,4 Milliarden RM abgerechnet worden. 40.000 Überweisungen pro Monat wurden zudem von den Stellen der Wehrmacht zusätzlich in Auftrag gegeben.

Nach einem Luftangriff auf Berlin Ende November 1943 musste der Giroverkehr wieder dezentral über die jeweiligen Landesgirozentralen laufen, dazu mussten Verrechnungskonten bei diesen Girozentralen eingerichtet werden.

Im Jahr 1943 wurden 2,68 Millionen Girokarten bearbeitet, sie hatten einen Wert von 2,93 Milliarden RM.²⁷ Für die ersten fünf Monate 1944 konnten wieder deutliche Steigerungen verbucht werden, von den 922.000 Karten im Wert von 792 Millionen ging aber ein Großteil auf die Buchungen durch Wehrmachtsstellen zurück.

²⁵ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 24.9.1941 S 10.

²⁶ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 12.3.1941 S 4.

²⁷ Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1943.

2.3 Die Bausparkasse

Seit dem Frühjahr 1940 liefen Pläne eine Bausparkasse als Abteilung der Girozentrale zu etablieren.²⁸ Dazu wurden verschiedene Kassen (Österreichische Bauspargenossenschaft Graz, Süddeutsche Eigenheim-Kreditgenossenschaft) für eine Übernahme in Aussicht genommen.²⁹ Die zuständige Behörde hatte keine grundsätzlichen Einwände wegen einer Übernahme. Am 21. April bzw. 16. Mai folgte der Erlass des Reichsstatthalters zur Genehmigung für die Errichtung einer öffentlichen Bausparkasse als Abteilung der Girozentrale.³⁰ Auch die Oberösterreichische Bausparkasse wollte übernommen werden, sie sah ihre Zukunft nur öffentlich-rechtlich, daher wollte sie nur von Girozentrale übernommen werden.³¹ Mit Hilfe der Übernahmen konnte die „Öffentliche Bausparkasse für die Ostmark“ von Anfang an auf einen Kundenstock bauen. Die Bausparkasse wurde eine Abteilung der Girozentrale und blieb das auch nach dem Krieg bis zum Jahr 1960. Trotz offiziellen Bauverbotes konnte die Bausparkasse von Jahr zu Jahr mehr Kunden gewinnen und wenigstens ihren Marktanteil in der Ostmark steigern. In ihrem ersten Jahr hatte sie 159 Verträge mit einer Vertragssumme von 1,9 Millionen, das folgende Jahr schon 344 Verträge im Wert von 3,84 Millionen. Ende 1942 waren 1136 Verträge abgeschlossen mit einer Vertragssumme von 12,62 Millionen. 1943 erhielt sie 552 neue Verträge (insgesamt 1828) im Wert von 6,16 Millionen (gesamt 20,47 Millionen). Aber nur 47 dieser Verträge wurden von ihr selbst abgeschlossen, der

28 Sitzung des Verwaltungsrates 30.4.1940 S 12.

29 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 12.6.1940 S 3.

30 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 19.6.1941 S 16.

31 Sitzung des Verwaltungsrates 17.7.1940 S 13-16.

Rest kam von den Sparkassen, insbesondere aus Niederdonau. Ab dem 2. Halbjahr 1944 zeigte sich eine deutliche Reduktion bei den Neukunden: „Ist dieses wenig befriedigendes Ergebnis auch zum Teil auf die gegenwärtige Lage zurückzuführen, so liegt doch die Hauptursache darin, dass die meisten Sparkassen die Werbung für den Bauspargedanken vollkommen eingestellt haben.“³²

3. Kommende „Kriegsaktiva“

Die Zahlen, die die Girozentrale während des Krieges liefert, sind vordergründig wirklich beeindruckend. Die Gelder, die der Bank zur Verfügung standen, beruhten teilweise auf der verpflichtenden Liquiditätsreserve, die die Sparkassen anteilmäßig an ihrem Verwaltungskapital an die Girozentrale abliefern mussten. Das heißt, je mehr Gelder den Sparkassen zu flossen (und dementsprechend waren es Spargelder), desto mehr mussten sie beim Spitzeninstitut halten und desto mehr Geld stand der Girozentrale für Investitionen zur Verfügung. Da den Sparkassen per Statuten viele Möglichkeiten zum Geld verdienen verboten waren (schließlich verwalteten sie die Gelder des einfachen Sparer), war der Ausweg, dieses Geld der einzigen Bank im eigenen Sektor zu überlassen, diese hatte nicht so restriktive Vorschriften zu beachten.

Das Institut hatte die Funktion einer Geldausgleichsstelle innerhalb des Sparkassensektors, sodass bei Liquiditätsengpässen auf Mittel bei der Girozentrale

³² Sitzung des Verwaltungsrates 7.11.1944 S 21.

zugriffen werden konnte. Zusätzlich sollte sie nach Möglichkeit auch eine Kapitalausgleichsstelle sein³³, aus dem Sektor flossen der Bank „überflüssige“ liquide Mittel zu. Im Lauf des Krieges kam der Großteil der Gelder zwar aus dem „Altreich“, so war doch der allergrößte Teil von Sparkassen.

Der Geschäftsbetrieb wurde mit April 1938 aufgenommen, zu diesem Zeitpunkt hatte das Institut 14,6 Millionen RM an Verwaltungskapital, im September war dies auf 118,2 Millionen gestiegen.

Im Halbjahr 1939 betrug das Verwaltungskapital schon 212 Millionen³⁴, 290 Millionen ein Jahr später.³⁵ Ein halbes Jahr später, Anfang Jänner 1941 hatte die Bank ein Verwaltungskapital von 326 Millionen. Ende Juni 1941 wurden schon 462 Millionen verwaltet, am 31. Dezember waren es 572,2 Millionen.

Bis zum 17. April 1942 kamen 152 Millionen dazu, die Bilanzsumme betrug zu diesem Zeitpunkt rund 747 Millionen.³⁶ Ende Juni wurde bekannt gegeben, dass die Girozentrale das zweitgrößte Kreditinstitut der Donau- und Alpengaue sei. Am 31.12.1942 wurden 978 Millionen verwaltet, die Milliardengrenze wurde Mitte Jänner 1943 übertroffen.

1.209 Millionen lautete das Ergebnis am 30. Juni 1943, am letzten Tag des Jahres wurden 1.385 Millionen gezählt. Ein halbes Jahr später wurden 1.700 Millionen angegeben, Anfang Juni 1944 stand die Bank nach der Bilanzsumme an der Spitze der ostmärkischen Kreditinstitute. Die letzte Angabe vom 7. November 1944 waren

33 Sitzung des Verwaltungsrates 21.5.1938 S 4.

34 Sitzung des Vorstandes 30.6.1939 S 4.

35 Sitzung des Verwaltungsrates 17.7.1940 S 9.

36 Sitzung des Verwaltungsrates 17.4.1942 S 6.

1.939 Millionen Verwaltungskapital.³⁷

Innerhalb von 4 Jahren bis April 1942 wurde mehr als das 53 fache des anfänglichen Kapitals in die Bank gebracht, bis zur letzten Aufzeichnung im November 1944 wurde dieses noch einmal um das 2,5 fache gesteigert. Nach der teilweisen Bereinigung der Bücher von diesem im Krieg angesammelten „Kapital“ durch die 3. Abfuhranordnung konnte die Bilanzsumme erst im 2. Halbjahr 1953 auf ein ähnlich hohes Maß gebracht werden.

Laut vorläufiger Bilanz 1945³⁸ hatte die Bank bei der Reichsbank (Nationalbank) mehr 858 Millionen Guthaben, zusammen mehr als 978 Millionen, wovon nach dem Schillinggesetz 582 Millionen gesperrt waren. 155 Millionen waren in Schatzwechsel investiert, 755 Millionen in unverzinsliche Schatzanweisungen, zusammen 910 Millionen. In eigene Wertpapiere in Form von Anleihen und Schatzanweisungen in der Höhe von 165 Millionen war investiert worden. Unter dem Posten Schuldner/Kreditinstitute finden sich knapp 811 Millionen, mehr als 17 Millionen waren sonstige Schuldner. 2,73 Milliarden schuldete die Bank den österreichischen Sparkassen, sprich das waren die Gelder, die die Sparkassen bei der Girozentrale angelegt hatten. Mehr als 48 Millionen schuldete sie anderen Banken im Land, doppelt so viel ausländischen Kreditinstituten. 1945 konnte mit einem Gewinn von mehr als 330.000 Schilling vorläufig abgeschlossen werden.

Im folgenden Jahr zeigt die vorläufige Bilanz³⁹, dass die Barguthaben (insbesondere Nationalbank) von 747 Millionen bis auf 9,6 Millionen durch das Schillinggesetz

37 Sitzung des Verwaltungsrates 7.11.1944 S 6.

38 Sitzung des Verwaltungsrates 18.6.1947 Beilage D.

39 Ebd.

gesperrt worden waren. Der Posten Schuldner hatte sich um mehr als 46 Millionen verringert, der Besitz an Schatzwechsel waren, relativ gesehen, um nur 4 Millionen angestiegen. Das Guthaben der Sparkassen war auf 2,49 Milliarden gesunken, österreichische Banken hatten ihre Guthaben um mehr als 20 Millionen reduziert. An Kreditinstitute gesamt wurden 2,63 Milliarden geschuldet, wovon 1,83 Milliarden nach Schillinggesetz gesperrt waren. Knapp 600.000 Schilling wurden als Verlust vorläufig ausgewiesen.

4. Personalangelegenheiten

Der ursprünglich angelegte Stellenplan war frühzeitig umgesetzt worden, der Aufbau des neuen Institutes ging rascher voran als noch im Jahr 1937 geplant. Da auch der Geschäftsbetrieb erst im April 1938 aufgenommen worden war, bestand nach der Weltanschauung der Nationalsozialisten keinerlei Veranlassung Leute aus rassistischen oder politischen Gründen zu entlassen, dafür hätte zumindest die Vorauswahl gesorgt.⁴⁰

54 Männer und 19 Frauen betrug Anfang Oktober 1938 die Belegschaft, Neueinstellungen waren „in allen Fällen im Einvernehmen mit den betrieblichen Vertretern“⁴¹ erfolgt. Besonders empfohlene Parteigenossen wurden „im Sinne des

⁴⁰ Lediglich die Tochter von Generalrat Thausing, die „Halbjüdin“ war, schied aus ungenannten aber bekannten Gründen aus.

⁴¹ Sitzung des Vorstands 7.10.1938 S 16f.

Aufrufes von Gauleiter Bürckel“ auch aufgenommen.⁴² Zumindest einmal wurde auf diesen Wunsch Bürckels Rücksicht genommen, diese Person verließ aber schon wenige Monate danach wieder das Institut.

Ende 1939 hatte die Bank 120 Beschäftigte, dafür waren über 401.000 RM an Gehältern, für verbilligtes Mittagessen (1943 nahm die eigene Betriebsküche die Arbeit auf) und sozialen Lasten (sic!) aufgewendet worden.

Schon Anfang Oktober 1938 waren 5 „Gefolgschaftsmitglieder“ eingerückt, 5 weitere auf Wehrübungen. In den Protokollen wurden laufend Berichte über die Anzahl der Eingerückten gegeben, zum 30. April 1940 hatte das Institut 127 Beschäftigte, 84 männlich, 43 weiblich. 24 waren eingerückt, darunter 8 Abteilungsleiter, zwei weitere hatten schon den Einberufungsbefehl erhalten. 19 weitere, deren uk-Stellung abgelaufen war, drohte ein ähnliches Schicksal, mithin hätte die Möglichkeit bestanden, dass in absehbarer Zeit 45 von 84 männlichen Beschäftigten eingerückt gewesen wären, was natürlich erhebliche Auswirkungen auf den laufenden Geschäftsbetrieb hätte haben müssen.⁴³

Ab April 1942 arbeiteten in der Bank erstmals mehr Frauen als Männer, Ende Juni 1942 erreichte die Anzahl der Abwesenden den Höhepunkt, 77 Männer waren eingerückt, 2 Personen dienstverpflichtet. 141 arbeiteten im Haus.⁴⁴

Im Juni 1944 hatte die Anstalt 251 Mitarbeiter, 133 männlich, 118 weiblich. 66 waren eingerückt, zwei männliche und fünf weibliche Personen waren dienstverpflichtet, das heißt, 65 bzw. 113 arbeiteten im Haus, 51 bzw. 74 waren Angestellte, davon 25 halbtags. Der Rest waren Arbeiter, Lehrlinge und Anlernlinge wobei letztere wegen

⁴² Sitzung des Vorstands 15.7.1938 S 16f

⁴³ Konstituierende Sitzung des Verwaltungsrates 30.4.1940 S 13.

⁴⁴ Sitzung des Verwaltungsrates 26.6.1942 S 25.

Schule, Jugendappell und anderen Verpflichtungen nicht voll einsetzbar waren.⁴⁵

Die Anstalt gewährte im Sinne des Nationalsozialismus erhebliche freiwillige soziale Leistungen. Es gab weiterhin gratis Behandlungsscheine für die Krankenkasse, es standen Theaterkarten und Sportmöglichkeiten zur Verfügung⁴⁶, der Vorstand sprach den Wunsch aus, dass die Belegschaft zusätzlich krankenversichert werden sollte.⁴⁷ Es gab ein verbilligtes Mittagessen und 1943 wurde eine eigene Betriebsküche eingerichtet.

Durch den Vertrauensarzt wurden halbjährliche Untersuchungen der Belegschaft durchgeführt, ob der Arbeitsplatz der Gesundheit ohnehin nicht abträglich und der Sportbetrieb nicht schädlich sei.⁴⁸ Die Gründe für die Sorge um die Gesundheit liegen auf der Hand.

Im Zuge der Angleichung an das „Altreich“ wurden auch die Betriebsordnung und die Gehaltsschemata übernommen. Um nur ja keinen Unmut aufkommen zu lassen, wurde durch Installierung von Ausgleichszulagen sichergestellt, dass jeder mindestens das selbe Gehalt bezog wie vorher, meist wurde auch noch aufgerundet, letztendlich erhielten 84 Angestellte höhere Bezüge.⁴⁹

Die Anstalt verschickte auch Feldpostpäckchen an die Eingerückten, nicht zu versenden allerdings sei das Heft „Schwarzes Korps“ „da in dieser Zeitschrift in erster Linie unliebsame Vorkommnisse im Hinterland glossiert werden.“⁵⁰

Die Girozentrale wurde als Musterbetrieb der DAF⁵¹ ausgezeichnet, Ferry Schmidt

45 Sitzung des Verwaltungsrates 4.6.1944. S 28.

46 Sitzung des Vorstandes 6.10.1939 S 3f.

47 Sitzung des Vorstandes 3/44 27.3.1944.

48 Sitzung des Verwaltungsrates 18.10.1940 S 18.

49 Sitzung des Verwaltungsrates 19.12.1939 S 3.

50 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 9.12.1940 S14.

51 Die DAF diente als ein Propagandainstrument zur Stärkung und moralischen Hebung der „Heimatfront“. Sie war nach Zerschlagung der freien Gewerkschaften entstanden und sollte die

berichtete voll Stolz „dass die Girozentrale der ostmärkischen Sparkassen in einer Feierstunde der Deutschen Arbeitsfront am 5.6.42 aus den Händen des Reichsleiters-Reichsstatthalters Baldur von Schirach das Gaudiplom für hervorragende Leistungen [im Original gesperrt, Anm.d.Verf.] verliehen wurde. Diese Auszeichnung erfüllte nicht nur ihn, sondern auch jedes einzelne Gefolgschaftsmitglied mit großer Genugtuung, da in der betriebsgemeinschaftlichen Aufbau- und Betreuungsarbeit der Beitrag der Heimatfront zur Erreichung des Endsieges und zur Vertiefung des nationalsozialistischen Gedankengutes zu sehen sei. [...] Unter lebhaftem Beifall spricht der Herr Vorsitzende Herrn Direktor Dr. Schmidt die Glückwünsche des Verwaltungsrates aus.“⁵² In den folgenden Jahren wurde die Auszeichnung weiter verliehen und jeweils unter „lebhaftem Beifall“ im Verwaltungsrat bekannt gegeben. Die Wichtigkeit der Kriegsanstrengungen bezeugen auch die Niederschriften von „Heldentoden“, Verletzungen, Auszeichnungen und Beförderungen.

Loblieder auf das neue Regime durch Funktionäre durften nicht fehlen, anlässlich der Präsentation des zweiten Geschäftsjahres konnte Stigleitner nicht umhin die Gründung des Instituts „als Pionierarbeit für den Anschluss an das Reich“ zu preisen.⁵³ Das konnte auch Ferry Schmidt, anlässlich der zweiten Generalversammlung meinte er: „Was Generationen geträumt haben, das dürfen wir erleben: Ein einziges großdeutsches Reich.“⁵⁴

Möglicherweise war Ferry Schmidt nicht nur ein Mitläufer, wenn auch in hoher Position, leider sind die folgenden Aussagen nicht weiterverfolgt worden:

Gegensätze von Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Sinne der Nationalsozialisten überbrücken und ein nationalsozialistisches Umfeld im Betrieb generieren.

52 Sitzung des Verwaltungsrates 26.6.1942 S 2f.

53 Sitzung des (alten) Verwaltungsrates 20.3.1940 S 5.

54 2. Generalversammlung 29.3.1939 S 4.

Generalrat Thausing, der wegen seiner jüdischen Ehefrau in der Ersten österreichischen Spar-Casse erhebliche Schwierigkeiten hatte, berichtete angesichts des Pensionsansuchens von Ferry Schmidt: „Wenn man aber diesen Fall richtig beurteilen will, dann muss man sich über die Person und über die Tätigkeit des Herrn Dr. Schmidt in der Girozentrale informieren. Herr Dr. Schmidt wurde als minderbelasteter Nationalsozialist festgestellt. Wenn sie aber die Akten, die hier aufliegen, betrachten, die Briefe, die er geschrieben hat, lesen, dann werden sie ihre Ansicht dahingehend revidieren müssen, so wie ich heute bereits meine Ansicht revidieren musste, dass Herr Dr. Schmidt nur mit Mühe und Not an dem vorübergegangen ist, was wir belastet nennen. Wenn wir ihnen einen Brief vorlegen werden, den er an einen eingerückten Angestellten richtet, der ihm ein Bild mit aufgehängten Juden übersandte, das er damit beantwortet, dass er sich über derartige neue Briefe und Photographien immer sehr freue, so ist das nach meinem Dafürhalten ein solches Eindringen in die geistige Mentalität des Nationalsozialismus, das hart an der Grenze jener Momente liegt die für die Feststellung einer Belastung eines Nationalsozialisten ausschlaggebend sind.“⁵⁵

Staatskommissär Kossegg war verwundert das Vorhandensein solchen Materials, Thausing erwiderte „... dass die Girozentrale jederzeit in der Lage ist, den Beweis zu erbringen, dass auf Grund des vorliegenden belastenden Materials Dr. Schmidt nicht zu den Minderbelasteten zu zählen ist, sondern zu den Belasteten.“⁵⁶

Die Führung der Girozentrale hatte nicht nur in Retz ein Ausweichquartier aufgebaut,

⁵⁵ Sitzung des Verwaltungsrates 30.1.1948 S 6.

⁵⁶ Ebd. S 7.

das sie eifersüchtig gegen jedwede Beschlagnahme und Inanspruchnahme verteidigte. In den ersten Apriltagen wurde der Verwaltungsapparat nach Salzburg verlegt⁵⁷, die Amerikaner hatten die Stadt schon am 4./5. April besetzt. Vom neuen Standort aus wurde auch weiterhin das Geschäft unter Generaldirektor Ferry Schmidt betrieben.

⁵⁷ Sitzung des Verwaltungsrates 20.3.1947. Abschlussbericht der öffentlichen Verwalter S 7.

Die Entwicklung nach dem Krieg

5.1 Nachkriegsprobleme

Wegen der enormen Kommunikations- und Reiseschwierigkeiten kurz nach Ende des Krieges war es bis Ende 1945 von Wien aus unmöglich, mit der Ausweichstelle Kontakt aufzunehmen. Diese agierte weiterhin wie die echte Girozentrale, von Wien aus war keinerlei Einflussnahme möglich, auf Dauer natürlich untragbar. Nach Öffnung des Post- und Überweisungsverkehrs wurde nach Zustimmung amerikanischer Stellen dieses Ausweichquartier aufgelöst. Der damalige Leiter der Giroabteilung Josef Neubauer (nach dem plötzlichen Tod Rudolf Dechants 1955 zum Direktor der Zentralsparkasse ernannt) wurde Mitte Jänner 1946 nach Salzburg geschickt und vollzog die Auflösung.⁵⁸

Nach der militärischen Befreiung Wiens wurde Franz Weis durch die Wiener Behörden zum provisorischen Leiter der Girozentrale bestellt, am 13. August 1945 wurden die Herren Rudolf Dechant, Direktor der Zentralsparkasse, und Heinz Poschacher, der bis 1938 Leiter der Steiermärkischen Sparkassen gewesen war, per Dekret 2797, Kred.Ref S 6/45 des Staatsamtes für Finanzen zu öffentlichen Verwaltern der Bank bestellt, Weis wurde provisorischer leitender Direktor.⁵⁹ Mit dem ersten Quartal 1946 legte dieser sein Amt zurück und der Oberinspektor der Zentralsparkasse Hans

58 Ebd. S 7.

59 Ebd. S 1. Provisorisch deshalb, weil Ferry Schmidt noch nicht abberufen worden war.

Pichler wurde von der Aufsichtsbehörde zum provisorischen Leitenden Direktor ernannt.⁶⁰

Schon im September 1945 hatten die beiden öffentlichen Verwalter den Entschluss gefasst, die Sparkassen aus den übrigen Bundesländern zur Verwaltung der Bank heranzuziehen. Zuerst sollten diese Personen, vom Staatsamt für Finanzen bestellt, als Beiräte dienen, doch die Antwort aus den Ländern war nicht einheitlich und dieser Plan wurde wieder fallen gelassen.

5.2 Uneinigkeit im Sektor

Im März 1946 fand in Salzburg, quasi dem neutralen Ort in der Mitte, eine Sparkassentagung statt. Bei diesen Verhandlungen, die sich als sehr schwierig herausstellten, sollten auch die westlich gelegenen Sparkassen in den Verwaltungsapparat der Girozentrale eingliedert werden. Dazu kam es aber nicht und daraus folgte ein zunehmendes Desinteresse am Schicksal des Zentralinstituts bei den Sparkassen in den westlichen Bundesländern.

Bei einer Tagung in Linz im September 1946 setzte sich allerdings die Erkenntnis durch, dass die sich mehrenden Aufgaben des Institutes nur unter Mitwirkung aller Sparkassen zu bewältigen seien. Besonders die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Liquidität bereitete Sorgen. Eine erste Beiratssitzung, die von allen Ländern beschickt wurde, fand Anfang Oktober 1946 statt, die nächste schon Ende November.

⁶⁰ Ebd. S 7f.

Die Gleichgültigkeit in den westlichen Bundesländern manifestierte sich bis weit in die 1950er Jahre in der deutlich geringeren Veranlagung von flüssigen Geldern beim Institut. Stattdessen wurden die Gelder bei den großen Banken und bei den Zweigstellen der Nationalbank angelegt und somit der Girozentrale die vor allem in der frühen Nachkriegszeit so wichtigen Gelder vorenthalten.

Das Misstrauen im Westen ging sogar soweit, dass sie sich im Gegensatz zum Großteil der übrigen Sparkassen weigerten, die vorgeschriebene Liquiditätsreserve bei der Girozentrale zu halten. Noch in der konstituierenden Verwaltungsratssitzung am 20. März 1947 musste der Präsident des Sparkassenverbandes Kienast, den Vertretern der westlichen Sparkassen mit einem Eingreifen der Bundesministerien „drohen“, warnte sie, es nicht darauf ankommen zu lassen „da diese unangenehme Folgen haben könnte.“⁶¹ Doch diese blieben bei ihrem Standpunkt: „In der folgenden Debatte sind die Sparkassenvertreter der westlichen Länder gegen eine restlose Transferierung der Gelder nach dem Osten und begründen dies mit den bekannten Motiven der politischen Unsicherheit.“⁶² Die Verschiebung von Geldern in den Osten Österreichs sei genauso verantwortungslos „wie die seinerzeitige Transferierung der Gelder nach Berlin“, „diese ablehnende Haltung sei nicht in einem Misstrauen gegen die Girozentrale sondern ausschließlich in der politischen Unsicherheit begründet“⁶³, so ein Vertreter Oberösterreichs.

61 Sitzung des Verwaltungsrates 20.3.1947 S 7.

62 Sitzung des Verwaltungsrates 20.3.1947 S 7. Gemeint sind hier wohl die noch immer sehr rigide gehandhabt gewesenen Besatzungszonen und die dadurch ungeklärten politischen Zustände über die Zukunft des Gesamtstaates. Landesrat Oberzaucher sprach in diesem Zusammenhang von „Gerüchten und Fantastereien“ (ebd. S 8).

63 Sitzung des Verwaltungsrates 20.3.1947 S 7.

Der Kompromissvorschlag einer Ausweichstelle in einem westlichen, also nicht russisch besetzten, Bundesland wurde von den östlichen Vertretern mit der Begründung abgeschmettert, dass das Problem der Veranlagung in den Beiratssitzungen ohnehin auf den Zeitpunkt der Bestellung der satzungsmäßigen Organe verschoben worden war, es daher nun Pflicht sei, konkrete Beschlüsse zu fassen.

Auch Staatskommissär Kossegg meinte dass „die Mahnung die letzte sei, die er an die Herren richte. Wenn keine Einigung erzielt werde, wird nicht bloß das Bundesministerium für Inneres sondern in viel wirksamerer Form das Bundesministerium für Finanzen eingreifen.“ Auch die Nationalbank in Person des Friedrich Walitza (späterer Generalsekretär der Ersten) machte Druck auf die Sparkassen, indem sie drohte, der Girozentrale keine gesperrten Gelder freizugeben, falls die Sparkassen nicht ihren Verpflichtungen zur Auffüllung der Liquiditätsreserve nachkommen würden: „Die Nationalbank [wird] im Wege behördlicher Verfügung die Sparkassen zu veranlassen wissen, der Girozentrale die nötigen Gelder zur Verfügung zu stellen.“⁶⁴

Der endgültige Kompromiss sah vor, dass die Bezirksgirostellen, die allesamt nicht in der sowjetischen Zone lagen, bis zu 30% der über den Giroverkehr hereinkommenden Gelder bei den Außenstellen der Nationalbank veranlagen durften, die restlichen 70% sollten in vier Tranchen nach Wien transferiert werden.⁶⁵ In einer Ergänzung des Protokolls ein halbes Jahr später mussten den Sparkassen weitere Zugeständnisse gemacht werden. Da diese sich „trotz wiederholter Aufforderung“

⁶⁴ Sitzung des Verwaltungsrates 20.3.1947 S 9.

⁶⁵ Sitzung des Verwaltungsrates 20.3.1947 S 10f.

nicht an die Beschlüsse gehalten hatten, „wird ihnen ausnahmsweise gestattet, die zur Auffüllung der Liquiditätsreserve nach dem Stand vom 31.12.46 erforderlichen Beträge“ zu überweisen. Im ursprünglichen Beschluss war der Stichtag der 31. März 1947 gewesen, somit dürfte die Bemessungsgrundlage niedriger geworden sein.

Die Folgen dieser Beschlüsse waren, dass die Girostelle Innsbruck innerhalb von zwei Wochen drei Fünftel ihrer Gelder verlor, vor allem die Sparkassen Vorarlbergs hatten Beträge abgezogen. „Die Ursache der Transferierungen ist in den Beschlüssen des Verwaltungsrates vom 20.3.47 zu suchen. Mit diesen Transaktionen soll genannter Beschluss zum Großteil seiner Wirkung beraubt werden.“⁶⁶

Neuerlich musste den Sparkassen mit behördlichem Einschreiten gedroht werden: „Den erwähnten Sparkassen ist in einem vertraulichen Schreiben zur Kenntnis zu bringen, dass durch die in der Zeit vom 22.3. zum 31.3.47 vorgenommenen Transferierungen die Beschlüsse des Verwaltungsrates vom 20.3.1947 boykottiert werden und diese Handlungsweisen das Ansehen der Sparkassen bei den Behörden und der Nationalbank aufs tiefste erschüttert und eine Zusammenarbeit auf dieser Basis auf die Dauer unmöglich macht. Sollten die Sparkassen nicht gewillt sein, das Zusammenarbeiten durch Rücktransferierung der Gelder zu ermöglichen, wäre eventuell das Bundesministerium für Inneres und für Finanzen von diesen Vorfällen zu verständigen.“⁶⁷

Dieses Schreiben nach Tirol und Vorarlberg hatte nicht die gewünschte Wirkung, es gab Antworten, „welche leider nur geringes Verständnis für die Lage der Girozentrale

66 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 11.4.1947 S 2.

67 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 11.4.1947 S 3.

aufweisen und wenig Willen zeigen, die zu refundierenden Beträge zurück zu erstatten.“⁶⁸ Trotzdem wollte man keine tiefen Gräben aufreißen die möglicherweise nicht mehr zu überbrücken wären und gab sich versöhnlich: „Dem Bundesministerien für Inneres und Finanzen ist von diesem unsolidarischen Verhalten der Tiroler und Vorarlberger Sparkassen keine Mitteilung zu machen, sondern ist diese Differenz als ureigenste Sparkassenangelegenheit zu betrachten.“⁶⁹ Falls man aber bei der Nationalbank zwecks Flüssigmachung gesperrter Gelder würde vorstellig werden müssen, könnte diese Angelegenheit zumindest vor dieser nicht mehr geheim gehalten werden.

Das Institut hatte sich rund 32 Millionen Schilling zusätzliches Geld, knapp 8 Millionen pro Tranche erhofft. Zum ersten Termin gingen lediglich 1,3 Millionen neues Geld ein, die ersten beiden Raten wurden zu 54% erfüllt, wobei wegen Umbuchungen nur 20% der vorgesehenen knapp 16 Millionen wirklich frisches Geld war.⁷⁰

Auch das Amt der Landesregierung war keine Hilfe gewesen, dieses stand auf dem Standpunkt, dass die Sparkassen autonom seien und das Amt diesbezüglich nichts vorschreiben könne. Vor allem den Anlegern und ihren Haftungsgemeinden seien die Sparkassen verantwortlich, und nicht wegen der Vorarlberger Sparkassen sei die Girozentrale illiquid, sondern wegen der großzügigen Handhabe der Stadt Wien und anderer Bundesländer bei der Auszahlung von Schilling zugunsten von Erwerbslosen.⁷¹

68 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 25.4.1947 S 2.

69 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 25.4.1947 S 2.

70 Sitzung des Verwaltungsrates 18.6.1947 Beilage B.

71 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 30.7.1947 Beilage C Antwort des Amtes der Vorarlberger Landesregierung an das Bundesministerium für Inneres 26.5.1947 III a 631/1.

Um das laufende Geschäft zu stärken, sollte der Giroverkehr auf neue Beine gestellt und intensiviert werden, neue Geschäftsfelder wie der Akkreditivverkehr und der mit Reiseschecks sollten bearbeitet werden. Zusätzlich sollte die rechtliche Grundlage mit den Bezirksgirostellen geklärt und vereinheitlicht werden. Im Einvernehmen mit deren Führung, die die Sparkassen der Landeshauptstädte inne hatten, sollte auch die Gebarung der Girostellen untersucht werden.⁷²

In einem scharf gehaltenen Brief an die Girozentrale von Ende April 1947 empfahl der Landesverband für Tirol und Vorarlberg zwar seinen Mitgliedern die ernsthafte Überlegung der Retransferierung zur Girostelle Innsbruck. Gleichzeitig beschwerte er sich aber über die Drohungen aus Wien, sah seinerseits die Sparkassensolidarität durch die Girozentrale gebrochen und die Anordnungen aus Wien als Überbleibsel der autoritären und autokratischen Zeiten die nun nicht mehr angebracht wären. Schließlich sei die Mitgliedschaft im Verband eine freiwillige. Falls in den Gremien tatsächlich ein Beschluss zur Unterrichtung der Aufsicht beschlossen werde, empfahl er seinen Delegierten sich die Arbeit ebendort ernsthaft zu überlegen und billigte blanko einen eventuellen Boykott.⁷³

72 Die Ausnahme bei den Bezirksgirostellen war die Steiermark, wo die Steiermärkische Bank den Part der Girostelle spielte.

73 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 16.5.1947 S 4-6 Brief des Landesverbandes für Tirol und Vorarlberg vom 28.4.47 .

5.2. Der Kompromiss

Nach einer längeren Debatte im Verwaltungsrat sah der Kompromiss schließlich so aus, dass bei den Nebenstellen der Nationalbank ein Konto der Girozentrale eröffnet wurde, wohin die Sparkassen die nicht in der russischen Zone lagen, den 70% Anteil überweisen sollten. Im Gegenzug transferierte das Institut Sperrgelder in gleicher Höhe dorthin. Nur bei außerordentlichen Verhältnissen, wenn die Bank ihrer Funktion als Geldausgleichsstelle nicht mehr nachkommen könne, würde das Geld den Girostellen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wurde die Nationalbank verpflichtet, nach einer eventuellen Ausschöpfung dieser Mittel der Girozentrale Sperrgelder zur Verfügung zu stellen.⁷⁴

Aber offensichtlich nicht nur die Sparkassen in den westlichen Zonen waren wegen der unsicheren politischen Lage beunruhigt: Bei einem Treffen mit Vertretern der Nationalbank zwecks Aktivierung des ausgearbeiteten Kompromisses wollten die Herren der Nationalbank nichts Schriftliches niederlegen, auch sollte dieses Übereinkommen in einem verschlossenen Kuvert an Ort und Stelle deponiert werden „da unter Umständen keine Möglichkeit mehr besteht, die Zweiganstalten der Österreichischen Nationalbank von dem Übereinkommen zu verständigen.“⁷⁵

Wegen der angespannten Liquidität musste die Bank im ersten Halbjahr 1947 bei der Nationalbank vorstellig werden und um Freigabe von gesperrten Geldern ansuchen, diese jedoch verhielt sich sehr restriktiv, verwies auf bedeutenden Geldmengen von Sparkassen bei ihren Nebenstellen. Um einigermaßen flüssig zu bleiben, wurden

⁷⁴ Sitzung des Verwaltungsrates 18.6.1947 S 7-9.

⁷⁵ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 11.7.1947 S 2.

auslaufende Festgelder auf das Liquiditätsreservekonto der Sparkassen umgebucht.

Mit September waren die Liquiditätskonten bis auf geringe Ausnahmen aufgefüllt, die geforderten 70% wurden nun regelmäßig erfüllt. Trotzdem hatte das Institut seit Juni von der Nationalbank 68 Millionen aus Sperrkonten erhalten, insgesamt schon 238 Millionen.⁷⁶ Mit Stand 10. Oktober waren es schon 309 Millionen, auch für die Sparkassen waren 40 Millionen freigegeben worden.

Im November 1947 führte erhöhte Einlagetätigkeit wegen des erwarteten Währungsschutzgesetzes zu einer etwas entspannteren Liquidität, „in diesem Zusammenhang weist Herr Direktor Dechant darauf hin, dass es wieder nur die östlichen Sparkassen sind, welche die Beträge der Girozentrale abführen, während die westlichen Sparkassen diese nach wie vor zurückhalten.“⁷⁷

Mitte April 1945 hatten Personen in russischen Uniformen die Inhalte von Kassa und Tresor im Wert von fast 15 Millionen an sich genommen. Weder wurde die Übernahme quittiert noch wurden irgendwelche schriftliche Befehle vorgewiesen.⁷⁸ Nach einem gewissen Schlüssel sollten die Sparkassen laut Bescheid des Finanzministeriums diese Verluste tragen, die Girozentrale übernahm aber diese Kosten und vergütete den Sparkassen unter diesem Titel mehr als 2,7 Millionen Schilling.⁷⁹

76 Sitzung des Verwaltungsrates 25.9.1947 S 3.

77 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 27.11.1947 S 2.

78 Sitzung des Verwaltungsrates 20.3.1947 Abschlussbericht der öffentlichen Verwalter S 4.

79 Sitzung des Verwaltungsrates 18.6.1947 Beilage A S 3.

6. Der Giroverkehr der Nachkriegszeit

Der Giroverkehr nahm im ersten Halbjahr 1947 stetig zu, lediglich die Schließung der Anstalt im Jänner und Februar wegen Kohlemangels hatte zu einem Einbruch geführt. Der Jahresumsatz hatte 1946 noch 1,31 Milliarden ausgemacht, im folgenden Jahr stieg er auf 2,2 Milliarden.⁸⁰

Im Jahr 1946 waren in der Hauptanstalt 388.431 Girokarten bearbeitet worden, im folgenden Jahr waren es bereits 589.687 Stück, und beinahe diese Menge konnte 1948 schon Ende Oktober erreicht werden, das macht mehr als 3.000 Karten täglich. Im Vergleich der ersten fünf Monate 1948 und 1949 konnten die Girokarten nach Anzahl um mehr als 50% gesteigert werden, im Lauf des Jahres auch um mehr als 22%. Mengenmäßig konnte der Überweisungsverkehr sogar den bis zu 2,5 fachen Umsatz erreichen.⁸¹

Der mengen- und wertmäßig stärkste Giromonat 1948 war der Dezember: Fast 95.000 Girokarten im Wert von mehr 998 Millionen Schilling wurden umgesetzt.⁸²

Der stückmäßige Vergleich bei den Girokarten zeigt, dass 1950 eine durchschnittliche Steigerung um 16% erreicht werden konnte. Mengenmäßig konnte der Umsatz bei vergleichbarem Zahlenmaterial mehr als verdoppelt werden.⁸³

Der Überweisungsverkehr konnte 1950 wieder gesteigert werden, in diesem Jahr wurden mit 1,43 Millionen Girokarten oder im Monatsschnitt mit mehr als 119.000 das 3,7 fache des Jahres 1946 bearbeitet, zu 1948 konnte die Anzahl fast verdoppelt

80 Sitzung des Verwaltungsrates 30.1.1948 Beilage C Geschäftsbericht 1947 S 3.

81 Sitzung des Verwaltungsrates 27.6.1949 Beilage A Geschäftsbericht.

82 Sitzung des Verwaltungsrates 24.2.1949 Geschäftsbericht S 8.

83 Sitzung des Verwaltungsrates 27.6.1950 Beilage 1.

werden. Wertmäßig sind die Schlüsse nicht so eindeutig zu ziehen, da vielfach auch andere Geldbewegungen mitgezählt wurden. Trotzdem ist es ein Indikator, dass 1950 mit fast 7,2 Milliarden Schilling das 5,5 fache der Geldmenge von 1946 bewegt wurde.

Sowohl Scheck- als auch das Wechseleinzugsgeschäft konnten 1951 im Vergleich zum Vorjahr bedeutend gesteigert werden. 18.000 Schecks (+88%) im Wert von 254 Millionen (+54%) wurden von der Giroabteilung bearbeitet, mehr als 3.800 Wechsel (+125%) im Wert von mehr als 103 Millionen Schilling (+400%) konnten abgearbeitet werden.⁸⁴

Auch 1951 konnte der Giroverkehr ausgeweitet werden. Das Jahr 1950 war von einer steilen Aufwärtsentwicklung gekennzeichnet gewesen, die durchschnittlich bearbeiteten Karten stiegen von 3.700 auf rund 6.000 im Lauf des Jahres, insgesamt wurden 1,43 Millionen Karten bearbeitet. Das Jahr 1951 startete auf hohem Niveau und behielt es bei, im Durchschnitt wurden 6.500 Karten pro Tag abgearbeitet oder 1,94 Millionen das ganze Jahr über, das bedeutet eine Steigerung um mehr als 35%.⁸⁵ Besonders für das Jahr 1951 wirkten sich die letzten zwei Preis-Lohn-Abkommen aus. Diese hatten eine weitere Vermehrung der Geldmenge zur Folge und daher profitierte von ihnen auch der Giroverkehr.

Erstmals seit Kriegsende wurde im Giroverkehr eine Stagnation, wenn auch auf hohem Niveau, gemessen. In den ersten drei Quartalen 1952 waren noch durchschnittlich 6.295 Überweisungsträger bearbeitet worden, im folgenden Jahr 6.289 Stück. 1950 waren 866.000 Überweisungsträger verarbeitet worden, im

84 Sitzung des Verwaltungsrates 11.10.1951 Beilage 5 Geschäftsbericht.

85 Sitzung des Verwaltungsrates 27.6.1952 Beilage I Leistungsstatistik

folgenden Jahr 1,250 Millionen, 1952 1,265 Millionen und 1953 waren 1,252 Millionen Überweisungsträger abgerechnet worden. Diese Angaben beziehen sich immer auf die ersten 3 Quartale.⁸⁶ Die Gesamtheit an Girokarten betrug 1951 1,94 Millionen, das folgende Jahr 1,97 Millionen und 1953 ebenfalls 1,97 Millionen.

7. Geldabschöpfung, Stabilisierung

Die meisten Sparkassen hatten 1947 ihre Zwischenbankensperrguthaben von anderen Instituten zur Girozentrale bzw. auf das Konto der Girozentrale beim jeweiligen Institut transferiert, daraus mussten ihnen im Lauf des Jahres über Genehmigung der Nationalbank 102 Millionen zur Behebung von Liquiditätsengpässen freigegeben werden.

Da sich die Verhandlungen mit der Nationalbank über Freigaben oft spießten und nur im allerletzten Moment erfüllt wurden, musste die Bank vielfach diese Beträge den Sparkassen vorstrecken. Allein 1947 wurden an das Institut selbst 293 Millionen freigegeben, insgesamt waren dadurch schon 405 Millionen Schilling an Sperrkonten freigegeben worden.

⁸⁶ Sitzung des Verwaltungsrates 22.10.1953 Beilage 1 Leistungsstatistik

7.1 Das Währungsschutzgesetz und seine Auswirkungen

Das Schillinggesetz hatte zwar 60% des Buchgeldes blockiert, doch stieg der Geldumlauf auch durch Ausgabe von Schilling an die Besatzungsmächte immer weiter an. Weiterhin flossen große Reichsmarkbeträge nach Österreich, die wiederum in Schilling umgetauscht wurden. Nach dem Schillinggesetz belief sich der Geldumlauf auf 3,3 Milliarden, kurz vor dem Währungsschutzgesetz schon wieder 6,3 Milliarden. Die Geldmenge war trotz der Blockierung deutlich zu hoch für das Warenangebot.⁸⁷

Trotz der nun großteils aufgefüllten Reserven schmolz die Liquidität der Girozentrale dahin: Von Ende Mai bis Ende August 1947 hatten sich die Guthaben der Sparkassen bei der Girozentrale um 23 Millionen auf 180 reduziert, die fremden Banken hatten ihre Guthaben um knapp ein Drittel auf 24,7 Millionen reduziert und auch die Gelder privater Anleger waren geringer geworden.⁸⁸

1,5 Milliarden Schilling wurden zwischen Mai 1946 und Oktober 1947 von Sparkonten behoben, besonders betroffen waren die Sparkassen. Zwischen den beiden Währungsgesetzen wurden rund 2,7 Milliarden flüssiger Gelder dem Kreditwesen entzogen, je rund die Hälfte ging in Bundesschatzscheine oder wurde persönlich flüssig gehalten. Diese Abhebungen und der folgende Geldbedarf wurde von den Kreditinstituten durch Ansuchen um Freigebung gesperrter Gelder kompensiert.⁸⁹

87 Vgl. Österreichische Geschichte. Herwig Wolfram (Hg.): Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien ²2005. S464 und Karl Bachinger, Herbert Matis: Der österreichische Schilling. Graz, Wien, Köln 1974. S 178-180.

88 Sitzung des Verwaltungsrates 25.9.1947 S 3.

89 Hans Seidel: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Wien 2005. S 142.

Im Zuge des Währungsschutzgesetzes (WSchG)⁹⁰ wurden die nach dem Schillinggesetz schon gesperrt gewesenen Gelder endgültig gestrichen und der Rest in 2% Bundesschuldverschreibungen bzw. Interimsscheine getauscht. An Bargeld wurden pro Kopf nur 150 Schilling in neue Noten getauscht, der darüber hinausgehende Rest nur im Verhältnis 3:1.⁹¹

Während der Umwechslung flossen der Bank zwar 95 Millionen neuer Mittel zu, doch nach der Kontenumstellung verblieb ein Minus, weswegen bei der Nationalbank um Zuteilung von 50 Millionen 2%iger Bundesschatzscheine angefragt werden musste.⁹²

Als Folge der Konversion hatte der Sparkassensektor 689,6 Millionen an die Nationalbank abführen, mit März und Juni 1948 wurden wieder insgesamt 153,7 Millionen freigegeben, diese über ein Quotensystem aufgeteilt.⁹³

Per Saldo waren 1,28 Milliarden nach Schilling- und Währungsschutzgesetz gesperrt, und per Saldo hatte das Institut noch 1,77 Milliarden deutsche Werte, so genannte „non-valeurs“ in den Büchern stehen.⁹⁴

Die Sperrguthaben bei der Nationalbank reduzierten sich um 390 Millionen auf 141,5. In Summe rund 173 Millionen, die in drei Raten gezahlt worden waren, hatte die Nationalbank freigegeben, sie wurden den Sparkassen zur Verfügung gestellt.

Das Währungsschutzgesetz hatte einen enormen Aufwand verursacht, um die verschiedenen Kontenarten zu koordinieren, sammeln und schließlich auf ein

90 Ausführliche Beschreibung bei: Bachinger/Matis, Schilling. S 192-195.

91 Vgl. Sandgruber, Ökonomie und Politik. S 464 und Bachinger/Matis, Schilling. S

92 Laut §27 des Währungsschutzgesetzes 1947 BGBl 250 war es der Nationalbank erlaubt, zur Förderung der Liquidität von Kreditinstituten ihnen bis zu 25% des Betrages ihrer bei der Nationalbank gehaltenen Sperrkonten als verzinsliche Bundesschatzscheine gegen Gutschrift in der selben Höhe abzugeben.

93 Sitzung des Verwaltungsrates 22.4.1948 Beilage A und Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 24.6.1948 S 2f.

94 Sitzung des Verwaltungsrates 27.6.1949 Beilage B Erläuterungen zum Rechnungsabschluss 1948.

Sonderkonto zu buchen. Der ganze Sektor hatte nach §9 WSchG mehr als drei Milliarden auf das Sonderkonto Bund zu buchen, auf Alt- und Konversionskonten in der Höhe von mehr als 808 Millionen waren 2% Bundesschuldverschreibungen auszugeben, insgesamt wurden mehr als vier Milliarden auf das Konto des Bundes umgebucht, fast 759 Millionen davon waren per 31. Mai schon abgeführt, verblieben noch 3,29 Milliarden.⁹⁵

7.2 Problem Liquidität

Im Jahr 1946 war am Kreditsektor wegen der schwachen Liquidität kein einziger (!) neuer Kredit abgeschlossen worden, das folgenden Jahr brachte immerhin eine Steigerung des Gesamtvolumens um 2,4 Millionen bewilligte. Das zeigt, dass die Bank, wie ihr eigentlich auch verboten war, praktisch keine Privatkunden hatte und die wenigen Kredite die sie vergab, wurden ihr zum Großteil vom eigenen Sektor zugetragen. Die Höhe der wenigen Kredite von Gewerbebetrieben erreichte in den frühen Jahren selten einen sechsstelligen Betrag.

Auf Grund ihrer einschränkenden Satzung war es der Girozentrale nicht erlaubt langfristige Kredite zu geben, dadurch waren attraktive Industriekredite faktisch ausgeschlossen. Zudem durfte sie nur mündelsichere Papiere kaufen. Größere Kreditbeteiligungen erfolgten durchwegs nur, wenn diese Beträge durch Garantien von Gebietskörperschaften, Ländern oder Gemeinden zu 100% gedeckt waren, schließlich war die Girozentrale das Spitzeninstitut der Sparkassen, die auch nur

95 Sitzung des Verwaltungsrates 27.6.1949 Beilage A Geschäftsbericht S10f.

mündelsicher anlegen und investieren durften.

Daher kamen zur Kreditvergabe neben der öffentlichen Hand eigentlich nur ländereigene Gesellschaften in Frage, und hier insbesondere die Energiegesellschaften, die wegen des Ausbaus der Kraftwerke einen großen Bedarf an Geld hatten. Im Lauf der Jahre wurde die TIWAG, die Verbundgesellschaft und vor allem die NEWAG mit Krediten versorgt, wobei die Bank einige Probleme in Kauf nahm bei der NEWAG alleiniger Kreditgeber zu bleiben.

Die Versuche in Industriekredite zu investieren wurden zweimal durch die Aufsicht abgewürgt, bei dritten Mal wurden zwar nur kurzfristige Kredite vergeben, diese aber für langfristige Investitionen verwendet und das Unternehmen Haselgruber schlitterte 1958 spektakulär in die Pleite.

Dramatische Zahlen über die Liquidität wurden Mitte April 1948, als die Kreditwirtschaft allgemein unter den Abhebungen litt, präsentiert: Selbst nach Zuzählung von 50 Millionen Schilling in Bundesschatzscheinen wären, streng nach dem Kreditwesengesetz, den gesamten Verpflichtungen von 488,8 Millionen Schilling nur knapp über 12% davon als flüssige, also kurzfristig aufbringbare Mittel gegenüber gestanden, die wirklich prompt verfügbaren hätten sogar nur 0,87% oder in Summe 3,95 Millionen ausgemacht.⁹⁶ Im Juli 1948 musste das Institut zweimal bei der Nationalbank um Zuteilung von Schatzscheinen anfragen, 50 Millionen erhielt sie unter der Voraussetzung, die noch ausstehenden 15 Millionen rechtzeitig im August zurückzuzahlen.⁹⁷ Die Liquidität verbesserte sich im 2. Halbjahr auf befriedigendes

⁹⁶ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 16.4.1948 Beilage A und B.

⁹⁷ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 30.7.1948 S 2.

Niveau.

Nachdem man Mitte 1948 die Rekonstruktion der Kreditinstitute schon bald erwartete, sah sich der Leitende Direktor Pichler angesichts seines Gesundheitszustandes außerstande, diese Aufgabe allein zu bewältigen, zumal er mit Ende des Jahres ausscheiden wollte. Um dem Nachfolger genügend Zeit zur Einarbeitung zu geben, wurde deshalb nach Rücksprache mit der Aufsicht mit August der langjähriger Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank Otto Benedikt zum Direktor und Nachfolger bestellt.⁹⁸

Das erste Halbjahr 1949 brachte eine beruhigend stabile Liquidität, die Spareinlagen stiegen im Vergleich zum Dezember des Vorjahres bis April um 123 Millionen auf 732 Millionen, der Giroanteil betrug 1 Milliarde, das entsprach einer Steigerung um 122 Millionen. Mit Stichtag 31. Mai hatte der gesamte Sektor 105 Millionen Schatzscheine eskontiert bekommen, allein die Girozentrale 58 Millionen. Dazu kamen noch 25 Millionen, die wegen der Kredithilfe-Aktion bei der Postsparkasse gelagert waren.

7.3 Hilfe und Service für die Sparkassen

Anfang 1948 wurde mit dem Postsparkassenamt eine Vereinbarung getroffen, dass dieses 50 Millionen als Kredithilfe zur Verfügung stellen sollte. Dieses Geld war zur Ausweitung des Hypothekargeschäftes der Sparkassen gedacht. Wegen des Währungsschutzgesetzes hatten die Sparkassen nicht nur eine große Menge an Einlagen verloren, sondern standen teilweise vor dem Problem wegen zu geringer

⁹⁸ Sitzung des Verwaltungsrates 1.7.1948. S 22.

Einlagen auch das Hypothekengeschäft nicht mehr betreiben zu dürfen. Mit Anfang 1948 konnten nach Auslaufen des Zinsenhemmungsgesetzes⁹⁹ wieder Zinsen für Einlagen gezahlt werden, doch die lagen weit unter der Inflationsrate, waren also kein großer Anreiz zum Sparen. Dennoch war dies ein erster Schritt, die Leute zum Sparen zu animieren.

Zwei Jahre lang bei einer Verzinsung von 0,5% über der jeweiligen Bankrate sollte diese Einlage der PSK bei der Girozentrale verbleiben können, Gegenveranlagung bei der Post waren §27 Bundesschatzscheine um deren Verlängerung um jeweils weitere 3 Monate sich die Post kümmern sollte.

Geplant war, von den 50 Millionen den Wiener Sparkassen 30 Millionen zuzuteilen. Falls der Rest für die Bundesländer zu wenig gewesen wäre, hätte der Betrag umgeschichtet werden sollen. Nach der ersten Rate von 15 Millionen, von denen 9 Millionen in Wien verblieben, spießte es sich. Schon im März war dieser Betrag durch Nachfrage der Sparkassen um bis zu acht Millionen überschritten worden. Da das Institut zu dieser Zeit aber viel Geld flüssig hatte, wurde diese Überschreitung aus Eigenem vorgestreckt.

Das Postsparkassenamt war an der Erfüllung des Übereinkommens interessiert und daher wurde schon im September der Fahrplan für weitere Zuteilungen ab dem Oktober geplant. Nun musste sich die Girozentrale um Zuteilung von Bundesschatzscheinen bei der Nationalbank bemühen, die aber weigerte sich. Daraufhin wurde versucht, wenigstens für die aus Eigenem vorgestreckten Gelder Schatzscheine zugeteilt zu bekommen. Erst Anfang Dezember wollte die Nationalbank Schatzscheine ausgeben, die dem Gegenwert der 2. Tranche von 8

⁹⁹ BGBl 36/1946.

Millionen entsprochen hätten. Nun aber spießte es sich bei der Postsparkasse. Diese hatte das versprochene Geld, weil durch die Girozentrale keine weiteren Gelder angefordert worden waren, mit dem Bund rückverrechnet.¹⁰⁰

Die Kredithilfe wurde letztendlich auf die Hälfte gekürzt, konnte aber über das vereinbarte Ende von Februar 1950 hinaus wenigstens um ein halbes Jahr verlängert werden.

In der zweiten Jahreshälfte 1948 starteten die Landeshypothekenanstalten einen konzertierten Werbefeldzug für ihre Produkte bei den Sparkassen. Nach einer Warnung der Girozentrale, nicht in ihrem Bereich zu wildern, wurde ein Abkommen geschlossen. Dieses sah vor, dass jede Anfrage einer Sparkasse bei den Hypobanken direkt an die Girozentrale weitergeleitet würde. Diese würde dann den Auftrag der Sparkasse zu bankeigenen Konditionen durchführen können. Als Großabnehmer von Pfandbriefen war es der Girozentrale ein Leichtes günstigere Bedingungen zu erhalten. Dummerweise waren die Sparkassen von dieser Abmachung nicht unterrichtet worden, sodass nach einem peinlichen Zwischenfall die Abmachung hinfällig geworden sein dürfte.

Im Jahr 1949 wurde erstmals bei der Liquiditätsreserve zwischen Spar- und Girogeldern unterschieden, erstere wurden den Sparkassen ab diesem Zeitpunkt höher verzinst. Eine Durchkalkulation hatte zu Tage gebracht, dass eine Zinserhöhung des Sparanteils auf 1,5% (bei gleichzeitigem Beibehalten von 1% für den Giroanteil) einen mehr als 400.000 Schilling geringeren Verlust nach nicht ziehen würde.

Die Zinsen für Festgelder reichten nun von 1,375% für 3 Monate bis 2% für 12

100 Sitzung des Verwaltungsrates 24.2.1949 Beilage A Geschäftsbericht S 4-8.

Monate, diese Zinssätze galten mit Mai 1949. Ebenfalls erhöht wurden die Zinsen an die Bezirksgirostellen, sodass diese den Sparkassen auch 1% auf die Giroeinlagen bieten konnten.

7.4 Vorläufige Bilanzen und die Bilanzlücke

Für das Gesamtjahr 1948 wurden 5,47 Millionen Abgang berechnet, wobei durch diverse Abschreibungen und Wertberichtigungen und den Verlustvortrag vom Vorjahr in Höhe von 1,04 Millionen ein Abgang von 3,61 Millionen angegeben wurden. Das zweite Halbjahr war mit 1,6 Millionen Verlust besser. Unter der Annahme des besseren Halbjahres und mit 1% Verzinsung der Bilanzlücke von 480 Millionen hätte die Bank mit einem Gewinn von 1,62 Millionen abschließen können.¹⁰¹ Für die „endgültige“ Gewinn und Verlustrechnung wurden für 1948 14,84 Millionen an Aufwendungen angegeben, darin waren 6,4 Millionen für Zinszahlungen und 5 Millionen für ein neues Anstaltsgebäude inkludiert. 4,35 Millionen waren verdient worden, sodass ein Reinverlust von 10,47 Millionen für die gesamten Nachkriegsjahre angegeben wurden.

Für 1945 war noch ein Gewinn von 425.000 ausgewiesen worden, 1946 schloss mit einem Verlust von 651.000, 1947 brachte weitere 812.000 Minus und 1948 4,43 Millionen Verlust plus 5 Millionen Rücklage für den Rückkauf des Gebäudes, in Summe waren dadurch 10,47 Millionen Verlust angehäuft worden.

¹⁰¹ Sitzung des Verwaltungsrates 24.2.1949 Beilage A Geschäftsbericht S 10f.

Die Bilanzsumme hatte sich 1948 im Vergleich zu 1947 auf 2,55 Milliarden leicht verringert. Im normalen Geschäft hatte die Anstalt 241,2 Millionen Aktiva, denen 731,2 Millionen Passiva gegenüberstanden, also die in den Gremien viel besprochene Bilanzlücke von 490 Millionen.

Von den sich um 67,2 Millionen auf 612,8 Millionen gesteigert habenden Einlagen kamen von Sparkassen und Girostellen 564 Millionen.¹⁰²

Bemerkenswert ist, dass immer wieder von den „sozialen Lasten“ die Rede ist, ein Begriff der aus der Zwischenkriegszeit stammt und bedeutet, dass die vermeintlich überdimensionierte soziale Gesetzgebung und soziale Wohlfahrt abgebaut gehöre, weil sie die Allgemeinheit belasten würden. Da die Nationalsozialisten sich gerne sozial gaben, verschwand dieser von den Christlich-Sozialen geprägte Begriff unter ihrer Herrschaft allmählich wieder, nun war er wieder kurzzeitig aufgetaucht.

Der Zinsabgang konnte 1949 im Vergleich zu 1948 weiter verringert und auf 948.000 Schilling gedrückt werden, 1948 hatten noch 2,38 Millionen hingenommen werden müssen. Besonders dazu beigetragen hatte das Kreditgeschäft, es hatte von rund 28,3 auf 96,9 Millionen zugenommen. Das Jahr 1948 hatte mit einem Nettoverlust von 3,69 Millionen geendet, das folgende Jahr brachte eine Verbesserung auf minus 2,4 Millionen.¹⁰³

Die Spekulationen und Berechnungen mit der Bilanzlücke finden sich in den Geschäftsberichten bis zur wirklichen Rekonstruktion immer wieder. Das sollte vor allem den Sparkassenvertretern verdeutlichen, dass eine Rekonstruktion so schnell

¹⁰² Sitzung des Verwaltungsrates 27.6.1949 Beilage B Erläuterungen zum Rechnungsabschluss 1948.

¹⁰³ Sitzung des Verwaltungsrates 27.6.1950 Beilage 2. Entwicklung der Wirtschaftlichkeit 1948, 1949.

wie möglich passieren sollte, die Bank per se sei kein Verlustträger, sondern mit entsprechenden Mitteln ausgestattet, sehr wohl imstande den Sparkassen auch Gewinne und Vorteile bringen können.

Nachdem die Aufsichtsbehörde Einblick in die Protokolle hatte und dies auch wahrnahm, war auch sie Empfänger dieser Botschaft: Wir brauchen eine Rekonstruktion, möglichst bald. Und wir brauchen dazu Hilfe des Staates bzw. der Nationalbank. Wenn vielleicht nicht für, so doch zumindest bis zur Rekonstruktion.

Die Bilanzsumme konnte 1950 auf 2,63 Milliarden (= +145 Millionen zu 1949) gesteigert werden. Bei einer Verbesserung von um 206 und Verringerung um 61 Millionen ergab sich bei den Aktiva eine Steigerung um 145 Millionen, hier besonders den Einlagen bei Banken um 102 Millionen und der Steigerung des Kreditvolumens um 78 Millionen zu verdanken. Die Passiva erhöhten sich besonders um den Posten Einlagen von Kreditinstituten, also den Sparkassen, der um 160 auf 822 Millionen gesteigert werden konnte.

Nach 1945 konnte 1950 erstmals wieder ein Betriebsgewinn erzielt werden. 1948 lag dieser noch mit 3,58 Millionen im Minus, 1949 auch noch mit 1,78 Millionen, das folgende Jahr aber mit 355.000 im Plus.

Die Zinsgebarung war 1948 noch mit 2 Millionen negativ, das folgende Jahr sah schon einen Überschuss von 515.000 und 1950 schon einen Überhang von 2,2 Millionen Schilling zugunsten des Zinsertrages. Zum Jahr davor waren die Aufwendungen zwar um fast 8 Millionen gestiegen, doch die Zinserträge stiegen um mehr 10 Millionen.¹⁰⁴

Das auffälligste Merkmal bei der Betrachtung der Bilanz 1951 ist, dass die
104 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 22.2.1951 S 678-680.

Bilanzsumme sich von 2,62 Milliarden auf 1,09 Milliarden oder 58% reduziert hatte. Grund war eine Bestimmung der 3. Abfuhranordnung, die besagte, dass die Zentralstellen eines Sektors das Sonderkonto Bund nicht mehr in die Bilanz aufnehmen sollten. Unter Ausklammerung der deutschen Werte erhöhte sich die Bilanzsumme aber um 105 Millionen.

Die Einlagen der Sparkassen waren 1951, bedingt durch das wirtschaftliche Umfeld der Inflation, das eher Ausleihungen denn Sparaktivitäten begünstigt hatte, im Vergleich zu 1950 um fast 21 Millionen zurückgegangen.

1951 schloss mit einem Minus von 676.000 Schilling, wobei durch andere Bewertungen, wie etwa nicht notwendige Rückstellungen, dieser Verlust extra produziert worden war.¹⁰⁵

Im Vergleich zu 1950 (Vergleich der ersten 3 Quartale) konnten 1952 in fast allen Geschäftssparten Steigerungen festgestellt werden, das Devisengeschäft hatte sich fast versechsfacht, der Akkreditivverkehr deutlich mehr als verdoppelt, der Scheck und Wechseleinzug war um mehr als den Faktor 13 gestiegen.¹⁰⁶

Im ganzen Jahr war die Bilanzsumme um weitere 300 Millionen gestiegen, davon waren 283 Millionen auf die Konten der Banken gewandert, die Kredite waren dagegen nur um 9 Millionen gestiegen. Die Einlagen der Sparkassen mit 293 Millionen machten nahezu den gesamten Zuwachses aus.¹⁰⁷

Das Gesamtjahr 1953 zeichnete sich durch eine kräftige Zunahme der Bilanzsumme aus: Sie konnte von 1,39 Milliarden um 798 Millionen oder 57% auf 2,19 Milliarden

¹⁰⁵ Sitzung des Verwaltungsrates 27.6.1952 Beilage 2 Bilanzerläuterungen.

¹⁰⁶ Sitzung des Verwaltungsrates 11.12.1952 Beilage 1 Geschäftsbericht.

¹⁰⁷ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 1.4.1954 Beilage 19 Prüfungsbericht für die Bilanzen 1951 und 1952.

gesteigert werden. 456 Millionen davon wanderten in Zwischenbankeneinlagen. Durch die Zeichnung der Energieanleihe 1953 stieg der Eigenbesitz bei Wertpapieren um 62,6 auf 99 Millionen. Die Guthaben bei Banken verdoppelten sich auf 913 Millionen, die Guthaben von anderen Kreditinstitute stiegen von 1,1 Milliarden auf 1,83 Milliarden. Von dieser Steigerung kam mit 620 Millionen der überwiegenden Teil von den Sparkassen, 107 Millionen durch die „Kommerzbanken“. Die noch aushaftenden Kredite stiegen um 46 auf 265,6 Millionen.

Der Reingewinn 1953 betrug 185.000 Schilling, der Gesamtverlust seit 1945 konnte dadurch auf 16,7 Millionen gedrückt werden.

8. Die Girozentrale und das ERP-Programm

Die ERP-Lieferungen für Österreich bestanden zu Anfang des Programms 1948 noch zum größten Teil aus Nahrungsmittellieferungen und Investitionshilfen für die Landwirtschaft, doch mit Hilfe der Counterpart-Mittel konnten schon im selben Jahr günstige Kredite auch für den Aufbau von Industrie und Gewerbe freigemacht werden. Bei den Counterpart-Beträgen handelte es sich um von der USA geschenkte Güter, die über den Staat verteilt und verkauft wurden. Aus diesen Erlösen wurde der Fond gespeist, der die Mittel für Investitionen zur Verfügung stellte. Anfangs sogar noch als Zuwendungen, später als günstige Kredite. Noch heute gibt es einen ERP-Fonds zur Förderung von Investitionen.

Die Girozentrale wurde 1949 neben den drei verstaatlichten Banken als Finanzierungsinstitut für die ERP-Hilfe staatlicherseits anerkannt. Obwohl man nicht annahm, dass die Sparkassenkundschaft die richtige Zielgruppe darstellte, hoffte man auf Import- und Wiederaufbaukredite in kleinerem Rahmen. Zumindest glaubte man einen weiteren Kreis ansprechen zu können und hoffte, diesen für die Zukunft als Kunden auch zu behalten.

Trotzdem war man im Lauf der Jahre nicht zufrieden mit dem Geschäft. Man bedauerte, dass fast nur kleine Kredite zugeteilt worden waren und diese letztendlich wegen der hohen Betreuungskosten pro Kredit nicht einmal rentabel gewesen wären. Von den 6.067 Millionen der ERP-Hilfe waren 6.040 Millionen, und das waren zum überwiegenden Teil Großkredite¹⁰⁸, durch die Hände der zwei großen verstaatlichten Banken gegangen.¹⁰⁹ Diese waren zudem anfangs die einzigen Vermittlungsstellen gewesen.

Das prinzipielle Problem war, dass das zwischengeschaltete Kreditunternehmen nur Mittlerfunktion und keine Entscheidungsbefugnis hatte. Vor dem Antrag galt es Unterlagen zu sichten. Erst wenn ein Kredit dann im Ministerium oder der Kammer für gut befunden war, trat die Bank in Aktion und begab das Geld.

1950 wurden in das ERP-Programm Gewerbekredite und Ausfuhrförderungskredite eingeführt, deren Bewilligung liefen über Kammern bzw. die Exportförderungsgesellschaft.

An das ERP-Büro waren durch die Girozentrale Kredite von 55,8 Millionen herangetragen, aber nur 13 Millionen bewilligt worden, mehr als 25 Millionen

108 Vgl. Sandgruber, Ökonomie und Politik. S 453.

109 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 25.3.1954 Beilage 5 S 2.

steckten noch im Verfahren fest.¹¹⁰

In den ERP-finanzierten Kreditarten Aufbaukredit, Exportfondskredite und Ausfuhrförderungskredite war die Girozentrale 1951 noch aktiv, wobei bei all diesen eine positive Beurteilung und Erledigung außer Haus geschah, somit die Bank nur ausführendes Organ darstellte. Die beiden letzteren wurden von den Sparkassen herangetragen, sodass bei allen drei Arten die Gewinnmarge äußerst bescheiden war.¹¹¹

9. Entlassen, aber ...

Bei der Bereinigung der Angestelltenschaft war nach dem Wirtschaftssäuberungsgesetz (WSG) vorgegangen worden, nach § 3, der sich wiederum auf den § 17 des Verbotsgesetzes (VG) stützt, die „Illegalen“ und nach § 4 WSG die „untragbar gewordenen gewöhnlichen Parteimitglieder“¹¹² entlassen. Ein Teil der Betroffenen hatte dagegen berufen, doch wurde dies von der Sonderkommission abgewiesen. Auch die Einsprüche gegen diesen Entscheid wurden von der Berufungskommission im Sozialministerium per Bescheid verworfen.

Von den 133 männlichen und 115 weiblichen Angestellten war 15 männliche und eine weibliche nach § 3 entlassen worden, als auf Grund ihrer Vergangenheit als „Illegale“.

110 Sitzung des Verwaltungsrates 11.10.1951 Beilage 5 Geschäftsbericht.

111 Sitzung des Verwaltungsrates 27.6.1952 Beilage 1 Geschäftsbericht

112 Sitzung des Verwaltungsrates 20.3.1947 Abschlussbericht der öffentlichen Verwalter S 2.

18 Männer und 2 Frauen waren nach § 4 gekündigt worden, nach Angestelltengesetz waren 16 Männer und 35 entlassen bzw. gekündigt worden, 42 weitere schieden freiwillig aus. Nach einigen Neuaufnahmen hatte die Girozentrale Ende Jänner 1947 eine Belegschaft von 70 Männern und 58 Frauen.¹¹³

Ministerialrat Kossegg widersprach der Rechtsauffassung, dass das WSG anzuwenden sei, energisch. Die Abberufung eines geschäftsführenden Direktors könne weder der Verwaltungsrat noch die öffentlichen Verwalter aussprechen. Einzig und allein die Aufsicht sei dazu befugt. Noch dazu sei, weil die Girozentrale eine Körperschaft öffentlichen Rechtes sei, nur das Verbotsgesetz in Anwendung zu bringen.

Dechant konterte, dass der Prozess, den Schwarz angestrebt habe, immerhin schon beim OGH anhängig sei.¹¹⁴

Das Finanzministerium, das die ganze Zeit gegen die Anwendung des WSG opponiert hatte (hier ging es wohl auch um die unterschiedlichen Rechtsauffassungen des roten Innenministeriums gegen das konservative Finanzministerium) wollte Ende September 1947 wissen, wie die Girozentrale denn nun mit den neuen Bestimmungen im WSG und VG umgehen wolle. Nach Meinung des Finanzministeriums war der Entscheid des OGH ein Fehltritt, weil es auf den alten Bestimmungen gründete.¹¹⁵ Die Rechtsansicht der Anstalt war eine gänzlich andere: Aus dem Urteil des OGH sei eindeutig zu erkennen, dass er sich schon auf die neuen Versionen (von 1947) der Gesetze beziehe. „Dr. Schwarz hat seine Berufung gegen

¹¹³ Ebd. S 3.

¹¹⁴ Sitzung des Verwaltungsrates 20.3.1947 S 5f.

¹¹⁵ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 10.10.1947 Beilage 4. Brief des Bundesministeriums für Finanzen 20.9.1947 Zl.27.609-18/47.

den Bescheid [...] vom 31. März 1947 zurückgezogen, sodass die Kündigung rechtskräftig geworden ist.“¹¹⁶ Schwarz habe seine Forderungen zu Unrecht erhoben und werde daher mit einer Abweisung rechnen müssen, deswegen habe er auch das Ersuchen gestellt das Verfahren ruhend zu stellen.

Nur das weitere Schicksal von Direktionsmitgliedern ist ausführlicher überliefert.

Richard Schwarz war Ende September 1945 nach § 4 WSG gekündigt worden, daraufhin zum Gewerbegericht gegangen, doch seine Klage dort wurde wegen Nichtzuständigkeit abgewiesen, weil § 21 des Verbotsgesetzes anzuwenden sei. Die zweite Instanz folgte seiner Argumentation, begründete dies auf den öffentlich-rechtlichen Charakter der Bank und verwies auf die erste Instanz. Dagegen meldete wiederum die Girozentrale Rekurs an, dem gab der OGH am 26. April 1948 Recht, das WSG sei auch auf die Angestellten der Girozentrale anwendbar. Zudem wäre ein Einspruch nur bei der zuständigen Kommission beim Landearbeitsamt zuständig gewesen. Für die Girozentrale war somit klar: „Durch die Entscheidung des OGH ist die Frage der von den öffentlichen Verwaltern ausgesprochene Entlassungen und Kündigungen endgültig geklärt.“¹¹⁷

Trotzdem hatte Schwarz beim Gewerbegericht geklagt, für die Geschäftsführenden Ausschuss eine sinnlose Aktion, da ja das WSG Anwendung zu finden habe. Die Bitte Schwarz', das Verfahren ruhend zu stellen (um sich die Verfahrenskosten zu sparen) wurde abgelehnt.¹¹⁸

116 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschuss 10.10.1947 Beilage 5 Antwort an das Finanzministerium.

117 Sitzung des Verwaltungsrates 18.6.1947 S 10.

118 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschuss 10.9.1947 S 8f.

Das Gesetz über die vorzeitige Beendigung der Sühnefolgen für Minderbelastete hatte zur Folge, dass zwei Angestellten wieder volles Gehalt beziehen konnten, einer erhielt die Personalzulage zurück und beim anderen wurde ein Rückstufung im Gehaltsschema rückgängig gemacht.

Zwei Monate nach dem Gesetz meldete sich auch Schwarz wieder beim Institut, er hätte gerne eine Pensionsabfindung, die Höhe solle die Bank vorschlagen. Die orientierte sich an der Auszahlung für Schmid und bot 6.000. Das war Schwarz viel zu wenig, nach einer eingehenden Debatte im Verwaltungsrat entschloss man sich für die Variante der simpleren und billigeren Art: 20.000 sollte Schwarz erhalten.

Ferry Schmidt wurde nach § 4 WSG entlassen, das Komitee des Ministerrates hatte diesen Beschluss bestätigt. Daraufhin stellten die Verwalter den Antrag auf Abberufung, und meldeten dies dem Finanzministerium.

Dem „gewesenen Generaldirektor“ Schmidt wurde von der Kommission beim Landesarbeitsamt eine Verlängerung der Kündigungsfrist zugebilligt, seine Ruhe- und Versorgungsgenüsse blieben aufrecht, für seine weiteren Ansprüche solle er sich an das Gewerbegericht wenden. Ein Pensionsansuchen Ferry Schmidts wurde von der Bank mit Berufung auf ein Rechtsgutachten abgelehnt. Ende Oktober wollte Schmidt ein Gespräch über seine Pension entwerfen, doch wurde dies abgelehnt.

Die Jahreswende 1948 brachte eine entscheidende Wende: Schmidt war in die Versehrtenstufe III eingeteilt und somit von allen Sühnefolgen befreit worden. Dadurch lebten auch seine Ansprüche aus dem Dienstvertrag wieder auf. Ganz beiläufig erwähnte er, dass seine Kündigung ohnehin wirkungslos gewesen sei, da sie

nur vom Finanzministerium ausgesprochen hätte werden können. Wer ihm das wohl plötzlich zugetragen hatte? Gönnerhaft wollte er, auf die schwierige Lage der Kreditinstitute hinweisend, nur 1.200 Schilling monatlich ab dem 1. März 1947, begrenzt bis Ende 1950, exklusive der Sozialversicherungspension, gekoppelt an die Bundespensionen. Der Gegenvorschlag der Anstalt lautete 1.200 Schilling inklusive staatlicher Pension, auszuzahlen ab 1. Jänner 1948, die Witwenpension zu 50% und nicht wie gewünscht 66% und Pensionserhöhungen würden sich nach Dienstrecht bzw. später nach Kollektivvertrag richten. Aber nur unter der Bedingung, dass Schmidt auf alle Leistungen aus seinem Dienstvertrag verzichte.¹¹⁹

Im Verwaltungsrat entspann sich zuvor eine angeregte, wenn nicht sogar erregte Diskussion: Dechant wollte ein endgültiges, letztes Angebot legen, wenn Schmidt darauf nicht einging, sollte die Anstalt nach § 7 Verbotsgesetz 1947 vorgehen und ihn zum Belasteten erklären lassen, ein Verfahren sei aussichtsreich. Schmidts Geschäftsführung habe erheblich zur Kriegsfinanzierung beigetragen und dafür sei er auch für das Kriegsverdienstkreuz vorgeschlagen gewesen. „Darüber hinaus hat er sich extrem im nationalsozialistischen Sinne im Haus betätigt.“¹²⁰ Dann folgten noch Thausings Aussagen die schon früher angeführt wurden¹²¹. Sie waren aber offensichtlich keine „sachliche Darstellung“ wie die vorhergehende von Dechant.

Kossegg konstatierte, dass angesichts der Rechtslage Schmidts Ansprüche auf volle Pension zu Recht bestünden, das Finanzministerium aber der Meinung sei, dass die volle Pension nicht gezahlt werden könne. Dechant wunderte sich, warum diese Unterstützung erst jetzt käme und warum das Ministerium seit eineinhalb Jahren

119 Sitzung des Verwaltungsrates 30.1.1948 Beilage A.

120 Sitzung des Verwaltungsrates 30.1.1948 S 5.

121 Siehe Seite 26 der Arbeit.

über den Fall „und zwar zu Gunsten des Dr. Schmidt, polemisiert.“ Kossegg erwiderte „in etwas erregtem Tone“ dass er seit eineinhalb Jahren für eine Einigung mit Schmidt plädiert habe. Dechant stichelte weiter, indem er „voller Ruhe und ohne jede Erregung“ die Unterstützung des Ministeriums in Abrede stellte und meinte, „dass Herr Dr. Schmidt immer ein geneigtes Ohr beim Bundesministerium für Finanzen gefunden hat ...“, die Girozentrale dagegen wurde nicht unterstützt. Ein erregter Kossegg verlangte sofort das Wort, doch wurde es ihm verwehrt. „In höchster Erregung erhebt sich nun Ministerialrat Dr. Kossegg mit der Feststellung, dass es der Aufsichtsbehörde jederzeit zustehe das Wort zu verlangen und wendet sich an den Vorsitzenden mit der Frage, ob er die Sitzung schließen lassen solle. Dies veranlasst Herrn Landesrat Dr. Jobst, die Feststellung des Herrn Ministerialrats energischst zurück zu weisen und bedeutet ihm, dass das Dritte Reich bereits zu bestehen aufgehört habe und sich der Verwaltungsrat nicht von der Aufsichtsbehörde terrorisieren lasse. Es bestehe noch eine Redefreiheit und dem Staatskommissär stehe nicht das Recht zu einen Redner in seinem Referat zu unterbrechen.“¹²²

Dechant beharrte weiter der für ihn richtigen Rechtsauffassung dass er als Verwalter die Funktion der Organe übernommen habe und dadurch berechtigt war, Schmidt abzuverufen. Diese Rechtsauffassung habe die Aufsicht nie geteilt, „im Gegenteil, sie hat sie immer bekämpft.“ Er habe der Anstalt große Kosten erspart, „insbesondere, dass die zur Feststellung der Parteizugehörigkeit berufene Kommission 1½ Jahre nach dem Erscheinen des Nationalsozialistengesetzes bzw. Verbotsgesetzes noch nicht gebildet waren.“¹²³

122 Ebd. S 7.

123 Ebd. S 9.

Kossegg¹²⁴, Jahrgang 1889, war in der Monarchie sozialisiert worden und trat 1911 ins Finanzministerium ein. Ihm dürfte ein autoritäres Gehabe nicht fremd gewesen sein, in den Gremien der Girozentrale fanden einige erregte Diskussionen mit ihm statt. Obwohl nichts darüber bekannt ist, dass er Sympathien für die Nationalsozialisten gehabt hätte, war ihm wohl ein System der Autoritäten nicht fremd und unsympathisch. Er war mit Leib und Seele Beamter, betonte in der Diskussion, noch am vorigen Tag wieder den Amtseid abgelegt zu haben: „Was immer das Gesetz sagen möge – auch wenn er gegen die Interessen ihm verwandter Menschen entscheiden müsse – hat er dem Gesetz Folge zu leisten.“¹²⁵

Die vorherrschende Meinung war, dass Schmidt froh sein könne, dass er überhaupt so viel angeboten bekomme, seine Ansprüche stammten ja aus einem „Nazivertrag“ und an Hand des Materials müsste er eigentlich als Belasteter gelten. Zwei weitere Zugeständnisse wurden ihm gemacht, damit endlich „die Sache aus der Welt“ geschaffen sein könne: Die Pension erhielt Schmidt ab November 1947 und zusätzlich bekam er aus den für die Pension 15.000 eingezahlten Schilling 6.000 retour, wenn er auf den Rest verzichte.

Ende Februar 1948 konnte im Geschäftsführenden Ausschuss gemeldet werden, dass Ferry Schmidt das Angebot angenommen habe. Einige Tage zuvor hatte das Finanzministerium mitgeteilt, dass es gerne diese Beweise gegen Schmidt hätte, der Ausschuss aber ließ mitteilen, dass die Angelegenheit erledigt sei und die Beweise dadurch irrelevant geworden seien.¹²⁶

124 Ein kurzer Abriss seines beruflichen Werdegangs bei: Venus, Zentralsparkasse. S 660 bzw. Fußnote 16.

125 Sitzung des Verwaltungsrates 30.1.1948 S 11.

126 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 27.2.1948 S 4.

Das Ministerium entsprach dem Wunsch und enthob Schmidt mit einem Schreiben vom 3. März seiner Stelle als geschäftsführender Direktor.¹²⁷

1952 wollte Ferry Schmid eine Revision seiner Ruhegenüsse erwirken, er strebe aber keinen Rechtsstreit an. Ein Beschluss wurde zwecks Berechnung der aus dem Dienstvertrag zugesicherten Genussrechte hinten gestellt und man wollte Schmid Bescheid geben. Was dann weiter passierte, ist aus den Protokollen nicht eruierbar.

Drei weitere Beschwerden gegen Entlassung nach § 3 WSG, darunter die der „gewesenen Direktoren“ Schöny und Pawek, waren von der Kommission beim Landesarbeitsamt im April 1947 zurückgewiesen worden, sie wurden nicht auf Kündigung und § 4 geändert.

Der Geschäftsführer der Bausparkasse erhielt zwar eine Abfertigung in Monatsraten, doch sein Wunsch einer Abänderung der Kündigung im Sinne § 4 WSG, blieb unerfüllt.

Schöny ließ ausrichten, dass er bald in die Versehrtenstufe III eingereiht werde und daher seine Pensionsansprüche geltend machen würde. Schon 14 Tage später wurde im Geschäftsführenden Ausschuss vom 16. April gemeldet, dass Schöny 808 Schilling inklusive Sozialversicherungspension zuerkannt wurde, die er ab Mai 1947 beziehen könne. Lange durfte er sich nicht daran freuen, denn schon im Juni ließ seine Witwe um die Auszahlung des Sterbequartals anfragen, was aber, weil nicht im Vertrag, abgelehnt wurde. Noch einmal versuchte die Witwe ihr Glück: Wegen der laufenden Verhandlungen mit der Bank habe sie wichtige Fristen bei der Berufungskommission versäumt, wobei sie in diesem Verfahren gute Chancen gehabt habe. Sie wollte dafür

¹²⁷ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 11.3.1948 S 3.

nun 1.800 als Entschädigung. Unter diesem Titel erhielt sie nichts, aber gnadenhalber wurden ihr 1.700 Schilling ausbezahlt.

Dem früheren Direktor-Stellvertreter Pawek wurde analog zur Regelung mit Schwarz 20.000 Schilling gegen Verzicht auf alle Ansprüche angeboten.

Der in den Protokollen längst Aufscheinende war, bevor die Girozentrale diese Genossenschaft übernommen hatte, einer von zwei Geschäftsführern der Wirtschaftsvereinigung Oberösterreichischer und Salzburger Sparkassen gewesen. Im Zuge der Übernahme war in der Belegschaft Unmut über die hohen Gehälter der beiden. Einer der beiden war zudem Geschäftsführer der Bausparkasse geworden. Der andere wurde bis 1953 immer wieder protokolliert, seine Gnadenpension laufend valorisiert und letztendlich auch seiner Witwe eine solche zuerkannt.

10. „Dass kein anderes Bankinstitut derartig viele Anlässe zur Beanstandung gibt“

Bis zum Ende des Krieges waren Konflikte mit der Behörde kein Thema, es herrschte das Führerprinzip. Die einzig niedergelegte Diskussion in den Gremien (die sich auch nicht um die Aufsicht rankte) datiert noch aus der Zeit vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

Wie vor und im Krieg, war der Staatskommissär der ersten Jahre Ministerialrat Gustav (von) Kossegg aus dem Finanzministerium.

Schon mit der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates nach dem Krieg gab es die ersten Meinungsverschiedenheiten, wobei zu guter Letzt beide Seiten irgendwie Recht behielten. Thema war das Problem der Entlassungen von führenden Angestellten der Anstalt. Die öffentlichen Verwalter hatten angenommen, dass das Wirtschaftssäuberungsgesetz (WSG) anzuwenden sei, Kossegg widersprach ihnen und stellte klar, dass das Verbotsgesetz anzuwenden gewesen wäre und überhaupt nur die Aufsichtsbehörde für eine Abberufung zuständig wäre.

Die Aufsicht in Person Kosseggs war der Girozentrale gegenüber keineswegs negativ eingestellt, als Kommissär hatte er aber Recht und Gesetz zu vertreten und die Einhaltung der Satzung einzufordern, wobei letzteres von seiner Seite auch nicht immer notwendig war, er war also durchaus flexibel.

Besonders in Sachen Kreditpolitik und Geldveranlagung war die Aufsicht allerdings mit den Gremien selten einer Meinung. Zwei Projekte der Girozentrale zur Industriefinanzierung, die ein langfristiges Engagement vorausgesetzt hätten, wurden verhindert.

Dies war einerseits ein Kredit für ein Bergbahn-Projekt in Salzburg, das per Erlass gestoppt wurde. Die Aufgabe der Girozentrale sei der Mittelstandskredit und die Bank ein mündelsicheres Institut.¹²⁸

Der zweite Versuch der Girozentrale in die interessante Industriefinanzierung zu gehen, endete ebenfalls mit einem Einschreiten der Aufsicht. Ende 1947 war der gegebene Kredit für eine Tuchfabrik erstmals auf über eine Million gestiegen, im Juli des folgenden Jahres wurde der schon bestehende 5,5 Millionen große Rahmenkredit um eine weitere Million aufgestockt. Da Aktien bei der Girozentrale verpfändet

¹²⁸ Sitzung des Verwaltungsrates 1.7.1948 S 14 und Beilage C.

worden waren, wurde die Bank aufgefordert Stimmrechte auszuüben und sich in den Aufsichtsrat wählen zu lassen. Obwohl ein freundliches Gespräch im Ministerium diesbezüglich erst einen Monat danach stattfand, wurden schon mit Ende September 1950 die Kredite langsam zurückgefahren und beschlossen keine Aufsichtsräte zu entsenden. Das Gespräch mit MR Hartenau im Finanzministerium verlief freundlich und Hartenau hatte Verständnis, dass die Girozentrale sehr bankmäßig zu führen sei, um nicht noch mehr Geld zu verlieren.¹²⁹ Mitte November findet sich schließlich eine Notiz, dass ein anderes Kreditinstitut prüft, ob es den Kredit übernimmt.

Das Verhältnis zur Aufsichtsbehörde war ein erstaunlich friktionsvolles. Die Gremien der Bank versuchten ihr Institut möglichst effizient und lukrativ zu führen, dabei waren ihnen die engen Satzungen ein Hindernis, die sie nur zu gerne überschritten oder das zumindest immer wieder probierten. Sie wussten, dass letztendlich die Aufsicht am längeren Ast sitzen würde, hatten deswegen auch einige Niederlagen einzustecken und sich den Ansichten des Ministeriums zu beugen. Trotz mancher Satzungsbiegung fand die Girozentrale immer wieder ein offenes Ohr für ihre Probleme bei der Behörde.

Kossegg dürfte trotzdem so etwas wie ein Reibebaum gewesen sein, vielleicht war er auch relativ leicht zu provozieren, wie in der oben beschriebenen Diskussion über Ferry Schmidt.

Die Machtvollkommenheit der Behörde verdeutlicht diese Aussage sehr gut: „Es ist nicht Sache des Geschäftsführenden Ausschusses, zu entscheiden, ob die Sistierung eines Beschlusses durch den Staatskommissär berechtigt ist oder nicht. Die Tätigkeit

¹²⁹ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 25.10.1950 S 596f.

des Staatskommissärs stellt einen Akt der staatlichen Hoheitsverwaltung dar. Die Entscheidung, ob die von ihm getroffene Maßnahme am Platze ist, steht der Aufsichtsbehörde zu, in deren Name er handelt."¹³⁰

Für die Funktionäre der Bank waren manche Entscheidungen der Behörde überhaupt nicht nachvollziehbar. Nachdem es in der Sparkasse Linz zu einem Führungswechsel gekommen war, hatte der neue Direktor angekündigt, mehr mit der Girozentrale zusammenarbeiten zu wollen und ihr auch seine Gelder zur Verfügung stellen zu wollen. Erfreut darüber, beschloss man die nächste Verwaltungsratssitzung in Linz durchzuführen. Zwei Erlässe stoppten diese Pläne. Die Bank habe ihren Sitz in Wien, also müssten auch die Sitzungen dort stattfinden. Außerdem waren höhere Zinsen auf die Liquiditätsreserve verboten worden. Die Sitzung wurde auf später verschoben und sowohl bei Kossegg als auch bei Finanzminister Margarétha interveniert, vergebens. Die Vorsprache beim Minister hatte weniger den Inhalt als die Form und den Ton der Erlässe zum Thema. Enttäuschung herrschte vor, „dass wir mit dem Staatskommissär, mit dem wir ständig arbeiten müssen, nicht dieses Verhältnis haben, wie wir es sollen und es auch wollen. Ich kann mir aber nicht erklären, warum er eine Sitzung in Linz, die dort begründet war, abgelehnt hat. Wir mussten in dieser Haltung einen Affront gegen die GZ ansehen."¹³¹ Kossegg monierte kleinlich, dass nur der Verwaltungsratsvorsitzende den Sitzungsort bestimmen könne. „Er [Hintermayer] glaubt, dass [...] manches hätte vermieden werden können, wenn man höflicher und diplomatischer vorgegangen wäre. Es ist eine Selbstverständlichkeit, wenn man den Staatskommissär bemüht, nach Linz zu fahren,

130 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 7.10.1948 S 68.

131 Sitzung des Verwaltungsrates 10.5.1951 S 124.

dass man zu ihm hingeht und ihm die Begründung sagt. Ob jedoch der Mangel an Höflichkeitsform die Aufsichtsbehörde berechtigt, in diesem Ton mit der Girozentrale zu sprechen, bleibt dahingestellt."¹³²

Die Diskussion wurde lebhaft, Walitza meinte: "Wir alle – und das möchte der Herr Ministerialrat zur Kenntnis nehmen – haben das Bestreben, mit der Aufsichtsbehörde das beste Einvernehmen zu haben und diese Aufsichtsbehörde als Hüter der Paragraphen unserer Satzung zu wissen, aber auch als unseren Hüter und Förderer in Anspruch nehmen zu dürfen. Solche Vorkommnisse, wie sie sich in diesem Erlasse verkörpern, erwecken das Gefühl, dass die Funktionen der Aufsichtsbehörde nicht in unserem Sinne gehandhabt werden." "Herr MR. Dr. Kossegg bemerkt hiezu, dass er sich mit dem Tone, in dem mit ihm gesprochen werde, auch nicht einverstanden erklären kann. Er sieht sich daher veranlasst, in Hinkunft einen Vertreter in der Person eines Sektionsrates zu entsenden, der an den Sitzungen teilnehmen wird." Er "... verwehrt sich insbesondere gegen den erhobenen Vorwurf, die Interessen der GZ und der Sparkassen nicht richtig vertreten zu haben ..." "Es sei ein Irrtum zu glauben – unterstreicht der Redner – dass er der GZ feindlich gesinnt sei."¹³³ Die Diskussion begann sich wieder zu kalmieren, Hintermayer stellte die Verdienste Kosseggs nicht in Abrede, verstand aber seinen Justamentstandpunkt nicht. Auch Walitza sprach von einem Missverständnis, es sei kein Fehler einer Person, sondern ein Strukturfehler, dass die Sparkassen nicht so viel Rückhalt und Resonanz beim Ministerium fänden. Der Staat sei bei den Banken Eigentümer und Aufsicht in einem, das könne nicht funktionieren. Für Kossegg war das kein Strukturfehler sondern die Folge dass

¹³² Ebd. S 127.

¹³³ Ebd. S 128.

Österreich zwei Kriege verloren habe. Der Rekonstruktionsbedarf der Girozentrale allein betrage über 700 Millionen. Auf die Aussage Kosseggs, dass die Bank immerhin 78 Millionen an Bundesschatzscheinen erhalten habe, konterte Walitza mit den 300 für die PSK.

Im Verlauf der Diskussion um das Verbot der Zinserhöhung für die Liquiditätsreserve kritisierte Kossegg das zu späte Eintreffen der Protokolle, nach vier Wochen hätten sie keinen Nutzen mehr. „Er hätte es dem Geschäftsführenden Ausschuss ersparen wollen, dass der Aufsichtskommissär an den Sitzungen teilnimmt, unter obigen Umständen ließe es sich jedoch nicht vermeiden.“¹³⁴ „MR. Dr. Kossegg schließt seine Ausführungen mit der Feststellung, dass kein anderes Bankinstitut derartig viele Anlässe zur Beanstandung gibt wie die Girozentrale und die Tätigkeit des Staatskommissärs einer derartigen Kritik ausgesetzt ist.“¹³⁵

Interessant ist, dass mit Beendigung der direkten Arbeit Kosseggs in der Girozentrale nie wieder solche Scharmützel ausgetragen wurden. Die Nachfolger Hubert Schmid und Karl Schranzhofer als dessen Stellvertreter gaben nie Anlass zur Beschwerde, mit Schmid dürfte ein wirklich gutes persönliches Auskommen gefunden worden sein. Aber ab dem Jahr 1951 und nach dem 5. Preis-Lohn-Abkommen trat die Wirtschaft und die Kreditwirtschaft ohnehin in ein ruhigeres Fahrwasser ein, die ersten Jahre waren noch sehr von Existenzängsten geprägt gewesen, ab nun ging es bergan, die Inflation wurde sukzessive reduziert und durch die Sparkassen erhielt die Girozentrale laufend neue Gelder. Davor war es ein Kampf um jede

134 Ebd. S 132.

135 Ebd. S 133.

Verdienstmöglichkeit, die wohl auch öfter zu Beschwerden aus dem Ministerium Anlass gaben. Dieses war möglicherweise mit der Kontrolle etwas überfordert, sah nur die juristische und nicht die (bank-)wirtschaftliche, sodass diese zwei Interessenskreise immer wieder kollidierten. Für den Staatskommissär stand fest, „... dass die Girozentrale kein kaufmännischer Betrieb ist, sondern eine öffentlich-rechtliche Anstalt und daher auch einer weitgehenden Einflussnahme der Aufsichtsbehörde unterliegt.“¹³⁶

Es ist wohl nicht wahrscheinlich, dass das Ministerium bzw. die zuständigen Abteilungen so detaillierte und aktuelle Informationen hatten wie die Personen die das als tägliche Arbeit durchführten, die aber wiederum das bankwirtschaftliche Geschäft als Sparkassenleute nicht intensiv kennen konnten, von der Direktion oder den Vertretern der großen Sparkassen abgesehen.

Ein Großteil der Beschwerden von und über die Bank datieren vor 1952. Zu dieser Zeit war das Ministerium ängstlich bemüht die Satzung und Bestimmungen genau einzuhalten, das Ganze stand noch auf unsicheren Beinen, jedwede vermeintliche Belastung durch Zinserhöhungen oder Kreditrisiken durch langjährige Bindungen mussten vermieden werden. Sparsamkeit im Aufwand war das Gebot der Stunde.

Das heißt nicht, dass nach Punkt und Beistrich agiert werden musste, die Gremien versuchten aber schon immer wieder den Graubereich der Satzung auszuloten. Wenn Bestimmungen wie Kreditrichtlinien nicht mehr zeitgemäß waren, stand das Ministerium nicht an einer Änderung zuzustimmen.

Die Eingriffe des Ministeriums besonders in Personalangelegenheiten waren deutlich.

136 Sitzung des Verwaltungsrates 4.11.1948 S 11.

Sonderverträge für Führungspositionen, also solche, die nicht nach dem Gehaltsschema gemacht worden waren, wurden vom Kommissär mehrmals beansprucht, zudem beanspruchte die Aufsicht auch noch die Bestellungsbefugnis.

Mit Hilfe oder durch Interventionen der Aufsicht war es der Girozentrale auch öfter möglich, gewisse finanzielle Hilfen in Anspruch zu nehmen, wie die Verlängerung von Kredithilfen oder Bundesschatzscheinen, zu erreichen. Besonders nach dem Ende der öffentlichen Verwaltung, als es darum ging eine einheitliche Sparkassenorganisation zu erhalten und die Girozentrale durch die Pflichtreserven der Sparkassen liquid zu erhalten, war die Hilfe der Aufsicht sehr wertvoll. In internen Sparkassenkonflikten suchte das Institut aber ansonsten nie wieder die Hilfe der Aufsichtsbehörde.

11. Exkurs: Der lange Weg zum eigenen Haus. Und wie beinahe doch nicht geklappt hätte.

Wenn man in der Sparkassengeschichte zurückgeht, so war das größte Problem bei den meisten Instituten von an Anfang an der mangelnde Platz. In diversen Festschriften und Eigendarstellungen wurden immer die Erweiterung des Büroraumes extra hervor gestrichen. Wenn die Entwicklung der Sparkasse es zuließ, dass sogar ein eigenes Gebäude errichtet oder gekauft, oder, was eher als Notlösung angesehen wurde, ein ganzes Haus für eigene Zwecke angemietet werden konnte, so kann man

sicher sein, dass dies durch Festakte, Kundgebungen und Feierlichkeiten begangen und entsprechend schriftlich verewigt wurde. Wohl nicht zufällig fanden diese Hauseinweihungen oft vor runden Geburtstagen der Institute statt, so konnte auch dies in Festschriften niedergelegt werden. Auch die Centralbank der deutschen Sparkassen, das funktionelle Vorgängerinstitut der Girozentrale hatte Am Hof 3-4 eine repräsentative und nach neuesten Gesichtspunkten eingerichtete Hauptanstalt.

Die Girovereinigung der Sparkassen hatte ihr erstes Lokal in der Falkestraße 6. Im Jänner 1938 wurde zugunsten der Falkestraße entschieden, sie hatte gegenüber den anderen Kandidaten in der Schottengasse, Seitzergasse und Plankengasse den Vorteil der geringsten Adaptierungskosten. Das Lokal wurde von der Ersten Wiener Spiegelglas-Versicherungsgesellschaft angemietet. Schon bald nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde im Vorstand die gute Meldung verbreitet, dass im selben Haus eine Wohnung mit Kanzlei verfügbar wäre, „es ist aber noch nicht sicher, wann die Wohnung frei wird.“¹³⁷ Dann dürfte es schnell gegangen sein, denn schon im folgenden Monat stand fest, diese Räumlichkeiten ebenfalls anzumieten und für überlassene, besser zurückgelassene, Möbel eine Abfindung von 2.000 Reichsmark zu zahlen.¹³⁸ Zuvor hatte man sich um den Konsens mit Kreisleitung der NSdAP bemüht die nichts gegen eine Einquartierung des Institutes hatte.¹³⁹

Ende Februar 1939 war der Kaufvertrag für die Gutmann-Häuser¹⁴⁰ unterschrieben

137 Sitzung des Vorstandes 6.4.1938 S 6.

138 Sitzung des Vorstandes 21.5.1938 S 5f.

139 Sitzung des Vorstandes 15.7.1938 S 13.

140 Zum Komplex des ganzen Gutmann-Konzerns: Peter Melchiar, Neuordnung im Bankwesen. Die NS-Maßnahmen und die Problematik der Restitution. (Veröffentlichungen der Österreichischen

worden. Trotzdem im Juni für die Eintragung in das Grundbuch nur mehr Formalitäten notwendig waren, war die Girovereinigung weiterhin auf der Suche nach Amtsräumen.

Im Einvernehmen mit der Spiegelglas-Versicherung war es möglich, eine zusätzliche Wohnung zu bekommen, „da es sich [...] um eine Judenwohnung handelt“ wären allerdings besondere Bewilligungen notwendig, „doch glauben wir, dass wir diese auf Grund einer Intervention baldigst erhalten werden.“¹⁴¹ Anfang Oktober¹⁴² war dieser 3. Stock bezogen, durch diesen zusätzliche Wohnung war der Bedarf an Raum gerade einmal gedeckt, die Einrichtung stammte zum Teil schon aus dem Gutmann-Häusern.

Trotz der sukzessiven Erweiterung der Geschäftsräume war die Bank weiterhin auf der Suche nach geeigneten Objekten, die all ihre Raumbedürfnisse befriedigen können sollten. Als größeres Provisorium kam das freie Lokal der Neuen Wiener Sparkasse¹⁴³ in der Wipplingerstraße in Frage, doch als geradezu ideal wurde der Anbau des Palais Harrach gegenüber der Schottenkirche angesehen. In diesen 5 Stockwerken hoffte man 300 bis 350 Bedienstete unterbringen zu können. Der Vorstand wurde ermächtigt, Verhandlungen bis zur Höhe von 400.000 (bzw. 450.000 Reichsmark inklusive aller Gebühren und Spesen) führen.¹⁴⁴

Offensichtlich war der Wiener Immobilienmarkt für große Objekte in starker Bewegung, nicht nur das Angebot war groß, sondern auch die Nachfrage, denn Mitte

Historikerkommission 11). München, Wien 2004. S 287-293.

141 Sitzung des Vorstandes 30.6.1939 S 6.

142 Sitzung des Vorstandes 6.10.1939 S 10.

143 Die Neue Wiener Sparkasse wurde auf Bescheid des Reichswirtschaftsministerium 1939 mit der Ersten oesterreichischen Spar-Casse fusioniert und aufgelöst.

144 Sitzung des Vorstandes 6.5.1938 S 7. bzw. Sitzung des Vorstands 21.5.1938 S 5f.

Juli enthielt das Vorstandsprotokoll eine taxative Aufstellung aller derzeit verfügbarer und geeigneter Objekte. Darunter waren der mittlere Trakt der Länderbank in der Hohenstaufengasse und das Lokal der Zivnostenska banka¹⁴⁵ in der Herrengasse.¹⁴⁶ Doch schon drei Monate später waren ganz andere Objekte verfügbar, oder auch nicht mehr verfügbar: Realitäten der Escompte-gesellschaft, der Mercurbank, der Länderbank und der Zivnostenska banka waren schon vergeben, während die der Kompassbank, der Städtischen Versicherung, des Verkehrsbüros (am Graben), des Hotel Madl am Petersplatz oder an der Rotenturmstraße 3-7, gegenüber des erzbischöflichen Palais, am Markt waren. Bei dem bisher bevorzugten Palais Harrach waren wegen Genehmigungsschwierigkeiten voraussichtlich nur mehr die Stöcke zwei und drei nutzbar, somit uninteressant geworden. Die deutschen Stellen empfahlen dringendst, allein schon aus Prestige-Gründen, dass das Spitzeninstitut in einem eigenen Gebäude residieren sollte.¹⁴⁷

Zudem machte das Stadtbauamt Probleme mit der neuen Baufluchtlinie in der Falkestraße, trotz einer Intervention beim Bürgermeister war es nicht möglich, das Bauamt zu schnellerer Arbeit zu bewegen: Eine Kommissionierung der neuen Bauflucht sei nicht vor zwei Monaten möglich, trotz Urgenz konnte kein Besichtigungstermin angesetzt werden.¹⁴⁸

Ein weiteres Objekt war ins Auge gefasst worden, für dieses wären rund 400.000

145 Der Wiener Teil der Zivnostenska Bank war in den Komplex der unfreundlichen Übernahme der europäischen Länderbank durch die Mercurbank und in die allgemeine Goldgräberstimmung die am Bankenplatz Wien herrschte, hineingezogen worden. Das entstandene Institut firmierte weiterhin als Länderbank. Detaillierte Darstellung der Übernahme hier: Gerald D. Feldman, Die Länderbank Wien AG in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit Band 2: Regionalbanken, Länderbank und Zentralsparkasse. München 2006. S 316-319.

146 Sitzung des Vorstandes 15.7.1938 S 12.

147 Sitzung des Vorstandes 7.10.1938 S 5-7.

148 Sitzung des Vorstandes 15.7.1938 S 12 und Sitzung des Vorstandes 7.10.1939 S 5.

Reichsmark angemessen gewesen doch der Anbieter des Hauses Lemberger am Schottenring 15, hatte wieder zurückgezogen. Zudem hätte die Gefahr einer halbjährlichen Kündigungsfrist durch die Postsparkasse gedroht.¹⁴⁹

11.1 Der Hauskauf, eine „Arisierung“

Ende Februar 1939 wurde im Vorstand berichtet, dass eine Realitätenkanzlei der Girovereinigung Gutmann-Häuser im Bereich Beethovenplatz-Fichtegasse-Ringstraße mit den Einlagezahlen 652 und 654 angeboten habe. Die Kanzlei verlange dafür 1,4 Millionen. Der Gegenvorschlag des „Hausbaumeisters“ an Hand einer freihändigen Schätzung war deutlich niedriger, nämlich nur 923.000 Reichsmark. Stigleitner dagegen sah einen Aufschlag von 20% als gerechtfertigt an. Zudem sei man mehr oder weniger in einer Zwangslage weil „wir uns damit abfinden müssen, eben einen Interessentenpreis für die Objekte zu bezahlen.“¹⁵⁰ Ergebnis der Entscheidungsfindung war, dass der Leitende Direktor Ferry Schmid und Hans Stigleitner, die die Verhandlungen führen würden, bis zum verlangten Preis würden gehen dürfen.¹⁵¹

Schon in der folgenden Vorstandssitzung wurde berichtet, dass am 25. Februar, einen Tag nach der letzten Sitzung, das Geschäft erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Der Kaufpreis betrug 1,19 Millionen plus 30.000 Provision an die Kanzlei. Wie es

149 Sitzung des Vorstandes 24.2.1939 S 7f.

150 Sitzung des Vorstandes 24.2.1939 S 9.

151 Sitzung des Vorstandes 24.2.1939 S 8f.

weiter hieß, war wegen angeblicher Verquickung von Geschäfts- und Privatvermögen das Palais Gutmann kurz zuvor von der Gestapo beschlagnahmt worden. Das Objekt sei nicht vollkommen leer, ein Mieter könne frühestens im Oktober 1942 gekündigt werden.¹⁵²

Mittels von ihnen erpresster Vollmacht hatten die Brüder Rudolf und Wolfgang die Gesellschaft zur Verwaltung und Verwertung von Vermögenschaften m.b.H. ermächtigt müssen, die Liegenschaften zu verkaufen. Die Beträge für beide Objekte wurden auf ein Auswanderersperrkonto gelegt. Das Konto für die Fichtegase wurde nach Bescheid der Devisenstelle als Inländerkonto bei der Girovereinigung geführt, die Verwertungsgesellschaft hatte ab diesem Zeitpunkt volle Verfügung darüber. Von Mitte August bis Anfang Oktober wurde das gesamte Geld abgezogen.

Für den Betrag für das Haus Beethovenplatz wurde ebenfalls ein Auswanderersperrkonto angelegt, auf dieses hätte laut Bescheid 6 Monate nur mit besonderer Genehmigung zugegriffen werden dürfen. Noch innerhalb der Frist wurde das Geld auf ein Sperrkonto bei der Länderbank überführt.¹⁵³ Auch das Konto bei der Länderbank wurde letztendlich den Bevollmächtigten zur freien Verfügung gestellt.¹⁵⁴ Geld, das unter Verfügung der Devisenstelle stand, war für die Verkäufer von „Arisierungen“ in der Regel nicht mehr zurück zu bekommen.

Am 8. Juli 1939 erhielt das Institut die Grundbucheintragung für ihre Erwerbungen, das Finanzamt Innere Stadt legte den (neuen) Einheitswert der beiden Häuser mit 1,2 Millionen fest, das heißt die Bank hatte diese Objekte faktisch zum Einheitswert,

¹⁵² Sitzung des Vorstandes 17.3.1939 S 5.

¹⁵³ Sitzung des Verwaltungsrates 18.6.1947 Beilage E.

¹⁵⁴ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 27.8.1947 Beilage A Brief von RA Otto Zimmerer an RA Karl Josef Steger. S 4.

aber bei weitem nicht zum realistischen Verkehrswert, erworben.

Die für einen Bankbetrieb notwendig angesehenen Adaptierungen wurden ursprünglich auf rund 500.000 RM geschätzt, wobei für zwei Fünftel der Summe zu diesem Zeitpunkt noch keine Voranschläge vorhanden waren. Insgesamt waren bis Februar 1940 505.000 RM verbaut worden, man war zufrieden mit der Kalkulation vom Oktober.¹⁵⁵

Anfang März 1941 im Vorstand und Ende März im Verwaltungsrat wurde die neue Kalkulation von Anfang des Jahres durch den Hausbaumeister bekannt gegeben: Für Adaptierungsarbeiten wurden nun 798.000 RM veranschlagt, die Innenausstattung sollte 403.000 RM kosten, zusammen 1,2 Millionen. Doch der Baumeister warnte vor weiteren Überschreitungen, da laufend neue Anschaffungen und Einrichtungen notwendig seien.¹⁵⁶ Schon Mitte Juni war diese Berechnung Makulatur, 123.000 RM zusätzlich mussten veranschlagt werden, 35.000 wurden durch den Einzug des Sparkassenverbandes und 6.000 durch den der Bausparkasse begründet.¹⁵⁷

Schon während des notwendigen Umbaus gab es zahlreiche Probleme. Nicht nur wurden die Arbeiter, die mit dem Umbau beschäftigt waren, mehrmals von den Behörden abgezogen (schließlich herrschte amtlicher Baustopp), sondern es wurden auch von verschiedener Seite Versuche unternommen, sich in die Häuser einzuquartieren.

Wegen des Abzugs der Arbeiter musste beim Gebietsbeauftragten interveniert und dieser überzeugt werden. Schließlich seien die Umbauten zu 80% fertig, durch den

¹⁵⁵ Sitzung des Vorstandes als Verwaltungsrat 9.2..1940 S 6f.

¹⁵⁶ Sitzung des Verwaltungsrates 28.3.1941 S 8f und Sitzung des Vorstandes 7.3.1941 S 14.

¹⁵⁷ Sitzung des Vorstandes 19.6.1941 S 21.

Auszug aus den bisher angemieteten Räumen entstünde neuer, billiger Wohnraum und die Girozentrale erfülle kriegswichtige Aufgaben!¹⁵⁸ Daraufhin wurde der Girozentrale vom Gebietsbeauftragten des Arbeitsamtes eine letztmalige Fristerstreckung bis 31. Jänner zugebilligt.¹⁵⁹ Dieser Schutzzeitraum wurde nicht lange überzogen, denn innerhalb der 2 Monate bis zur Verwaltungsratssitzung vom 28. März 1941 wurden die Arbeiter ein weiteres Mal von Seiten der Behörde abgezogen.¹⁶⁰

Wegen der drohenden Zwangseinmietung drängte der Vorstand, dass die Häuser zumindest teilweise verwendet würden, der Ostmärkische Sparkassenverband, die Bausparkasse und die Tresoranlage schienen für eine schnelle Übersiedlung und damit als sichtbares Zeichen der Benutzung am Geeignetsten zu sein. Mitte Juni waren zumindest die beiden erstgenannten übersiedelt, der Rest sollte laut Plan bis Ende August eingezogen sein. Dies konnte auch eingehalten werden, mit 25. August waren alle Abteilungen der Bank vollständig in den neuen Häusern untergebracht. Die endgültigen Kalkulationen zu Kauf und Umbau: 1,2 Millionen für den Kauf und 1,275 Millionen für den Umbau, zusammen rund 2,5 Millionen RM.¹⁶¹

11.2 „Zwangsentjudung“

Die Polizei hatte offensichtlich lebhaftes Interesse in dieser Gegend präsent zu sein,

158 Sitzung des Verwaltungsrates 17.7.1940 S 32.

159 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 9.12.1940 S 16f

160 Sitzung des Verwaltungsrates 28.3.1941 S 9f.

161 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 24.9.1941 S 41.

wie sich später zeigen sollte. Als die Girozentrale auch noch versuchte das Haus Schubertring 7 zu kaufen, kalkulierte sie mit der Unterstützung der Behörde indem sie der Polizei ein Lokal im Falle des Zuschlags zur Verfügung stellen wollte.¹⁶²

Schon längere Zeit vor der auch nur teilweisen Benutzung der neuen Häuser, war man Mitte Oktober 1940 im Verwaltungsrat der Meinung, dass man die neuen Räumlichkeiten vollkommen ausnützen werde und man sich daher Gedanken über die Zukunft machen sollte. Als geeignetes Zielobjekt wurde das Haus Schubertring 7 angesehen und der Geschäftsführende Ausschuss beauftragt, Verhandlungen über einen Verkauf zu führen. Die Preisvorstellungen der Bank lagen beim Einheitswert plus 20%.¹⁶³

Innerhalb der folgenden zwei Monate wurde die Taktik anscheinend grundlegend geändert, denn: Die Girozentrale der ostmärkischen Sparkassen die „bezüglich des Hauses I., Schubertring 7 im Sinne des Gesetzes über den Einsatz jüdischen Vermögens einen Antrag auf Zwangsentjudung gestellt hat, jedoch von der Vermögensverkehrsstelle einen Bescheid erhielt, demzufolge vorerst mit dem jüdischen Eigentümer über freiwillige Veräußerung der Realität verhandelt werden müsste. Es wird einstimmig beschlossen, mit der Jüdin über freiwillige Veräußerung in Verhandlungen einzutreten.“¹⁶⁴

Anfang März 1941 erreichte die Girozentrale ein Schreiben aus Berlin, „dass die zuständige Genehmigungsbehörde (Vermögensverkehrsstelle) angewiesen wurde, eine Entscheidung in der Angelegenheit der Zwangsentjudung des Grundstückes erst

162 Sitzung des Verwaltungsrates 28.3.1941 S 9f.

163 Sitzung des Verwaltungsrates 18.10.1940 S 15.

164 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 9.12.1940 S 17.

nach Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin zu treffen.“¹⁶⁵

Ende dieses Monats stellte der Verwaltungsrat fest, dass die Vermögensverkehrsstelle sich „dilatatorisch“ verhalte und so dadurch dem Mieter des Hauses, dem Deutschen Automobil-Club zur Möglichkeit ver helfe, ebenfalls ein Kaufangebot vorzubereiten. Um amtlicherseits Unterstützung zu bekommen, „haben wir mit dem Polizeirevier 4, welche großes Interesse hat, seine Amtsräumlichkeiten in dem Haus Schubertring Nr. 7 unterzubringen, zugesagt, dass wir ihm, falls wir Eigentümer des Hauses werden, entsprechenden Räumlichkeiten vermieten und die Umbaukosten aus eigenem tragen werden.“¹⁶⁶

Mit der Verwaltungsratssitzung vom 20. Juni 1941 begrub die Girozentrale ihre Hoffnung auf den Erwerb des Hauses Schubertring 7, das Organ erklärte sich einverstanden, dass der Deutsche Automobil-Club das Haus erwerbe, unter der Voraussetzung, dass der Bank ein Vorkaufsrecht gewährt würde.

11.3 Restitution

In der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates nach dem Krieg berichteten die Herren Poschacher und Dechant in einem Abschlussbericht über ihre Tätigkeit als öffentliche Verwalter der letzten zwei Jahre. Schon diese waren mit der Forderung der drei Gutmanns nach Rückstellung konfrontiert, doch hatten sie die

¹⁶⁵ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 7.3.1941 S 14.

¹⁶⁶ Sitzung des Verwaltungsrates 28.3.1941 S 10.

Rechtmäßigkeit einer möglichen Rückforderung bestritten.¹⁶⁷ Trotzdem waren die Objekte im Sinne der Verordnung 166 vom 16. September 1946¹⁶⁸ über die Anmeldung entzogenen Vermögens registriert worden.

Im Mai 1947 kristallisierte sich nach eingehender Diskussion die Meinung heraus, dass es zwar eine Vermögensentziehung im Sinne des Rückstellungsgesetzes gewesen sei, es sich aber doch in den Formen des redlichen Verkehrs zugetragen habe. In den Verhandlungen mit den Rechtsvertretern der Gegenseite solle ein langjähriger Mietvertrag (mindestens 10 Jahre) für Girozentrale und Hauptverband angestrebt werden.¹⁶⁹ Dieser Wunsch zieht sich die längste Zeit durch die Verhandlungen, offensichtlich wollte oder konnte die Bank zu diesen Zeiten nicht so viel Geld aufbringen um die Objekte zu kaufen.

Die Forderungen der Gegenseite nach Freimachung von Räumen war für die Girozentrale ein nicht zu erfüllender Punkt: Die Häuser waren zu einem Gutteil von der russischen Militärmacht besetzt worden. Ursprünglich hätten der Bank lediglich der Kassaraum und der Tresor verbleiben sollen, doch wurden die Russen runter gehandelt, die TASS hatte nun das dritte Stockwerk inne. Anfang Februar 1946 wurden weitere Forderungen gestellt: Die Stockwerke zwei bis vier des Traktes Fichtegasse wurden beschlagnahmt, die Russische Informationsabteilung einquartiert. Die Umgestaltung des Sitzungssaales im ersten Stock zu einem Kino konnte abgewendet werden, die Giroabteilung konnte dort bleiben.¹⁷⁰

167 Sitzung des Verwaltungsrates 20.3.1947 Abschlussbericht der öffentlichen Verwalter S 9f.

168 166. Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien vom 15. September 1946 zur Durchführung des Gesetzes über die Erfassung arisierter und anderer im Zusammenhange mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogenen Vermögensschaften vom 10. Mai 1945, St. G. Bl. Nr. 10 (Vermögensentziehungs-Anmeldungsverordnung)

169 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 9.5.1947 S 2f.

170 Sitzung des Verwaltungsrates 20.3.1947 Abschlussbericht der öffentlichen Verwalter S 4.

Ziel war es außerdem, einem Prozess aus dem Weg zu gehen, dafür sollten aber die Kaufsummen von 695.000 (Schubertring 5) und 495.000 (Beethovenplatz 3) rückerstattet werden, „da diese Beträge die obgenannten Herren zur Verfügung erhalten haben bzw. in ihrem Auftrage und in ihrem Interesse verwendet worden sind.“¹⁷¹ Außerdem wollte man die notwendigen (594.537 RM) und nützlichen (521.731 RM) Aufwendungen ersetzt wissen. Das Angebot der Gegenseite war zu dieser Zeit, das Objekt Fichtegasse zur Miete zu überlassen (sie beherbergte unter anderem den Kassensaal und den Tresorraum), auf einen mindestens 10jährigen Mietvertrag dafür sei aber „zu bestehen“.

Der gegnerische Anwalt weigerte sich diese „unannehmbaren Bedingungen seinem Mandanten vorzulegen“¹⁷² und kündigte an, die Sache vor der Rückstellungskommission anhängig zu machen.

Die Girozentrale bzw. ihr Rechtsvertreter waren der Meinung, dass es genügen müsse, wenn man sich bereits im „neutralen Auslande (Schweiz)“ befinde und von dort aus einen Bevollmächtigten ernenne, dass dieser Bevollmächtigte das Geld erhalte, und es „nicht wesentlich [sei] ob dem Verkäufer tatsächlich auch die frei verfügbaren Gelder zugute gekommen sind.“¹⁷³ Außerdem „wird es wohl selten einen so genannten „Arisierungsvertrag“ geben bei dem die Verkäufer anständiger behandelt wurden als vorliegenden Falles.“¹⁷⁴

Weder die Hinweise auf die Unmöglichkeit der Freimachung von Räumlichkeiten, noch die Ausführungen, dass ein langjähriger Mietvertrag unbedingt nötig sei, da

171 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 16.5.1947 S 12.

172 Sitzung des Verwaltungsrates 18.6.1947 Beilage E S 3.

173 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 27.8.1947 Beilage A Brief von RA Otto Zimmerer an RA Karl Josef Steger. S 4.

174 Ebd. S 2.

keine geeigneten Objekte am Markt seien, noch der angebliche Wunsch des Finanzministeriums, dass die Girozentrale und der Hauptverband im Haus verbleiben mögen, noch juristische Details über die Verfügungsgewalt über die Kaufsummen, noch der angeblich teilweise schlechte Innenzustand der Häuser und die damit verbundenen notwendigen Aufwendungen der Bank (die rückerstattet hätten werden sollen, so wie der Kaufpreis) fruchteten. Rechtsanwalt Steger argumentierte lapidar mit den Fakten, dass wohl keine Gesellschaft des Deutschen Reiches, unfreiwillig bevollmächtigt, Juden diesen Kaufpreis erstattet hätte. Daher sei wohl der einzige Weg die Rückstellungskommission.¹⁷⁵

Da diese Angelegenheit nun nicht mehr gütlich gehandhabt wurde und vor Gericht kommen sollte und daher öffentlich werden würde, erinnerte man sich zweier Gegenstände die in diesem Zusammenhang nunmehr offensichtlich unpassend waren: „Weiters beschließt der Geschäftsführende Ausschuss die im Hausflur Fichtegasse befindlichen Marmortafeln deren Inschriften den Zweck und die Erwerbung des Hauses beinhalten, abschleifen zu lassen.“¹⁷⁶

In einem Teilerkenntnis¹⁷⁷ anerkannte die Rückstellungskommission die Forderungen der Antragsteller, die von der Bank nicht bestritten worden waren. Die Girozentrale hatte binnen sechs Monaten (und nicht die regulären 14 Tage, wegen volkswirtschaftlichen Überlegungen und der damit verbundenen unbilligen Härte)

175 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 27.8.1947 Beilage B Antwort von RA Karl Josef Steger.

176 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 11.7.1947 S 9.

177 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 27.11.1947 Beilage E Teilerkenntnis der Rückstellungskommission 52/RK 87/47/8 am 7.11.1947

einerseits die EZ 652 Fichtegasse 10 zurück zu stellen und andererseits die EZ 654 Beethovenplatz 3 wieder herzustellen und ebenfalls zurück zu stellen.

Zum Zweck nach Anerkennung der notwendigen und nützlichen vom Institut durchgeführten Arbeiten wurde ein unabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben.¹⁷⁸

Dieses sollte sich für die Girozentrale später als „sehr ungünstig“ darstellen.¹⁷⁹

Die Girozentrale beschloss, Rekurs gegen diese Sechsmonatsfrist einzulegen, gleichzeitig aber trotzdem mit Steger in Verhandlungen wegen eines langjährigen Mietvertrages zu treten. Wegen des auszuarbeitenden Gutachtens sollten sich die „Hausarchitekten“ nicht in den Vordergrund spielen, erst auf Nachfrage des Sachverständigen würden sie ihre Expertise bezüglich des früheren, angeblich schlechten, Hauszustandes abgeben.¹⁸⁰

Für die Antragsteller war zweifellos die Forderung der Girozentrale nach Rückerstattung des (nie angekommenen) Kaufpreises der Punkt wo sie nicht nachgeben konnten. Eine Zahlung hätte bedeutet, dass bei diesem Geschäft alles rechtens und moralisch-ethisch einwandfrei gelaufen war. Das Monieren von Rechtsanwalt Steger, der alte, schlichte Zustand des Hauses hätte ihm gut gefallen und durch die Bauänderungen sei nichts besser geworden, oder das später auftauchende Gerücht, die früheren Eigentümer hätten einen Mieter an der Hand und wollten nun ihre Geschäfte in vollem Umfang im eigenen Haus wieder aufnehmen,

178 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 27.11.1947 Beilage F Beweisbeschluss der Rückstellungskommission 52/RK 87/47 am 13.11.1947

179 Sitzung des Verwaltungsrates 1.7.1948 S 19.

180 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 4.12.1947 S 2f.

sind wohl eher als Theaterdonner anzusehen, um die Gegenseite zu verunsichern und mürbe zu machen.

Die Girozentrale dagegen tat sich besonders schwer den letztendlich als „unredlichen Verkehr“ qualifizierten Kauf anzuerkennen. Auch auf die Refundierung ihrer Ausgaben bei den Umbauten zu verzichten tat ihr sehr weh. Als aber die Einsicht des unrechtmäßigen Kaufs Platz gegriffen hatte, war ihr größtes Problem das der nur sechsmonatigen Räumfrist. Sie sah sich außerstande innerhalb dieses Zeitraums ein, für eine Bank geeignetes, Objekt zu finden. Dieses hätte als Mindestausstattung die Möglichkeit für einen Kassensaal und einen Tresorraum bieten müssen.

Während der nachfolgenden Suche nach so einem Objekt stießen die Gremien der Girozentrale immer wieder auf zumindest einen Fehler: Entweder war kein Tresorraum vorhanden, oder das Objekt war noch gänzlich um zu bauen und daher erst Jahre später zu beziehen, oder der Preis (in Dollar) war nicht aufzubringen oder das Gebäude war schlichtweg zu klein. Ein kompletter Neubau, der auf fünf bis sechs Millionen veranschlagt wurde, war zu dieser Zeit offensichtlich weder zu organisieren (Material und Menschen), noch zu finanzieren.

Noch im Dezember 1947 legte der Rechtsvertreter der Bank bei der Rückstellungs-Oberkommission beim OLG Beschwerde gegen die sechsmonatige Frist ein, er wollte sie auf 24 verlängert wissen. Zu dieser Beschwerde fügte er auch einen Geschäftsbericht hinzu, um die Unmöglichkeit der bekämpften Frist und den dadurch hervorgerufenen volkswirtschaftlichen Schaden zu veranschaulichen. Wegen dieser nicht mit den Gremien abgesprochene Beschwerde und vielleicht wegen dieser

Beifügung „drück[t]en die Herren ihre Missbilligung aus.“¹⁸¹ Dies sollte ihn bald sein Mandat kosten. Die Herren in der Girozentrale hatten sichtlich auch Kontakte zu Richtern im Oberlandesgericht, denn man plante eine Intervention, „um zu bewirken, dass das betreffende Ansuchen nach Einlangen beim Oberlandesgericht seinem Referenten zugeteilt wird.“¹⁸²

Anfang Jänner versuchten die Rechtsanwälte noch einmal, mit einander zu verhandeln. Dabei habe Steger erzählt, dass ganz am Anfang der Verhandlungen die Bereitschaft vorhanden gewesen wäre, der Bank ihren so gewünschten langjährigen Mietvertrag zu geben, doch wären die Gespräche an der Unnachgiebigkeit des damaligen Bank-Vertreters gescheitert. Dies sei noch vor dem 3. Rückstellungsgesetz gewesen, eine Stimmungsänderung habe sich ergeben, sodass „die Firma Gutmann [sich] nunmehr hinter die brutalen Bestimmungen des genannten Gesetzes [...] verschanzte.“¹⁸³ Angeblich plane die Firma wieder das ganze Haus für Geschäfte zu benützen und habe auch schon englische Mieter für die Gassenlokale. Daher habe es laut Steger keinen Sinn, weiter über einen Mietvertrag mit der Girozentrale zu verhandeln.

Auf Grund dieser Mitteilung erbot sich Generalrat Thausing bei der nächsten Sitzung mit seinem Präsidenten Manfred Mauthner-Markhof Fühlung aufzunehmen, um auf diese Weise, über neutrale Wege, in Kontakt zu den Gutmanns zu kommen. „Sollte dieser Weg nicht den gewünschten Erfolg haben, wird bei den entsprechenden Ministerien interveniert werden müssen.“¹⁸⁴ Ganz geschlagen gab sich das Institut

181 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 16.1.1948 S 4.

182 Ebd S 4.

183 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 16.1.1948 Beilage H Brief von RA Zimmerer an die Girozentrale 9.1.1948

184 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 16.1.1948 S 5.

nicht, vielleicht gab es ja doch noch einen wunden Punkt: Thausing meinte, man sollte nachforschen, ob die Gelder für den Ankauf wirklich für Abfertigungen bzw. Pensionierungen der Angestellten des Bankhauses Gutmann verwendet wurden, man solle bei Gericht einen Antrag auf Einvernahmen stellen.¹⁸⁵

Auf der Suche nach geeigneten Objekten fanden sich zum Beispiel Häuser in der Rockhgasse, das aber noch von der Nationalbank genutzt wurde, beim Wildpretmarkt, einem Gebäude der Schoellerbank, in der Hohenstaufengasse oder in der Plankengasse, das Haus der Biedermannbank, dieses war aber zu klein und auch zu teuer. Für Dechant waren im August 1948 „alle Versuche, ein entsprechendes Gebäude für die Girozentrale zu finden, gescheitert.“¹⁸⁶ Auch die Erste österreichische Spar-Casse bot Hilfe an: Sie plane ein Haus am Hohen Markt, Bank und Hauptverband könnten darin Platz finden. Doch ohne Kostenvoranschläge und Rentabilitätsprüfung wollte sich das Institut nicht verpflichten, noch dazu weil die Erste das Haus nicht verkaufen wollte.¹⁸⁷ Ein weiteres interessantes Objekt, das Gebäude der gewesenen Centralbank Am Hof, war schon der Kontrollbank versprochen.¹⁸⁸

Auf die Beschwerde von Rechtsanwalt Zimmerer bei der Kommission folgte eine Erwiderung der Firma Gutmann, „die durchgehend falsche Behauptungen aufwies.“¹⁸⁹

185 Ebd. S 5.

186 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 19.8.1948 S 21.

187 Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses 27.1.1949 S 158 und 3.2.1949 S 163 und 10.2.1949 S 168.

188 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 19.1.1950 S 448.

189 Sitzung des Verwaltungsrates 1.7.1948 S 19.

Wegen der vom Geschäftsführenden Ausschuss ungewünschten Beschwerde verlor Rechtsanwalt Zimmer sein Mandat, zum Nachfolger wurde Rechtsanwalt Bohuslaw vorgeschlagen. Der Verhandlungsvorschlag von Dr. Steger von Mitte Mai „konnte ... trotz größtem Entgegenkommen nicht voll akzeptiert werden“¹⁹⁰, der Gegenvorschlag, von dem sich die Girozentrale „nicht unberechtigte Hoffnung [für ein] beiderseitig befriedigendes Ergebnis“ machte, wurde dagegen von Steger „rundweg abgelehnt“¹⁹¹ und dieser bat den Vorsitzenden der Kommission nun über die Berufung zu entscheiden.

Für Thausing hatte es keinen Sinn, gegen die Rückstellung an sich Rekurs anzumelden, nur gegen die Frist zu kämpfen sei sinnvoll. Für den Stillstand in den Verhandlungen sei die Gegenseite verantwortlich, weil sie die Rückgabe des Kaufpreises verweigere, die anderen Punkte seien irgendwie zu überbrücken.

Großer Pessimismus spricht aus Sätzen wie „Die Situation in der sich die Girozentrale in dieser Sache befindet, ist die denkbar schlechteste.“¹⁹² oder „Die Situation der Girozentrale ist eine äußerst ungünstige.“¹⁹³ Dazu war auch aller Grund vorhanden, denn der Richter der Rückstellungskommission hatte mitteilen lassen, „dass die Girozentrale den Ausgleich suchen soll, da er keine Verlängerung der sechsmonatigen Frist gewähren kann. Außerdem teilte er Referenten [Thausing] mit, dass im vorliegenden Fall ein unredlicher Erwerb vorliegt.“¹⁹⁴

Nun wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um unter Umgehung von Steger, direkt mit den Alt-Besitzern Kontakt aufzunehmen. Manfred Mauthner-Markhof wurde

190 Sitzung des Verwaltungsrates 1.7.1948 S Beilage G.

191 Sitzung des Verwaltungsrates 1.7.1948 Beilage H.

192 Sitzung des Verwaltungsrates 1.7.1948 S 20

193 Ebd. S 21.

194 Ebd. S 21.

eingespannt, der Badener Bürgermeister Riel erbot sich, Kontakte zu knüpfen, und auch über den Niederösterreichischen Landeshauptmann-Stellvertreter Kargl wollte man direkte Kontakte knüpfen. Die Aussprache von Riel mit einem der Gutmanns verlief zwar positiv, und dieser zeigte auch eine „wohlwollende Einstellung“, doch betonte er auch gleichzeitig, dass er nur einen 30%igen Einfluss habe.¹⁹⁵ Doch nach Meinung des Großteils der Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses entzog sich der einflussreichste Gutmann absichtlich direkten Kontakten zur Girozentrale.¹⁹⁶

Der Richter versuchte sich auch in Mediation und bat beide Rechtsanwälte zu Verhandlungen, Bohuslaw hatte ein Mandat bei den Aufwendungen von 1,3 Millionen auf eine Million gehen zu können.¹⁹⁷ Daraus wurde offensichtlich nichts.

Angesichts der rundum schlechten Nachrichten und der Aussichtslosigkeit, rechtzeitig ein passendes Objekt zu finden, beschloss der Geschäftsführende Ausschuss einstimmig, dass auf „die Rückerstattung des Kaufpreises, sowie auf die Rückerstattung der Kosten der notwendigen und nützlichen Aufwendungen verzichtet wird.“¹⁹⁸

Der Entscheid der Oberkommission Ende August 1948 brachte eine weitere Frist über sechs Monate bis Februar 1949. Wolfgang Gutmann, dem 30% der Fichtegasse gehörte, war inzwischen¹⁹⁹ zu einem Entgegenkommen bereit, der Alleinbesitzer des Hauses Beethovenplatz 5, Rudolf Gutmann, aber blieb unerreichbar.

Mut machte den Gremien, dass angeblich eine günstige Änderung der

195 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 19.8.1948 S 21.

196 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 19.1.1950 S 447f.

197 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 12.8.1948 S 2f.

198 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 19.8.1948 S 21.

199 Sitzung des Verwaltungsrates 4.11.1948 S 4f.

Rückstellungsgesetze geplant war, sofort sollten die weiteren Verhandlungen mit Wolfgang gestoppt werden. Dennoch lautete weiterhin der Plan, einen langjährigen Mietvertrag zu bekommen und gleichzeitig sicherheitshalber nach passenden Realitäten zu suchen.

Eine weitere Tagsatzung der ersten Instanz der Kommission Anfang Dezember brachte keine neuen Erkenntnisse oder Entscheidungen.

Durch ein Urteil der Obersten Rückstellungskommission „bei einem der Girozentrale analogen Fall“, das „überraschende und günstige Schlüsse“ zeigte, herrschte plötzlich wieder Optimismus. Das Urteil hatte auf redlichen Verkehr entschieden und eine Rückerstattung nicht verlangt.²⁰⁰

Es herrschte die Meinung vor, dass es für die Girozentrale im konkreten Fall unmöglich zu wissen gewesen war, dass der Verkauf via Bevollmächtigten ein Unfreiwilliger war, daher sei in diesem Fall der redlicher Verkehr eingehalten.

Der Kaufpreis sei keineswegs künstlich niedrig gehalten worden, im Gegenteil, er überstieg den geschätzten Wert²⁰¹ deutlich. Für die Inneneinrichtung sei nicht der Minimal-, sondern der Maximalschätzwert bezahlt worden. Auch hier gelte somit die Einhaltung des redlichen Verkehrs.

Beim dritten Komplex, ob die Transaktion rechtens oder nichtig sei, wäre die Frage, ob das Geld beim Verkäufer angekommen sei. Im konkreten Fall seien alle Dispositionen des Geldes bzw. der Konten und die Ausfolgung der Gelder erst nach Ermächtigung durch die Verkäufer erfolgt.

200 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 10.2.1949 S 168.

201 Wenn auch unfreiwillig, siehe dazu S 74 und Anmerkung 150.

An Hand dieses Urteils der Obersten Rückstellungskommission wollte man glauben, dass die Regeln zur Einhaltung des redlichen Verkehrs gegeben waren.²⁰²

Von der anderen Seite gab es immer wieder Störversuche. Da die Kommission entschieden hatte, dass die beiden Einlagezahlen wieder zu trennen seien, versuchte Steger die beiden Häuser durch Zumauern von Verbindungen, die durch die Feuermauer führten, zu trennen. Nach Rücksprache bei den Behörden konnte geklärt werden, dass diese Abmauerungen nicht, wie behauptet, sofort durchgeführt werden müssten. Öffnungen in den Feuermauern wurden belassen, die Behörde genehmigte sie.

Ein Versuch, die Frist um ein weiteres Jahr, auf April 1950 zu verlängern, schlug fehl, auf Anraten des Rechtsanwalts wurde dagegen nichts unternommen. Um der Gegenseite keine Argumente zu liefern, wurden nach Aufforderung rund 200.000 Schilling als angefallene bzw. noch anzufallende Miete überwiesen.²⁰³ Im Mai wurden die drei Gutmanns wieder ins Grundbuch getragen.²⁰⁴

Mitte November 1949 war ein weiterer Verhandlungstermin anberaumt, der aber inhaltlich nichts erbrachte. Der Anwalt der Girozentrale erreichte eine Vertagung, Steger ärgerte sich über den Unwillen der Bank eine Lösung von sich aus zu suchen. Bei der Gebäudesuche sei sie säumig und selbst die vereinbarte Teilräumung des ersten Stockes in beiden Häusern werde nicht vollzogen. Diese Vereinbarung würde aber nur bei Gewährung eines langjährigen Mietvertrages gelten, so der Anwalt der

202 Sitzung des Verwaltungsrates 17.2.1949 S 22-26.

203 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 5.5.1949 S 248f.

204 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 27.6.1949 S 40-42 und Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 2.6.1949 S 5.

Bank.²⁰⁵

Im Geschäftsführenden Ausschuss am 2. Februar 1950 erhielt ein neuer Rechtsanwalt das Mandat. Er war mit Steger befreundet und hatte diesen, bevor er das Mandat annahm, zum diesem Thema privat befragt. Auf Grund seines intimen Wissens glaubte er die richtige Strategie zu haben: Für ihn war klar, dass das Institut vor der Kommission eine Niederlage würde einstecken müssen, da es in den Punkten angemessener Kaufpreis und volle Verfügung darüber, wohl zu einer Verurteilung wegen unredlichem Verkehrs kommen würde. Daher solle man auf jeden Fall einen Vergleich anstreben. Dieser sollte eine zumindest teilweise Retournierung des Kaufpreises, die Festsetzung der Mietzahlungen, der Ablöse der Investitionen, wobei seiner Meinung nach wohl nur die Aufstockung bezahlt würde, und vor allem einen Aufschub der Räumung beinhalten.

In dieser Sitzung wurde auch erstmals der Rückkauf der Objekte angedacht. Rechtsanwalt Kammerlander empfahl allerdings, die beiden Punkte aus taktischen Gründen nicht zu verknüpfen und erst später die Rückkaufoption ins Spiel zu bringen. Prinzipiell glaube er schon, dass wenn der Kaufpreis in Dollar bereit stünde, ein Verkauf für die Eigentümer interessant würde. 150.000 sah er als untere Grenze an, bis 250.000 könnten seiner Meinung nach verlangt werden.

Kammerlander wurde mit folgenden Punkten beauftragt: Rückerstattung des halben Kaufpreises, jährliche Zinszahlungen von 100.000 Schilling ab dem 1. Mai 1945, Anerkennung von Investitionskosten von 200.000 Schilling, Rückerstattung bzw. Verrechnung der schon geleisteten 200.000 auf die Zinszahlungen, zweijähriger

205 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 1.12.1949 S 417f.

Räumungsaufschub.

Der Verwaltungsrat beschloss Ende Februar 1950 den Kauf der Häuser, 150.000 Dollar zu 42 Schilling sollten dafür bereitgestellt werden. Der Preis in Dollar würde also 6,3 Millionen Schilling ausmachen. Die Differenz von einer Million Schilling sollte nach Wunsch des Verwaltungsrates noch möglichst gedrückt werden.²⁰⁶

Ohne die Nationalbank einzuschalten, versuchte die Girozentrale an die für so wichtigen Devisen zu kommen. Der Versuch, die Dollar um nur 36 Schilling zu erhalten, schlug fehl, wegen des Koreakrieges wurde die Zusage über die 150.000 Dollar wieder zurückgezogen.²⁰⁷ Angesichts steigender Dollarpreise schlug Dechant vor, man solle versuchen den Kaufpreis um 10.000 Dollar zu drücken²⁰⁸, doch Rechtsanwalt Kammerlander gab zu Bedenken, dass die Mehrzahl der Gutmanns eigentlich kein spezielles Interesse am Verkauf hätten, da ihnen in der Zwischenzeit in der CSSR Entschädigungen bis zu einer Million zugesprochen worden waren. Wenn versucht würde noch feilschen, könnte das ganze Projekt scheitern.²⁰⁹ Auf Grund dieser Warnung wurde der Versuch, den Preis noch zu drücken, abgeblasen.

Der Hausrückkauf wurde am 20. September vollzogen, schon am 5. Oktober stand wieder die Girozentrale im Grundbuch. „Die Mitteilung wird mit lebhafter Zustimmung zur Kenntnis genommen.“²¹⁰

206 Sitzung des Verwaltungsrates 28.6.1950 S 80f.

207 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 27.7.1950 S 553.

208 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 7.9.1950 S 571f.

209 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 14.9.1950 S 579.

210 Sitzung des Verwaltungsrates 26.10.1950 S 92.

11.4 Erweiterung und Renovierung

Noch immer hatte die TASS den vierten Stock besetzt und das Russische Informationsbüro die Stöcke zwei und drei. Für diese Institutionen musste die Bank zusätzliche Leute einstellen und die Eingänge extra bewachen lassen. Refundiert wurde ihr dies unregelmäßig über die Gemeinde Wien.

Da in den Häusern „unhaltbare Raumverhältnisse“²¹¹ herrschten, sah sich die Bank wieder einmal nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten um. Das Haus Schubertring 3 war gerade in ein Rückstellungsverfahren verwickelt. Die Rückstellungswerber seien allerdings gegen eine Zahlung von 60.000 Dollar bereit auf die Rückstellung zu verzichten.

Zwar war die Situation nicht so einfach, da es viele Antragsteller waren und nicht alle wurden von einem Rechtsanwalt vertreten, doch die Gremien der Bank fassten den grundsätzliche Beschluss, das Haus inklusive Gebühren und Provisionen um 2,5 Millionen kaufen zu wollen.²¹² Da das Gebäude aber noch verschiedene Mieter hatte, war Bedingung, dass alle Räumlichkeiten zumindest in absehbarer Zeit geräumt seien.²¹³ Das Interesse an diesem Haus war derart groß, dass der Geschäftsführenden Ausschuss beschloss, es nicht an 100.000 oder 200.000 Schilling scheitern zu lassen, und, falls notwendig, die Räumung des Erdgeschosses selbst zu zahlen.²¹⁴ Gleichzeitig liefen Pläne das Stammhaus zu sanieren, der Geldbedarf dafür

211 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 19.12.1952 S 1163.

212 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 19.2.1953 S 1187 und Beilage 22.

213 Sitzung des Verwaltungsrates 28.3.1953 Beilage 7

214 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 5.6.1953 S 1242f.

wurde auf zwei bis zweieinhalb Millionen geschätzt.²¹⁵

Die Kommission hatte in ihrem Urteil nur einen bedingten Räumungsvergleich ausgesprochen, dadurch hätte die Girozentrale für die Räumungen keinen Exekutionstitel gehabt. Deshalb beschloss man, die Zahlung erst nach erfolgter Räumung durchzuführen und den Kaufvertrag erst auszufolgen, wenn der Teilvergleich bei der Rückstellungskommission erfolgt sei und daher Rechtssicherheit herrsche.

Schon in der nächsten Sitzung wurde bekannt gegeben, dass das Russische Informationsbüro offiziell die beschlagnahmten Räume an die Republik zurückgeben werde. Dadurch wären dem Institut wieder 2½ Stockwerke zur Verfügung gestanden. Als unter besonderer Staatsaufsicht stehendes Institut, hatte der Finanzminister das letzte Wort in Sachen Liegenschaftskäufen. Staatskommissär Schmid „nimmt nicht an, dass das Bundesministerium für Finanzen unter den gegenwärtigen Umständen (Freigabe des Hauses I., Fichtegasse 10 durch die russische Informationsabteilung) die Zustimmung zum Ankauf obigen Hauses geben wird.“²¹⁶ Er irrte sich, auch die devisenrechtliche Genehmigung der Nationalbank für die Dollar schien kein Problem, für Ende September rechnete man mit Beendigung der Räumungen.

Doch nun kam es innerhalb der Gremien zu Meinungsverschiedenheiten und unklaren Verhältnissen: Der Geschäftsführende Ausschuss fasste Beschlüsse, dass der Kauf unterbleiben könne.²¹⁷ Die einen sahen durch die Freiwerdung keinen Bedarf mehr, noch dazu, wo die TASS angeblich auch ausziehe (diese bleib in Wirklichkeit aber bis

215 Sitzung des Verwaltungsrates 12.6.1953 S 213.

216 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 23.7.1953 S 1259.

217 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 3.9.1953 S 1279.

mindestens Februar 1955). Daraufhin sollten die Verhandlungen nicht mehr weitergeführt und der Kauf annulliert werden. Der Staatskommissär wiederum sah die Verhandlungen so weit gediehen, dass die Bank „nahezu verpflichtet“ sei den Kauf zu tätigen.²¹⁸

In der folgenden Sitzung der Geschäftsführung wurde empfohlen, den Beschluss vom 3. September zu widerrufen und dem Verwaltungsrat, das selbe mit seinem Entscheid zu tun. Ein Baukomitee sollte prüfen, ob Raumbedarf vorhanden sei.²¹⁹ Laut Komitee, das mit Mehrheit entschied, war dies so. Daraufhin wurde obiger Beschluss gefasst und dem Verwaltungsrat der Ankauf empfohlen. Wegen Gleichstandes (einer hatte vorzeitig die Sitzung verlassen) einigte man sich auf freie Argumentation vor dem Aufsichtsorgan.

Die eine Seite (hier vor allem die Vertreter der Zentralsparkasse) argumentierte mit unzureichenden Rentabilitätsuntersuchungen und oberflächlichem und unfachmännischem Umgang mit der Sache, die andere Seite argumentierte, dass zum aktuellen Zeitpunkt mehr Leute im Gebäude arbeiteten als zu Kriegszeiten, und damals schon wäre eine künftige Raumnot absehbar gewesen. Es gehe darum, den durch den wesentlich erweiterten Geschäftsumfang erforderlichen Raumbedarf schon für die Zukunft sicherzustellen.

Letztendlich setzte sich die Gruppe, die für den Kauf war, knapp mit 10:8 bei einer Enthaltung durch.²²⁰

Die Renovierungsarbeiten im Hauptgebäude wurden weiter fortgesetzt, grobe Probleme ergaben sich dabei nicht. Dennoch muss man sich wundern, dass die

218 Sitzung des Verwaltungsrates 22.10.1953 S 228-231.

219 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 29.10.1953 S 1301 und Beilage 1.

220 Sitzung des Verwaltungsrates 8.4.1954 S 253-259.

ursprünglich für die Renovierung genannten zwei bis zweieinhalb Millionen sich innerhalb von eineinhalb Jahren auf 5,8 bis 6,4 Millionen summieren konnten. Argumentiert wurde dies mit den Renovierungsarbeiten für die Stockwerke, in die die Russen einquartiert gewesen waren. Gleichzeitig erfolgten weitere Umbaumaßnahmen, wie Lifteinbau, eine weitere Aufstockung und Umbau der Direktionsräume (immerhin eineinhalb bis zwei Millionen).²²¹

Für die Adaptierungs- und Instandsetzungsarbeiten des Hauses Schuberttring 3 wurden knapp zwei Millionen Schilling investiert.²²²

Angesichts des Rückkaufpreises von rund 7 Millionen Schilling für das Stammhaus und den Mengen, die in den folgenden Jahren in ein anderes Haus, als auch in die Renovierung der Hauptanstalt gesteckt wurden, fragt man sich schon wieso von Seiten der Girozentrale so lange an bestimmten Verhandlungspunkten festgehalten wurde. Schon relativ früh im Verfahren war den Funktionären bewusst, dass eine Rückstellung unvermeidlich sein würde, dass also mit diesem Geschäft prinzipiell etwas nicht in Ordnung gewesen war. Das Beharren auf Rückstellung des Kaufpreises von im Vergleich relativ geringen 1,1 Millionen, kann nur bedeutet haben, dass ihrer Meinung nach nur die für den Verkäufer ungünstigen Umstände des Verkaufs ein Problem dargestellt haben, nicht die Sache selbst.

Verständlicher ist da schon der Wunsch die Investitionen abgegolten zu bekommen. Trotzdem, nach der Erkenntnis das Haus (irgendwann) zurückgeben zu müssen, musste doch klar sein, dass die Gegenseite kein Interesse hatte, entgegen zu

221 Sitzung des Verwaltungsrates 16.12.1954 S 287 und Beilagen 10 und 11.

222 Sitzung des Verwaltungsrates 31.3.1954 S 317f.

kommen. Ein Wohnhaus war vom damalig neuen Eigentümer zu einem mit Geschäftsbetrieb umgebaut worden, also nicht mehr zum ursprünglichen Zweck verwendbar. Und wie es vor allem bei Immobilien gilt: So zurückgeben wie man es bekommen hat. Selbst wenn die neue Ausstattung wieder entfernt worden wäre, so hätte doch der alte und neue Eigentümer das Recht gehabt, dass der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt wird.²²³ Und zwar auf Kosten des Übergebers.

12. Die 1950er Jahre

Der Aufwärtstrend bei den Sparkasseneinlagen setzte sich nicht fort, hier schlug wohl auch schon die internationale Konjunkturdelle nach Österreich durch. Das erste Quartal 1950 war geprägt von einer starken Anspannung am Geld- und Kapitalmarkt. Die Politik der Nationalbank verfolgte das Ziel das Kreditvolumen einzuschränken, teilweise musste sogar überhaupt ein Kreditstopp durchgeführt werden, und versprochene Gelder wurden wieder zurückgezogen. In Fällen, wo einer Sparkasse aus Liquiditätsengpässen durch eine Kreditübernahme geholfen werden konnte, wurde das auch getan.

Die Sparkassen hatten den Einlagenzuwachs teilweise dazu benutzt, zugesagte Kredite zu genehmigen, nun mussten sie wiederum zur Sicherung ihrer Liquidität um Bundesschatzscheine anfragen. Die Nationalbank aber war sehr rigoros und verlangte vielfältige Unterlagen, damit nicht gerade diese Zuzählung erst zur Kreditvergabe benutzt würde. Mehr als 108 Millionen Schilling waren dem Sektor per
223 Frage und Antwort bei der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 2.2.1950 S 457.

Schatzscheinen Ende September 1949 zugeteilt gewesen.²²⁴ Weil die Gelder der Nationalbank wegen der rigorosen Überprüfung oft zu spät eintrafen, hatten die Sparkassenkonten vielfach Überziehungen zur Folge. Um die Zügel ein wenig zu straffen, wurden von der Girozentrale im November 1948²²⁵ eingeführten Überziehungszinsen erhöht. Im ersten Halbjahr hatten die Überziehungen noch 200.000 bis 300.000 Schilling betragen, im 3. Quartal lagen sie dagegen bei ein bis zwei Millionen.

Durch diese Anspannung Anfang 1950 legten die Sparkassen wegen der vermeintlich bald durchzuführenden Rekonstruktion einen Großteil ihrer Mittel bei der Girozentrale an, da sie glaubten diese Gelder bald brauchen zu müssen. Dieser Umstand zwang die Anstalt selber sehr liquid zu bleiben und verwehrte sich die Begebung neuer Kredite. Stattdessen wurden die Mittel in kurzfristige Gelder bei den Banken angelegt. Die Kurz- und Mittelfristigkeit wurde forciert, Investitionskredite grundsätzlich abgelehnt.

Direktor Pichler war mit Ende 1949 ausgeschieden, Mitte des folgenden Jahres erfuhr die Direktion eine Erweiterung: Leitender Direktor blieb Otto Benedikt, sein Stellvertreter wurde Walter Wolf, Friedrich Gottlieb, Franz Oprchal und Josef Neubauer erhielten den Titel Direktoren-Stellvertreter.²²⁶

Zusätzlich zu der Enttäuschung über Verzögerungen bei der Rekonstruktion mussten die Kreditanstalten die folgenden Abhebungen nach dem 4. Preis-Lohn-Abkommen

224 Sitzung des Verwaltungsrates 13.10.1949. Beilage A Geschäftsbericht.

225 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 18.11.1948 S 100.

226 Sitzung des Verwaltungsrates 26.10.1950 S 94-100.

verkräften, trotzdem konnte die Bank die Liquidität immer über 20% halten. Guthaben bei Banken und kurzfristige Veranlagungen in Wechsel und Importfinanzierungen halfen dabei, letztere zudem bei der Rentabilität.

Per 31. August hatten die Sparkassen 872 Millionen an flüssigen Geldern (exklusive der bei der Girozentrale zu haltenden Mindestreserve), aber nur 534 Millionen oder 61% waren bei der Girozentrale angelegt. Knapp 200 Millionen teilten sich die Banken, der Rest von 140 Millionen die PSK und die Nationalbank. Besonders die Veranlagung bei den Banken war eine Enttäuschung für das Institut, da gerade diese Banken gleichzeitig versuchten, Kunden von den Sparkassen abzuwerben.²²⁷

Die früher monierte starke Veranlagung der freien Gelder in sektorfremden Instituten zeigte seit dem Halbjahr eine leicht sinkende Tendenz, per 31. Oktober waren nur mehr rund 34% oder 280 Millionen nicht bei der Girozentrale oder den Bezirksgirostellen veranlagt. Im Vergleich der Bundesländer zeigte sich, dass in Salzburg prozentual die meisten Gelder im Sektor verblieben, auch in Wien lag der Anteil bei über 70%. Schlusslicht waren Tirol und Vorarlberg mit nur knapp über 40% (hier sieht man noch klar das frühere Misstrauen und die Ablehnung Wien gegenüber) und interessanterweise Oberösterreich, wo auch nur 56% der Gelder im Sektor verblieben. Die übrigen Bundesländer lagen bei mehr als 60%.

Weiters bemerkenswert ist die Tatsache, dass in den zwei westlichsten Bundesländern 38% bei Banken veranlagt worden waren, in Wien aber auch noch knapp ein Viertel. Das ist aber wohl dem massiven Bankenplatz geschuldet.

Die oberösterreichischen Sparkassen legten offenbar großen Wert auf Liquidität,
²²⁷ Sitzung des Verwaltungsrates 26.10.1950 Beilage 1 Geschäftsbericht.

sonst hätten sie nicht 34% ihrer flüssigen Gelder in bar gebunkert gehabt, dagegen waren die 20% in Tirol und Vorarlberg, Niederösterreich und Burgenland und der Steiermark geradezu moderat. Die deutlich geringsten Barmittel wurden dagegen in Wien gehalten, nämlich nur 6%. Dies könnte mit dem starken Wirtschafts- und Finanzplatz zu tun gehabt haben, der Großteil der Mittel könnte eine Veranlagungsmöglichkeit gehabt haben, oder auch mit der vergleichbar schieren Größe der Wiener Sparkassen, wodurch selbst 6% bedeutende Beträge darstellten, mit denen diese auskommen konnten.

Im Vergleich der Jahre 1947 bis 1950 per Stichtag 31. August zeigt sich, dass die Sparkassen zwar ihren Einlagestand mehr verdoppeln konnten, die Raiffeisenkassen nur um ein Drittel, die Volksbanken von sehr niedrigen Stand aus auch verdoppeln, die Banken dagegen von hohem Niveau aus davon gezogen waren. Sie hatten ihre Einlagen um den Faktor 2,4 vergrößert. Die Spar- und Girogelder der Sparkassen hatten 1950 das Niveau derjenigen der Banken im Jahr 1947.²²⁸

Ende des Jahres 1950 musste, obwohl der Bedarf für den Jahresultimo schon Monate voraus geplant war, ein unerwartet hoher Abgang in Kauf genommen werden. Nicht nur mussten die Einlagen bei den Banken realisiert werden, auch das Wechselportfolio musste bei der Nationalbank eingereicht und zusätzlich Hilfe in Form von §27 Schatzscheinen in Anspruch genommen werden. Durch andere Maßnahmen war es möglich, aus dem Tiefststand von 10 Millionen flüssiger Mittel zu klettern.

Innerhalb von 2 Wochen ab Ende November waren saldo 100 Millionen abgezogen worden, zu selben Zeit waren allerdings rund 75 Millionen aus der Nationalbank als

228 Sitzung des Verwaltungsrates 15.12.1950 Beilage 1 Geschäftsbericht.

Einlage gekommen, somit waren also in Wirklichkeit 176 Millionen der Bank entzogen worden. Allerdings erfolgten schon vor Weihnachten wieder Rückflüsse in die Girozentrale.

Zwar half die Nationalbank rasch, doch im Nachhinein folgte eine Untersuchung und es wurde reklamiert, dass die Girozentrale sich aus dem Wechselgeschäft, insbesondere den Kohlewechseln, zurückziehen solle, weil dies das Geschäft von Großbanken sei. Überhaupt sei es nicht die Aufgabe der Girozentrale auf die Rentabilität zu schauen sondern auf die Liquidität.²²⁹

Die Girozentrale nahm nun so genannte Widmungseinlagen von Sparkassen herein. Diese hatten offensichtlich genügend freies Geld, waren aber durch ihre Satzungen prinzipiell in ihrer Kreditvergabe eingeschränkt. Die Girozentrale dagegen hatte nicht so viel flüssiges Geld, sollte auch möglichst liquide sein, war aber in ihrem Kreditspektrum nicht so eingeschränkt. Widmungseinlagen wurden nun zu einem für die Sparkasse attraktivem Zins vergeben und die Girozentrale bediente daraus Kredite die wiederum höhere Zinsen zu bedienen hatten, so gewannen beide Seiten. Diese Widmungen wurden auf Kreditdauer vergeben.²³⁰ Die Sparkassen hatten zumindest eine Anlagemöglichkeit und der Girozentrale war es möglich, größere, ihrer Meinung nach attraktivere, Kredite geben zu können. Im Zuge der ERP-Kreditaktionen hatte sie ja moniert, dass nur die verstaatlichten Großbanken die großen Kredite bedienen durften.

229 Sitzung des Verwaltungsrates 10.5.1951 Beilage 1 Geschäftsbericht.

230 Ebd. Beilage 1 Geschäftsbericht.

12.1 Stabilisierungspolitik von Regierung und Notenbank

Im März 1951 wurde ein interner Kreditstopp verhängt. Nur mehr Kredite, die von Sparkassen zugetragen würden, sollten neu vergeben werden. Diese Kredite sollten, wenn möglich, durch Zweckeinlagen gedeckt sein. Hereinkommende Gelder hatten sich als zu mobil für eine Kreditveranlagung herausgestellt.

Mehr als die Hälfte des Ende März 1951 ausgenützten Kreditvolumens von 173 Millionen wurde von Ländern, Gemeinden oder anderen öffentlichen Instituten beansprucht. Die drei größten nicht-öffentlichen Kreditnehmer waren Meidl, die NEWAG und die Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Consumvereine GÖC, diese hatten zusammen ein Volumen von mehr als 57,5 Millionen.²³¹

Das 5. Preis-Lohn-Abkommen hatte wieder große Unruhe im Geldmarkt verursacht, schon vor dem In-Kraft-treten hatten Preissteigerungen begonnen, der Sparwille war weiter gedämpft worden und hatte eine Kreditausweitung nach sich gezogen, der Notenumlauf wurde erhöht.²³²

Die Gesamteinlagen in Österreich stiegen von April bis Juli nur minimal, ebenso die Spareinlagen, im Sparkassensektor sanken sie sogar, während das Kreditvolumen im selben Zeitraum mit mehr als 11% oder über einer Milliarde stetig zunahm, bei den Sparkassen aber lediglich minimal. Dieser Kreditzuwachs konnte also nicht aus den Spargeldern finanziert gewesen sein. Mehr als 80% dieser Summe kam letztendlich mittels eskontierten Wechseln, Besatzungskostenscheinen und Schatzwechseln von der Notenbank. Damit war der Versuch das Volumen durch Geldrestriktionen zu

²³¹ Sitzung des Verwaltungsrates 11.10.1951 Beilage 5 Geschäftsbericht.

²³² Vgl. Sandgruber, Ökonomie und Wirtschaft S 465f. und Bachinger/Matis, Schilling S 213 und 218.

dämpfen, gescheitert.²³³

Angesichts der Preissteigerungen wurde eine akkordierte Aktion ausgerufen, bei der die Wirtschaftskammer ihre Mitglieder aufrief, nicht nur keine Preissteigerungen durchzuführen, sondern die Warenpreise sogar zu senken. Gleichzeitig stellte die Gewerkschaft Lohnforderungen hintan. Wirklich zeigte diese Aktion Effekte, die Inflation begann ab 1952 zu sinken. Zu Hilfe kam die internationale Konjunktur, die sich nach der Koreakrieg-Konjunktur wieder beruhigte, dadurch wurde auch von außen geringere Inflation importiert. Die bisherigen Wachstumsmotoren der Wirtschaft stockten, Bau und Industrie hatten sogar leichte Rückgänge zu verzeichnen. Ein weiterer Nachteil der „Schocktherapie“ war, dass Österreich mit einer kurzfristig deutlich gestiegenen Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatte.²³⁴

Trotz der Folgen des 5.Preis-Lohn-Abkommens, nämlich noch einmal verstärkte Abhebungen, und trotz des Jahresultimos mit den Auszahlungen für Sparvereine speziell in Wien, war man in der Girozentrale sehr stolz „dass wir die einzige Stelle unter allen Kreditinstituten Österreichs sind, die den Reeskont bei der Österreichischen Nationalbank zum Jahresultimo nicht in Anspruch genommen hat ...“²³⁵. Dafür standen aber immer noch 78 Millionen an §27 Bundesschatzscheinen zur Verfügung. Wünsche der Nationalbank nach Kreditrestriktionen hatten noch nicht den Sparkassensektor betroffen, seit März hatte sich die Girozentrale intern ohnehin

233 Sitzung des Verwaltungsrates 11.10.1951 Beilage 6 Allgemeine wirtschaftliche Lage.

234 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.): Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Wien 1985. S 109-112.

235 Sitzung des Verwaltungsrates 11.10.1951 Beilage 1 S 2.

einen Kreditstopp verordnet. Mitte Dezember war vom 211,5 Millionen großen Kreditvolumen 89,8 durch Widmungseinlagen von Sparkassen gedeckt, diese belasteten demnach die Liquidität der Anstalt nicht. Anfang des Monats war die Bankrate von 3,5 auf 5% erhöht worden, dies sollte eine Dämpfung bei Neukrediten und gleichzeitig einen Anreiz zu sparen bewirken.²³⁶

Das Jahresende konnte trotz extremer Beanspruchung glücklich umschifft werden, doch der erhoffte Einlagenzuwachs blieb aus. Deswegen musste die Girozentrale Ende Jänner doch wieder bei der Nationalbank vorsprechen.

Die bei Banken schon gegriffen habenden Krediteingrenzungen hatten für die Girozentrale nur indirekte Folgen, insofern, als dass auch ihr von Seiten des Ministeriums und der Notenbank klargemacht wurde, dass eine solche Vereinbarung auch mit dem Sparkassensektor künftig unvermeidlich sei.

Die Restriktionen für die Banken betraf vor allem die Liquidität. Sie sollte erstrangig 10%, zweitrangig 20%, zusammen also 30% des Verwaltungskapitals betragen. Umgelegt auf die Girozentrale wäre die erstrangige Liquidität ein Problem (zum 31. März nur 1,43%), doch mit einer Liquidität 2. Ranges von über 30% wären zusammen mehr als 35% der Gesamteinlagen sofort oder sehr kurzfristig verfügbar gewesen. Trotzdem trat Generaldirektor (seit Jänner 1952) Benedikt für einen weiterhin andauernden Kreditstopp ein, plädierte dafür, jegliche Kreditwünsche vorerst abzulehnen.

Die Politik der Widmungseinlagen stand unter zunehmender Kritik der Aufsicht, des Ministeriums und der Nationalbank. Die Aufsichtsbehörde erklärte, dass solche

²³⁶ Sitzung des Verwaltungsrates 14.12.1951 Beilage 1.

Einlagen zum Kredit eine 30%ige Überdeckung haben müssten. Gleichzeitig hatte das Finanzministerium einen Erlass herausgegeben, dass diese Gelder keine Einlage, sondern ein Kredit an die Bank darstellen würden und daher als solche in den Sparkassenbüchern zu stehen hätten. Prinzipiell seien Widmungseinlagen kein Problem, nur müssten sie für die Girozentrale zumindest Kosten deckend sein.

Wegen der Erhöhung der Bankrate wurden auch die Zinsen für die Einleger geändert. Die Spanne reichte von 5% für 3-Monatsgelder bis 5,75% für 12-Monatsgelder. Für die Wiener Sparkassen und die in den Landeshauptstädten gab es wie gehabt, einen Zinsbonus von 0,25%. Normale Giroeinlagen wurden mit 3,5% verzinst.

Bei der Änderung des Zinssatzes für die Liquiditätsreserve spießte es sich allerdings. Die Aufsicht wollte einer Erhöhung per 1.1. nur dann zustimmen, wenn die Girozentrale in der Halbjahresbilanz nur ein Minus von einer Million aufweisen würde, ansonsten die Erhöhung hinfällig sei. Gleichzeitig sollten die Kreditzinsen auf 11% steigen. Experten der beiden Wiener Sparkassen hatten zuvor nach einer Analyse gemeint, dass eine Erhöhung des Sparanteils von 2% auf 3% und des Giroanteils von 1% auf 1,25% durchaus tragbar sei.²³⁷ Nach Schätzungen aus dem Halbjahr verursachten die obigen Zinserhöhungen einen Mehraufwand von 12-13 Millionen, damit würde der Jahresabgang 1952 rund zwei Millionen ausmachen und den von der Aufsicht geforderten Maximalabgang von einer Million im Halbjahr erreichen können.

Die Forderung der Aufsicht nach einem Maximalverlust von zwei Millionen konnte

²³⁷ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 18.4.1952 S 1027f und Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 30.4.1952 S 1036

leicht erreicht werden, die Gelder der Sparkassen flossen stärker als angenommen, weil Mitte des Jahres eine Bankratenerhöhung durchgeführt worden war und weil es durch die größere Geldmenge mehr Möglichkeiten gab Geld zu investieren und zu verdienen. Ein Minimalgewinn von 19.700 Schilling war die Belohnung.²³⁸

Die 3. Abfuhranordnung²³⁹ hatte vom Sparkassensektor eine Gesamtabfuhr von 3,28 Milliarden Schilling verlangt. 1,53 Milliarden waren aus Sperrguthaben bei Banken, 1,63 Milliarden aus deutschen Schuldverschreibungen, 88,9 Millionen in bar und weitere 41,2 Millionen aus anderen Titeln zu bedienen. Bis Ende November waren aus der Barabfuhr schon 52,6 Millionen positiv erledigt worden.²⁴⁰ Durch die 3. Abfuhranordnung war wenigstens die Bilanzlücke verkleinert worden, sie wurde nun mit 414 Millionen kalkuliert.

Die Mittel, die der Bank zur Verfügung standen, waren weiterhin extrem liquid. So wurden innerhalb von 14 Tagen 140 Millionen abgezogen, in den folgenden Tagen kamen dagegen 170 Millionen herein. Nur zu verständlich, dass es praktisch unmöglich war, solche Gelder sinnvoll zu veranlagen.²⁴¹

Mit Juli 1952 wurde die Bankrate auf 6% erhöht, nach Übereinkunft von Nationalbank, Finanzministerium und Kreditinstituten wurden die Habenzinsen aber nur um die Hälfte erhöht. Auch nach der Erhöhung behielten die Sparkassen in den Landeshauptstädten (vorläufig) ihren Zinsvorteil von 0,25%.²⁴²

238 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 1.4.1954 Beilage 19 Prüfungsbericht für die Bilanzen 1951 und 1952.

239 Seidel, Österreichs Wirtschaft. S 549-551

240 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 7.12.1951 Beilage 3.

Nach Seidel wurden bei der dritten Abfuhr 6,5 Milliarden abgeliefert, vom Sparkassensektor daher die Hälfte. Vgl. Seidel, Österreichs Wirtschaft. S 543 Übersicht 5.14.

241 Sitzung des Verwaltungsrates 27.6.1952 Beilage 1 Geschäftsbericht.

242 Sitzung des Verwaltungsrates 25.7.1952 S 186. In der folgenden Verwaltungsratssitzung wurde

Das Ergebnis der Verhandlungen über Kreditrestriktionen hatte den Sparkassen einige Erleichterung gebracht, der Girozentrale dagegen Erschwernisse: Die Sparkassen durften die Liquiditätsreserve bei der Girozentrale als erstrangige Liquidität einrechnen. Für die Bank dagegen bedeutete dies, dass diese Gelder nun als Verpflichtungen einzustufen waren. Auch die Widmungseinlagen mussten nun als Verpflichtungen in die Bankbücher. Für die Girozentrale war der Stichtag des Kreditplafonds der 31.7.1952, die Höhe war mit 283 Millionen errechnet worden.²⁴³ In den späteren vergleichenden Kreditstatistiken wurde immer wieder dieses Datum als Maßstab angeführt.

Die Girozentrale hatte trotz leichter Verringerung der Bilanzlücke noch immer das Problem der zwei sich widersprechenden Geschäftsstrategien: Einerseits sollte und musste sie möglichst liquide sein, um jederzeit Sparkassen aus einer Illiquidität heraus helfen zu können. Weiterhin sollte sie Sparkassen bei Krediten unterstützen und ihnen Geschäfte ermöglichen die außerhalb ihrer Statuten lagen.

Andererseits war sie wegen der nicht vorhandenen 411 Millionen gezwungen, das ruhigere Geld gewinnbringend anzulegen. Im Zuge der ERP-Kredite wurde mehrmals bedauert, dass für das Institut nur mehr die kleinen Fische übrig geblieben waren, die Großkredite hätten sich die zwei großen verstaatlichten Banken geholt. Eine Kalkulation aller Kosten hatte ergeben, dass die ERP-Aufbaukredite 1951 sogar einen

diese Regelung fixiert, aber auch Sparkassen, die erhöhte Kosten vorweisen könnten oder mehr als eine Million bei der Girozentrale veranlagt hätten, sollten in den Genuss des Zinsprae kommen.
243 Sitzung des Verwaltungsrates 21.8.1952 Beilage 3.

Verlust dargestellt hatten.²⁴⁴ An den Getreide- und Kohlewechseln war die Verdienstspanne hoch gewesen, doch hatte die Bank, um nicht in finanzielle Schwierigkeiten zu kommen, diese Wechsel immer wieder bei der Notenbank zum Reeskont eingereicht. Wahrscheinlich wegen der schon für andere Gruppen bestehenden Restriktionen auf dem Kreditmarkt drängte die Notenbank die Girozentrale, diese Handelswechsel nun alleine, ohne Geldentlastung durch sie, zu finanzieren. Die Gewinn bringendste Art kurzfristige Gelder zu investieren, stellte demnach der Akkreditivverkehr und der Wechselverkehr dar, dies wollte die Bank entsprechend forcieren.

Immer wieder finden sich in den diversen Berichten der Vergleich, wie leicht es doch für die Bank wäre, Gewinn zu machen, und wie gering nur die Verzinsung der „non-valeurs“ sein müsste, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Weil aber dieser große Brocken noch immer vorhanden sei, müsse das Institut sehr bankmäßig geführt werden und kleinere Überschreitungen der Satzung kämen dadurch fast zwangsläufig vor.

Im Verwaltungsrat regte sich Unmut über die aktuelle Kreditpolitik der Girozentrale: „DDr. Büche [...] bedauert, dass keine Verhältnisziffern gegeben wurden, welche den ungesunden Zustand zwischen den Groß-Krediten und jenen kleinen Krediten, welche an Sparkassen gegeben wurden, aufgezeigt hätten, und verweist hier im besonderen auf die neuerliche Krediterhöhung an die NEWAG ...“²⁴⁵ Dem wurde widersprochen, da ein Großteil des Kredites an die NEWAG, der in dieser Sitzung der Kreditrahmen

244 Sitzung des Verwaltungsrates 3.4.1952 Beilage 2 S 2f.

245 Sitzung des Verwaltungsrates 11.12.1952 S 188f. Büche vergaß aber, dass der Russischen Zone nur sehr wenig von den (gesamten) ERP-Mitteln zugute gekommen war.

auf 82 Millionen vergrößert wurde, nur durch Widmungseinlagen finanziert worden war. Weitere Kritikpunkte war das ungleiche Verhältnis zwischen Ost- und Westösterreich bei den gegebenen Krediten, und dass der Verwaltungsrat zunehmend nur mehr die Kredite abnicken könne ohne dass er wirklich noch Entscheidungsgewalt darauf hätte. Es war den Funktionären klar, dass nicht nur alle Vierteljahre Kredite beschlossen werden könnten, doch der status quo war inakzeptabel. Ausweg könne nur eine erweiterte Kompetenz des Geschäftsführenden Ausschusses sein.

Benedikt bedauerte wiederholt, dass sich die Girozentrale den Wünsche der Sparkassen nach Co-Finanzierung von mittel- und langfristigen Krediten versagen müsse. Kurzfristiges Geld könne nur in kurzfristige Geschäfte gehen, daher seien Wechsel und Akkreditive (diese wären wegen Bestimmungen für Exporte im Kreditabkommen zu bevorzugen) vorerst die einzige Art zu investieren. Ohne Eigengeschäft und ohne Eigenkapital sei nicht mehr drin. Private Spareinlagen seien der Bank verboten und nach einem Übereinkommen mit den Wiener Sparkassen würden keine größeren Privatgelder angenommen und auch nicht um sie geworben.²⁴⁶ Im Juni 1950 war dies nach Reklamationen eingestellt worden: „Direktor Benedikt wird von den Vertretern der Wiener Sparkassen nachdrücklichst ersucht, diese Art der Werbung einzustellen und der betreffenden Abteilung entsprechend Weisung zu geben.“²⁴⁷

Die Direktion hatte es geschafft im ersten Quartal 1953 bei einer Bilanzsumme von 1,7 Milliarden mit rund einer Milliarde flüssig zu sein. Dies war auch durch weitere

246 Sitzung des Verwaltungsrates 11.12.1952 Beilage 1

247 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 15.6.1950 S 524.

Zuteilung von 22 Millionen in Schatzscheinen (insgesamt nun 100) möglich geworden. Der Bund wollte eine Energieanleihe auflegen, anfangs waren die Sparkassenvertreter unwillig, sich an einem Syndikat zu beteiligen, auch ein direkter Kredit an den Verbund stand im Raum. „Die Sparkassen stehen unter einem moralischen Druck und es werde irgendeine Beteiligung daher nicht zu umgehen sein.“²⁴⁸ Besonders die negativen Beispiele aus der Vergangenheit, den 2% Bundesschuldverschreibungen und der 5% Energieanleihe 1949, die beide unter ihrer schwachen Verzinsungen gelitten hatten, waren Mahner für misslungene Anleihen.

Wegen der Kritik an den Großkrediten konterte Benedikt, dass sowohl durch NEWAG als auch Meinl den einzelnen Sparkassen immer wieder große Geldbeträge zugetragen würden. Zum Problem Westzonen gegen Ostzone, war bei den normalen Krediten ein Überhang von mehr als 3:1 im Osten gegeben, doch bei begünstigten Krediten, die nicht auf den Plafond angerechnet werden mussten, stand es pari. Zudem hätten nun einmal viele Firmen ihren Sitz im Osten und daher zählten sie statistisch auch dorthin.

Trotz der Senkung der Bankrate wieder auf 5% behielt die Girozentrale ihre Zinssätze für Haben und Soll bei.²⁴⁹ Auch die anderen Kreditinstitute hatten nicht vor, die Zinssenkung generell weiterzugeben. Den Sparkassen wurde empfohlen die Kreditzinsen nach Ermessen zu senken, ansonsten keine Veränderung durchzuführen.²⁵⁰

248 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 26.3.1953 S 1206.

249 Sitzung des Verwaltungsrates 28.3.1953 Beilage 1 Geschäftsbericht.

250 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 26.3.1953 S 1204.

13. Eine neue Veranlagungspolitik

Die „Kommerzbanken“ sahen in der Girozentrale offensichtlich eine immer stärker werdende Konkurrenz, sie drängten darauf die Zinsen zu senken, der Ton untereinander wurde rüder. Friedrich Walitza, der leitende Direktor der Ersten österreichischen Spar-Casse plädierte dafür „dass die Girozentrale die Einlagen bei den Banken vermindern muss. Er empfiehlt, als Finanzier des Staates aufzutreten und sich hiedurch einen Machtposition zu sichern.“²⁵¹ Auch andere Herren waren der Meinung die Bank solle „eine eigene Kreditpolitik treibe[n]“, die Zeiten hätten sich geändert, nun stehe wieder mehr Geld zur Verfügung. Hermann Hintermeyer, ein Vertreter der Zentralsparkasse, meinte: „Da hierin ein entscheidender Wandel eingetreten ist, wird die Girozentrale gezwungen sein, ihren seinerzeitigen Standpunkt zu revidieren. Sie wird wieder Kredite geben müssen und nicht wie es derzeit noch der Fall ist, ihre Gelder bei Banken anlegen.“²⁵² „Dies umso mehr, als Generaldirektor Dr. Joham die Girozentrale in der Bundessektion angegriffen hat und die Behauptung aufstellte, das die Sparkassen der westlichen Bundesländer immer mehr und mehr in das Bankgeschäft eindringen.“²⁵³

Bezüglich der Energieanleihe 1953 hatte die Bank für den Sektor Nominale 100 Millionen übernommen, für sich aber noch weitere 25 Millionen um auch die Garantieprovision einstreifen zu können. Eine weitere günstige Anlagemöglichkeit fand sich in der wenig bekannten Opernanleihe, die ebenfalls mit 7% verzinst war. 15

251 Sitzung des Verwaltungsrates 12.6.1953 S 210.

252 Ebd. S 209f.

253 Ebd. S 210.

Millionen übernahmen die Wiener Sparkassen, 15 Millionen die Girozentrale.

Ende September erfolgte eine weitere Reduktion der Bankrate auf 4%, alle Festgeldzinsen mussten um 1% gesenkt werden, der Zinsprae für die Landeshauptstädte blieb aber erhalten. Sparzinsen und täglich fälliges Geld wurden weiterhin mit 3,5% verzinst, auch die Zinsen der Liquiditätsreserve blieben gleich, 4% und 1,25%. Staatskommissär Ministerialrat Schmid warnte, dass allfällige Verluste aus dieser Nichtsenkung nicht in der Rekonstruktion gedeckt sein würden. Darauf konterte Walitza scharf: Der Bund sei Besitzer der drei Großbanken und führe die Aufsicht bei der vierten. „Zu den weitgehenden Verminderungen der Bankrate sei es nur dadurch gekommen, weil die drei verstaatlichten Banken unter dem Druck und unter der Patronanz des Bundesministeriums für Finanzen nachgegeben haben, die Auswirkungen jedoch zu Lasten der Girozentrale gingen. Nachdem sich das Bundesministerium für die Banken eingesetzt und die Girozentrale im Stich gelassen hat, müsse es nun mehr auch die Konsequenzen tragen und nicht einfach erklären, dass es eine Vergrößerung der Bilanzlücke nicht honorieren werde.“²⁵⁴

Der Zinsvoraus für die Sparkassen der Landeshauptstädte und Wien wurde dann im Verwaltungsrat vom 8. April 1954 endgültig zu Grabe getragen.²⁵⁵

Nach dieser Zinssenkung vom September berichtete Benedikt von „... mit den verstaatlichten Banken notwendig gewordenen Verhandlungen, [die] zum Teil mit einer Schärfe geführt [wurden], wie sie bisher nicht bekannt war, die darauf

254 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 16.10.1953 S 1298.

255 Sitzung des Verwaltungsrates 8.4.1954 S 252f.

zurückzuführen ist, dass die Banken den gegen sie [...] gerichteten Druck in nahezu ganzem Ausmaß an die Sparkassen über die Girozentrale in Form der Höhe der Zwischenbankverzinsung weitergeben wollten und zum Teil auch weitergegeben haben.“²⁵⁶

Die Bilanzsumme, die Summe aller Verpflichtungen, war auf 2,1 Milliarden gestiegen, die Statistik²⁵⁷ zeigt, dass zu diesem Zeitpunkt sogar aus Tirol und Vorarlberg 50% der Gelder zur Girozentrale geflossen waren, aber nicht auf Kosten der Bankveranlagungen, sondern zu Ungunsten der Barreserve. In allen Bundesländern außer der Steiermark war der Prozentanteil der bei der Girozentrale bzw. den Bezirksgirostellen veranlagten Gelder gestiegen. Vorreiter war Wien, wo 82% der Gelder zur Bank fanden, bis auf Niederösterreich und das Burgenland und das Schlusslicht Tirol und Vorarlberg lagen alle bei über 70%. Der Barreserveanteil in Oberösterreich war von einem Extremmaß von 34% auf fast durchschnittlich geschrumpft, generell war der Barbestand geringer geworden. Besonders deutlich hatte sich die Veranlagung bei anderen Banken zugunsten der Girozentrale in Wien reduziert.

Generaldirektor Benedikt hatte erklärt „von seiner Zurückhaltung in der Gewährung von Krediten abzugehen und sich mit einer 50%igen Liquidität in Hinkunft zu begnügen. Die dadurch frei werdenden Beträge sollen in Krediten angelegt werden ...“²⁵⁸ Schon früher²⁵⁹ war er öfter dafür eingetreten der Girozentrale nicht

256 Sitzung des Verwaltungsrates 22.10.1953 Beilage 1 Geschäftsbericht S 1.

257 Sitzung des Verwaltungsrates 22.10.1953 Beilage 1 Geschäftsbericht und Vgl. Statistik von der Sitzung des Verwaltungsrates 15.12.1950.

258 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 17.9.1953 S 1285.

259 Hier explizit: Sitzung des Verwaltungsrates 28.3.1953 Beilage 1 Geschäftsbericht S 7, auch hier: Sitzung des Verwaltungsrates 11.12.1952 Beilage 1 Geschäftsbericht S 1f.

nur die Rolle einer Geldausgleichsstelle zuzumuten. Er berief sich dabei auf die Gründung und den Wunsch der Sparkassen von den „Kommerzbanken“ unabhängig zu werden. Es könne nicht das Ziel sein, die Gelder gegen eine geringe Spanne einfach nur auf andere Banken zu verteilen. Der direkte Kontakt sei damit zwar unterbrochen, aber keine Trennung vollzogen.

Aus dieser Position heraus hatte der Geschäftsführende Ausschuss in den vorhergehenden Monaten eine große Anzahl von Krediten bewilligt, die den Plafond²⁶⁰, sobald sie ausgenützt wären, mit 426 Millionen deutlich überschritten hätten. Unter diesen waren eine bedeutende Ausweitung des Kredites für die NEWAG von plus 35 auf 117 Millionen, die allein durch die Girozentrale getragen wurden. Der Großteil des bisherigen Kredites mit 67 Millionen stammte aus Widmungseinlagen. Gegen die Ausweitung der Kredite bzw. das Überschreiten der Schwelle hatte im Verwaltungsrat niemand etwas einzuwenden.

Aber auch bei dieser Sitzung wurden die Mängel der Kreditgebung bedauert, die Erstellung von neuen Richtlinien in Zusammenarbeit mit dem Ministerium zum wiederholten Male gefordert. Gleichzeitig solle auch über einen höheren Kreditplafond verhandelt werden. Benedikt war sich sicher, dass es zu einer „stillschweigenden Tolerierung der Überschreitung des Kreditplafonds ...“²⁶¹ kommen werde, „... derzufolge in Hinkunft eine largere Handhabung der diesbezüglichen Bestimmungen des Kreditübereinkommens durch das Ministerium greifen werde.“²⁶²

260 Wobei es für dieses Limit drei verschiedene Angaben gibt die mit rund 12 Millionen differieren: die erste Angabe waren 283 Millionen, die spätere 294,8 Millionen und die dritte auf den Kreditstatistiken mit 284,78 Millionen. Zweitere Angabe dürfte somit ein Verschreiber sein und die erste Zahl die Angabe ohne eine Kreditzusage in Höhe von 12 Millionen.

261 Sitzung des Verwaltungsrates 22.10.1953 S 221

262 Ebd. S 221.

13.1 Stabilisierung der Wirtschaft, stetes Wachstum

Mit dem Jahr 1953 brach in Österreich endgültig die Zeit der „Goldenen 50er“ an. Nie später war das Wirtschaftswachstum so hoch (durchschnittlich über 6%), nie wieder gab es einen derartigen Optimismus für die Zukunft. Mit Hilfe einheitlicher Wechselkurse für den Dollar und damit einer faktischen Abwertung des Schilling²⁶³, stiegen Exporte und Importe kräftig, der Handel blühte. Mehrere Steuersenkungen reduzierten die Steuerlast, das Sparförderungsgesetz erlaubte die rasche Abschreibung von festverzinslichen Wertpapieren und damit eine höhere Rendite. Durch den Anstieg der Sparquote konnten öffentliche Investitionen in Form von Anleihen nun auch durch private Gelder finanziert werden. Mit dem Staatsvertrag erhielt Österreich auch noch seine Unabhängigkeit zurück.

Obwohl sowohl Zinserträge als auch die der Provisionen auf fast 7 Millionen gestiegen waren, konnten sie die Steigerungen im Verwaltungsaufwand nicht kompensieren. Inklusive der Gewinne der Bausparkasse blieb bei der Gegenrechnung dennoch ein Minus von 568.000 Schilling.²⁶⁴

Die Veranlagungsstatistik²⁶⁵ zeigt, dass generell die Einlagendisziplin zugenommen hatte. Bis auf die Bundesländer Tirol und Vorarlberg (erstmalig getrennt ausgewiesen) die sich beide unter der 60% Marke bei Veranlagungen bei der Girozentrale

263 Bachinger/Matis, Schilling, S 220-222.

264 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 1.4.1954 Beilage 20 Erläuterungen zur Bilanz 1953.

265 Sitzung des Verwaltungsrates 8.4.1954. Beilage 1 Geschäftsbericht. Vgl. Sitzung des Verwaltungsrates 22.10.1953 Beilage 1 Geschäftsbericht und Statistik von der Sitzung des Verwaltungsrates 15.12.1950.

bewegten, hatten alle anderen, bis auf die Steiermark, die knapp darunter lag, über 75% ihrer freien Gelder beim Zentralinstitut angelegt, Führender auch 1953: Wien mit über 84%. Dieses Plus für die Girozentrale bedeutete ein Minus für die Banken und den Baranteil der Reserven.

13.2. Das langfristige Anleihegeschäft

Die Girozentrale stieg mit dem Jahr 1954 groß in das Anleihegeschäft ein. Sie garantierte 600 Millionen der Anleihe zur Elektrifizierung der Bundesbahn, 100 Millionen sollten an die Sparkassen weitergegeben werden. 200 Millionen einer Landesanleihe Niederösterreich, und 300 Millionen einer Anleihe für die NEWAG wurden ebenfalls übernommen.

Dies war einerseits Ausdruck des neuen Selbstbewusstseins, da die Einlagen der Sparkassen nur so sprudelten, dann auch die Wendung der Bank weg von der reinen Liquiditätspolitik hin zu einer Kreditpolitik, und ein weiterer Grund bestand dahin gehend, dass auf Grund der großen Mengen an verfügbarem Geld die Zinsen für Geldanlagen bei anderen Kreditinstituten deutlich geschrumpft waren. Und hier spielte auch das neue, gespannte Verhältnis zu den verstaatlichten Banken herein.

13.3 Konflikt mit den Banken

Direktor Landertshammer namens der Länderbank hatte in einer Pressekonferenz „über die in allen Tageszeitungen ausführlich berichtet wurde.“²⁶⁶ gegen den Sparkassensektor polemisiert. Der Chef der Länderbank hatte sich beschwert, dass Gelder der Sparkassen mit 6% verzinst würden, was viel zu hoch sei und geradezu eine Subventionierung des Sektors sei. Als Begründung für den hohen Zinssatz gab Landertshammer an, dass die Sparkassen eine Bilanzlücke von 900 Millionen hätten. Die Banken dagegen hätten ihre Probleme aus Eigenem geschafft, die Sparkassen stünden aber vor einer prekären Situation.

Daraufhin wurde ein Text ausgearbeitet, der bei einer Pressekonferenz Ende März präsentiert wurde. „Desweiteren werden Präsident Beyer und Generaldirektor Benedikt ersucht, bei den verantwortlichen Stellen der ÖVP dahin zu wirken, dass das Organ der ÖVP nicht in so großer Aufmachung zur Polemik gegen die Sparkassen zur Verfügung steht.“²⁶⁷

Der Text hatte Richtigstellungen bezüglich des Zinsfußes (der sei Verhandlungssache und ein Spiel zwischen Angebot und Nachfrage und außerdem keine 6% hoch gewesen), der Rekonstruktionserfordernisse (der gesamte Kreditsektor habe einen Bedarf von 900 Millionen, nicht die Sparkassen) und eine ausführliche Begründung warum die Banken ihre „non-valeurs“ schon hatten abschreiben konnten, zum Inhalt. Der Grund wäre ihre einzigartige Stellung im Bankgeschäft. Über die verstaatlichten Banken wären faktisch 100% der sechs Milliarden an ERP-Mitteln geflossen,

²⁶⁶ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 18.2.1954 S 1337.

²⁶⁷ Ebd S 1353f.

schließlich seien sie anfangs die einzigen Abrechnungsstellen gewesen, sie hätten durch die ERP-Geschäfte faktisch kein Risiko, aber enorme Mittel zur Verfügung gehabt, und schließlich hätten sie mit der Finanzierung von Import- und Exportgeschäften, die traditionell in ihren Händen lagen, auch abseits der ERP-Geschäfte exzellent verdient.

Da bei den Banken die Spareinlagen nur 14% des gesamten Geldvolumens darstellten, der Rest aber gering zu verzinsendes Giralgeld, sei auch die Zinsspanne im Vergleich zu den Sparkassen, wo der Sparanteil über 50% ausmache, wesentlich günstiger. Als das Geld knapp war, hätten die Banken um das Sparkassengeld gebuhlt, nun, da mehr als notwendig vorhanden sei, beschwere man sich.²⁶⁸

Die Pressekonferenz von Landertshammer muss die Funktionäre sehr hart getroffen haben, wenn sie nicht nur eine öffentliche Stellungnahme dazu vornahmen (wenn auch mindestens eineinhalb Monate später, ob sich da noch jemand dafür interessierte?) sondern auch ihre politischen Kontakte spielen ließen, damit um die Sache nicht so viel Aufhebens gemacht würde.

Jedenfalls verlangte Landertshammer die Räumung des Kontos bis auf symbolische 100 Schilling und kürzte den Zwischenbankenzinsfuß für täglich fälliges Geld von 4,375% auf 1,5%. Die 100 Millionen wurden zur CA bzw. dem Credit-Institut transferiert, doch diese hatten ebenso ihre Zinssätze auf 3% bzw. 2% gesenkt.

Auch die Girozentrale musste auf die allgemeine Zinssenkung reagieren und kalkulierte, dass eine Senkung bei den täglichen Gelder und den Festgeldern um jeweils 0,5% einen Zinsüberschuss von 10,5 Millionen bringen würde. Der Zinssatz

268 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 25.3.1954 Beilage 5 Text der Pressekonferenz.

für die Liquiditätsreserve solle dagegen gleich bleiben.²⁶⁹ Diese Maßnahme war befristet, nach Vorliegen der Halbjahresbilanz wollte man neu entscheiden.²⁷⁰

Generaldirektor Benedikt rekapitulierte diese Geschehnisse, die von der Länderbank „... eingeleitete und durchgeführte Pressekampagne gegen die Sparkassen im allgemeinen, die jedoch offensichtlich gegen das Spitzeninstitut derselben die Girozentrale gerichtet war“²⁷¹, später in einer Verwaltungsratssitzung: Die Länderbank, die ohnehin nie Festgelder entgegennehmen wollte, sei in Person von Landertshammer an ihn herangetreten und habe die geringe Einlage der Girozentrale bedauert. Nach Intervention der beiden Großsparkassen²⁷² wurde die Einlage auf 100 Millionen erhöht. Schon bald darauf ließ der Generaldirektor wissen, dass er gerne das inzwischen 120 Millionen große Konto abgebaut haben wolle. Benedikt tröstete ihn auf eine Entscheidung des Geschäftsführenden Ausschusses, doch am 1. März teilte die Länderbank mit, dass die Zinsen am folgenden Tag von 4,375% auf 1,5% gesenkt würde.

Daraufhin hatten die anderen verstaatlichen Institute, die CA und das ÖCI, angekündigt, Bankguthaben mit 3% ebenfalls niedriger zu verzinsen, und das auch nur bis zu einem gewissen Betrag, darüber hinaus nur mehr mit 2%. „Als weitere Verschärfung des zweifellos ausschließlich gegen die Girozentrale gerichteten Druckes ...“²⁷³ kündigten die drei Banken an, die Gebühren, die die PSK bei Kontomanipulation forderte, weitergeben zu wollen. „Trotz all dieser Repressalien –

269 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 25.3.1954 S 1357f und Beilage 4.

270 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 1.4.1954 S 1364.

271 Sitzung des Verwaltungsrates 8.4.1954 Beilage 1 Geschäftsbericht S 1.

272 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 21.1.1954 S 1326f.

273 Sitzung des Verwaltungsrates 8.4.1954 Beilage 1 Geschäftsbericht S 4.

ich gebrauche mit Absicht diesen etwas harten Ausdruck – konnte sich die Girozentrale mit einer relativ geringfügigen Zinssatzsenkung den Sparkassen gegenüber bescheiden“²⁷⁴ so Benedikt.

Über die Geschäftspolitik des Sparkassensektors führte er aus: „Dieser Zustand [das nicht Zusammenhängen von Sparzinsen und Bankrate, Anm.d.Verf.] wird erst dann wieder erreicht werden können, wenn die Sparkassen ihre [...] liquiden Mittel bei ihrer Girozentrale so verzinst erhalten, wie es [...] ihre angespannte Ertragslage erfordert. Die Girozentrale wiederum ist nur dann in der Lage in ihrer eigenen Zinsfußpolitik eine gewisse Stabilität zu halten, wenn sie Anlagen zur Verfügung hat, die auch wiederum nicht ständig Schwankungen unterworfen sind.“²⁷⁵

Erst mit dem Bundesfinanzgesetz für 1954 BGBl 26/1954 wurde der Finanzminister ermächtigt, Anleihen von bis zu zwei Milliarden auszugeben und die Haftung darüber zu übernehmen. Das war der Startschuss für die Girozentrale, die Anleihe zur Elektrifizierung der Bahn, die NEWAG-Anleihe und die Anleihe des Landes Niederösterreich wurden binnen kurzer Zeit gezeichnet.

Die NEWAG schuldete bis dahin 117 Millionen, die mit durchschnittlich 10% verzinst waren. In der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses direkt vor der Verwaltungsratssitzung war beschlossen worden, Kredite von 90 Millionen, die die NEWAG bei CA und ÖCI laufen hatte, abzulösen. Dadurch wollte man auch vermeiden, den beiden Instituten etwas von der 300 Millionen-Anleihe abgeben zu müssen. Die Sparkassen, die Widmungseinlagen für diesen Kredit gegeben hatten,

274 Ebd. S 4.

275 Ebd. S 5.

wurden im selben Ausmaß an der Anleihe beteiligt. Weil sie nicht an der Börse gehandelt wurde und das Land Niederösterreich die Haftung für 300 Millionen übernommen hatte, konnte sie bei der Nationalbank zum Lombard eingereicht werden.

Von der Bahnanleihe wurde die Übernahme von 600 Millionen garantiert, 100 davon konnten an die Sparkassen weitergegeben werden. Die 200 Millionen Niederösterreich-Anleihe war so wie die der NEWAG, eine teilweise Konvertierung von früheren Krediten, für die Girozentrale selbst verblieben letztendlich 130 Millionen.

Schon bald folgte eine weitere Senkung der Bankrate, bei der CA wurden regulär nur mehr 2% gegeben, alles über 300 Millionen nur mehr mit 1,5% verzinst, beim ÖCI lag die Schwelle bei 250 Millionen.

Gute Anlagemöglichkeiten wurden rar, das Wechselgeschäft dümpelte dahin, die Sparkassen bekamen deswegen ab Juli, vorläufig begrenzt bis Ende September, geringere Zinsen. Der Sparanteil der Liquiditätsreserve wurde nun mit 3,5% (4), der Giroanteil mit 1% (1,25) verzinst, das normale Girokonto mit 2,75% (3). Generell wurden keine Festgelder mit einer längeren Laufzeit als 90 Tagen neu hereingenommen.²⁷⁶

Bei gleich bleibenden Konditionen (per 31. Mai) rechnete man mit einem Zinsabgang von 39 Millionen. Darin waren allerdings 12 Millionen enthalten, die auf Grund einer Rekonstruktion zu lukrieren gewesen wären, nur war eine Rekonstruktion auf Grund bürokratischer Gegebenheiten für 1954 nicht mehr zu erwarten.

Auf Grund des geringen Zinsniveaus suchte die Bank verstärkt Anlagemöglichkeiten

276 Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 1.7.1954 S 1405f.

in Anleihen, Kreditaktionen und ähnlichem.

Die Wohnhauswiederaufbauanleihe wollte sie mit 200 Millionen zeichnen, etliche Vorhaben waren aber gescheitert, wie eine Anleihe für die VOEST oder eine Kreditaktion für Bauern in Höhe von 300 Millionen.²⁷⁷

Weiterhin strömte Kapital zur Girozentrale, nur die Veranlagung wurde ein immer größeres Problem. Die Bilanzsumme hatte sich auf 3,3 Milliarden erhöht (nach der 3. Abfuhranordnung war sie gerade einmal bei 900 Millionen gelegen), an Spitzentagen waren bis zu zwei Milliarden liquid. Aus diesem Grund, und weil die allgemeinen Zinsen schon darunter lagen, wurden die 100 Millionen 2,5% Bundesschatzscheine an die Nationalbank zurückgegeben. Immerhin schon 200 Millionen waren in Anleihen investiert, auch das Volumen der ausgenützten Kredite hatte sich um rund 60 Millionen erweitert.

Bei der Veranlagungsstatistik der Sparkassen erkennt man einen weiteren Trend zur Konzentration der Mittel bei ihrem Zentralinstitut. Spitzenreiter wie auch die letzten Male die Wiener Sparkassen, sie hatten über 93% ihrer liquiden Mittel bei der Girozentrale angelegt. Schlusslicht war Tirol das sogar noch weniger bei der Girozentrale engagiert war als drei Monate zuvor. Einen großen Sprung machten dagegen die Vorarlberger Sparkassen, die schon an der 75% Marke kratzten, die Banken verloren mehr als die Hälfte ihres „Marktanteils“ in Vorarlberg. Sparkassen von immerhin 6 Bundesländern hatten mehr als 80% ihrer liquiden Mittel bei der

²⁷⁷ Sitzung des Verwaltungsrates 23.6.1954 Beilage 7 Geschäftsbericht.

Girozentrale angelegt.²⁷⁸

Der bedeutendste Unterschied in der Veranlagungsstatistik im Dezember zu der 3 Monate davor war, dass nun auch in Tirol die Banken unter einen Anteil von 30% gefallen waren und knapp 2/3 der Gelder nach Wien floss. Ansonsten pendelten sich die Anteile für die Girozentrale bei 80% ein, auch Vorarlberg hatte die 76% überschritten. Einsamer Spitzenreiter war weiterhin Wien mit über 93%.²⁷⁹

Zum Jahresultimo 1954 hatte die Bank eine Belastungsspitze von 1,1 Milliarden, die aber nur mit 510 Millionen wegen des Bedarfs der Sparkassen entstanden war. Der Rest gliederte sich in stärkere Kreditausnutzungen, Abhebungen durch Banken, angekaufte Wechsel, aber vor allem auf die nun stark angelaufenen Engagements im Anleihegeschäft. Mittlerweile war in dem Verhältnis zu den Banken so etwas wie Hämie eingeflossen, wenn Benedikt von der Entwicklung sprach „dass die monatlich so offenherzig von den Banken verlautbarte und durch Mittel der Sparkassen aufgeblähte Liquidität eine empfindliche Verringerung erfahren hat ...“²⁸⁰ Die Großbanken hatten den anfangs wohl eher belächelten Mitbewerber kaum als echte Konkurrenz gesehen, aber mit einer Bilanzsumme von über drei Milliarden war die Girozentrale in die erste Reihe getreten. Nun wurde diese neue, ernsthafte Konkurrenz heftiger bekämpft, zumal das Geld, das nun die Girozentrale beflügelte, vorher den verstaatlichen Instituten günstig zur Verfügung gestanden war. „Es ist zu sagen, dass sich unser Verhältnis zu den Banken, von einem höflichen Nebeneinanderleben abgesehen, in keiner Weise durch eine Art Annäherung

278 Ebd Geschäftsbericht Statistik. Vgl. S 113/Anmerkung 257 und Seite 115/Anmerkung 265.

279 Sitzung des Verwaltungsrates 16.12.1954 Beilage 1 Geschäftsbericht Statistik.

280 Sitzung des Verwaltungsrates 16.12.1954 Beilage 1 Geschäftsbericht S 2.

kennzeichnet, sondern eher der Eindruck entstehen muss, dass wir bei allen uns in irgend einer Weise berührenden oder interessierenden Frage mehr oder weniger allein stehen²⁸¹ so Benedikt weiter.

Die vorläufige Bilanz für 1954 wies einen Verlust von 7,4 Millionen aus. Das Institut hatte fest mit der Rekonstruktion gerechnet, der Zinsabgang von 7,2 Millionen entsprach diesem Verlust. Mit Hilfe der Rekonstruktion, mit der stille Reserven von 12 Millionen realisiert worden wären, hätte ein Gewinn von 4,6 Millionen eingefahren werden können. Eine Auflösung der Reserven wäre aber erst mit einer Rekonstruktion sinnvoll.

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 800 Millionen auf drei Milliarden. Die letzten Reichsmarkkonten wurden umgestellt, auch die nicht abzugleichenden Konten in der CSSR und Jugoslawien konnten nach Schilling- und Währungsschutzgesetz behandelt werden. Dadurch verringerten sich die Kriegsaktiva und -passiva.

14. Rekonstruktionsbilanz, Schillingeröffnungsbilanz

Erst mit dem Bundesgesetz vom 8. September 1955 zur Ordnung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Kreditunternehmungen (Rekonstruktionsgesetz) BGBl 183/1955 war es den Kreditunternehmungen möglich eine erste öffentliche Bilanz nach 1945 zu legen. Dabei wurde die Periode von 1945 bis 1954 als ein einziges Jahr

²⁸¹ Ebd. S 5.

angelegt. Alle dazwischen liegenden vorläufigen Bilanzen waren, bis auf die Gewinn- und Verlustrechnung, nicht mehr relevant. Durch den langen Zeitraum konnten erheblich Steuern gespart werden, einzelne Jahre ohne weitere Konsequenzen gegen gerechnet werden. Hauptsächlich Sparkassen und Girozentrale²⁸² hatten noch immer eine Bilanzlücke. Diese wurden mit Bundesschuldverschreibungen zu 3% geschlossen die innerhalb von 35 Jahren verlost wurden.

Im Vergleich zu vorläufigen Bilanz wies die Rekonstruktionsbilanz unter den Aktiva die zuerkannte Forderung von 411,55 Millionen Schilling aus. Ein Verlust von 24 Millionen seit 1945 konnte eliminiert werden, 1,8 Millionen Überschuss wurden zur Abschreibung nicht einbringlicher Forderungen verwendet.

401 Millionen waren Guthaben bei der Zentrale der Deutschen Girozentralen in Berlin, 9,8 Millionen Abschreibungen auf eigene deutsche Wertpapiere, zusammen 411,55 Millionen.

Da bisher die Wertpapiere nach dem Niedrigstwertprinzip in den vorläufigen Bilanzen gestanden hatten, ergab sich ein Buchgewinn wegen der höheren Börsenkurse von gut 5 Millionen. Gebäude und Grundstücke wurden um 6,9 Millionen höher bewertet, weil nach Rekonstruktionsgesetz vorzeitige Abschreibungen unzulässig waren. Das gleiche galt für die Betriebsausstattung. Kriegsaktiva und -passiva sind logischerweise in der Rekonstruktionsbilanz nicht mehr vorhanden. Schuldner reduzierten sich um 1,3 Millionen, durch die vorgeschriebenen Sammelwertberichtigungen die Passiva um 1,9 Millionen. Die Rücklagen wurden auf den Stand 31.12.1944 zurückgesetzt. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen wurden ebenfalls auf den Stand 31.12.1944 gesetzt, dadurch verringerten sie sich

282 Seidel, Österreichs Wirtschaft. S 550.

um rund 7,3 Millionen.

Die Gewinn und Verlustrechnung wurde prinzipiell so gestaltet, dass die geprüften provisorischen Bilanzen zusammengefügt wurden, außerordentliche Aufwendungen oder Gewinn wurden nicht berücksichtigt. Demzufolge konnte Wertpapiergewinne nur über den ganzen Zeitraum berechnet werden.

Für die Schillingeröffnungsbilanz musste nach dem Bundesgesetz vom 7. Juli 1954 über die Aufstellung von Schillingseröffnungsbilanzen SEB und über die Umstellung BGBl 190/1954 bilanziert werden.

Dieses Gesetz eröffnete die Möglichkeit Anlagegüter nach dem Zeitwert (Anschaffungswert) in die Bücher zu nehmen und dadurch konnten hohe Abschreibungen geltend gemacht werden. Ebenso konnten Wertpapiere und Beteiligungen neu bewertet werden.

In der Reko-Bilanz waren die Wertpapiere noch mit 12,6 Millionen stiller Reserven gestanden, nun mit der SEB wurden sie um rund 10 Millionen aufgewertet, 2,5 Millionen blieben in Reserve. Die Bilanz schloss mit einem Gewinn von 9,8 Millionen Schilling.

15. Résumé

Die Girozentrale, gegründet erst kurz vor dem Einmarsch der deutschen Truppen, erhofft und gewünscht aber schon viel länger, war, wahrscheinlich schon auf Grund

des Milieus der Gründungspersönlichkeiten und des politischen Umfeldes, kein Hort des Österreichertums. Sehr schnell und unauffällig gliederte sie sich in den deutsch-nationalen Kontext ein.

Schon allein aus der Tatsache, dass lediglich eine Person, zwar aus ungenannten Gründen, aber wohl auf Grund ihrer jüdischen Herkunft, ihren Platz räumen musste, zeigt das Klima im Betrieb. Nach dem Krieg wurden mehr als 20% der Belegschaft wegen Mitgliedschaft bei der NSdAP entweder entlassen oder gekündigt, auch ein Wert der deutlich über dem Durchschnitt lag.

Die Bank nahm sehr intensiv die Kriegsfinanzierung auf, durch die bei den Sparkassen schon vorhandenen gewesenen Spargelder, den kriegsbedingten Konsumstau und dadurch stark wachsende angelegte Gelder, konnten enorme Mengen für die Kriegsfinanzierung freigemacht werden. Die Sparkassen und die Girozentrale waren zur Zeit der Rekonstruktion der Kreditinstitute nicht umsonst der Sektor, der die größte Menge an noch in den Büchern stehenden „non-valeurs“ hatte. Und das trotz der im Zuge der 3. Abfuhranordnung abzuliefernden 3,28 Milliarden Schilling.

Die Bank hatte im Zuge der Arierisierungen auch zugegriffen, die Aussagen in den Gremien muss man allerdings nicht so interpretieren, zumindest beim eigentlichen Hauskauf. Anders sieht es bei der versuchten „Entjudung“ aus, hier wird deutlich, wes Geistes diese Aktion war. Hier ging es, auch schon rein vom sprachlichen Aspekt, um Zugriff auf eine Immobilie die möglichst günstig und ohne Skrupel erworben werden sollte. Nachdem man in diesem Fall nicht zum Zug gekommen war, sicherte man sich vom Käufer wenigstens das Vorkaufsrecht. Dieses wurde nach dem Krieg

wieder gelöscht.

Bei der Restitution nach dem Krieg beharrte das Institut lange Zeit auf seinen Standpunkten der Rückerstattung des Kaufpreises und der getätigten Investitionen, dadurch hatten sie bald den guten Willen der Gegenpartei verspielt. Wenn man sich die Beträge ansieht, um die es nach Meinung der Girozentrale ging, muss man sich fragen, ob dies nicht ein Justament-Standpunkt war, nämlich die Unmöglichkeit der Einsicht, ein Unrecht begangen zu haben. Aber zumindest damit war sie im damaligen Österreich nicht alleine.

Nach dem Krieg wurde, wie bei fast allen Kreditinstituten, die Führungsetage ausgetauscht und mehrere Kollegialgremien, wie der Verwaltungsrat und der Geschäftsführenden Ausschuss, neu gegründet. Diese waren mit den Sparkassenvertretern der verschiedenen Bundesländer bestückt, Wien hatte eine dominante Stellung, allein schon von den Persönlichkeiten her. Doch diese demokratischen (Walitza lehnte z.B. einen Vorstand als nationalsozialistisch ab) Gremien waren langsam und träge. Bei den Großbanken entschied der Generaldirektor über Kredite, bei der Girozentrale ein demokratisches Gremium, das manchmal mehrere Sitzungen brauchte, um für sich selbst zu entscheiden. Im Fall weitreichender Entscheidungen musste dann allerdings noch der Verwaltungsrat befragt werden.

Der Geschäftsführende Ausschuss traf sich maximal einmal die Woche, der Verwaltungsrat minimal viermal im Jahr. Zwar hatte das Aufsichtsgremium letztlich das letzte Wort, und hier wurden auch die großen Themen und die Politik abgehandelt, doch durch die personellen Überschneidungen führten auch hier die

maßgeblichen Männer des Geschäftsführenden Ausschusses das Wort. Da das Kreditgeschäft oft schnelle Entscheidungen erfordert, musste fast zwangsläufig der Verwaltungsrat sehr oft erst hinterher feststellen, was alles ohne ihn geschehen war, insbesondere auf dem Kreditwesen.

Die Direktion war zwar nominell nur ein ausführendes Organ des GFA, doch erhielt sie immer mehr Befugnisse bzw. die nicht definierten Befugnisse mussten erst sukzessive eingeschränkt werden. Dies bekam die Bank besonders in den letzten Jahren unter Otto Benedikt zu spüren, als dieser im Eigenermessen vom später berüchtigten Pleitier Haselgruber im großen Stil Wechsel herein nahm. Haselgruber finanzierte mit kurzfristigen Geldern den Aufbau seines Stahlwerkes in St.Andrä-Wörtern und war nach Abrechnung aller Aktiva und Passiva mit 173 Millionen Schilling im Minus.²⁸³

Der Bank wurden zwar im Zuge der Rekonstruktion 411 Millionen Rekonstruktionsschuldverschreibungen zugeschrieben, doch erhalten hat sie diese erst viel später. „Dazu kommt, dass die öffentlich-rechtliche Bankanstalt auf Grund des Rekonstruktionsgesetzes beim Bundesministerium für Finanzen eine bedeutende Reko-Forderung geltend gemacht hat und ihre Rechtsform einer Zuerkennung der Rekonstruktionsforderung bisher hindernd im Wege stand.“²⁸⁴ Also wurden der Girozentrale erst nach der Auflösung der Anstalt durch das Girozentralegesetz BGBl 146/1958 und der Neugründung als Aktiengesellschaft diese 411 Millionen wirklich

283 Ein kurzer Abriss zu Haselgruber hier: Hubert Sickinger, Von der „Insel der Seligen“ zur „Skandalrepublik“? Politische Skandale in der Zweiten Republik. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Innsbruck, Wien, Bozen ²2007 S 715.

Mehr zu Haselgruber: „Express“ vom 12.6., 16.7. und 17.7.1958 „Die Haselgruber-Story“.

284 AdR, BMF, Allgemeine Akten 1958, ZI 105425/18 1958. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 26.6.1958 Beilage 3 S 6.

zugestanden.

Es mag an der „besonderen Staatsaufsicht“ gelegen haben, dass die Bank so viele Probleme mit der Aufsicht in den ersten Jahren hatte, oder die Personen waren einfach inkompatibel. Mit dem Wechsel zu MR. Schmid als Staatskommissär werden die Streitereien sichtlich weniger, das kann aber auch mit dem allgemein ruhigeren wirtschaftlichen Fahrwasser zusammenhängen.

Doch als die, durch die Haselgruber-Pleite in die Krise gerutschte, Girozentrale ihre neue Rechtsform wollte und sich durch die neue Satzung nicht mehr so am Gängelband des Finanzministeriums halten lassen wollte, waren die Fronten wieder verhärtet und um jeden Ausdruck und Zeile gefeilscht. Besonders die Bestellung, Bestätigung oder Abberufung aus der Direktion, Vorstand und Verwaltungsrat war ein lang andauernder Zankapfel zwischen dem Finanzministerium und der Anstalt. Noch dazu mischte sich das sozialistische Innenministerium ein, dieses war wohl von der linken Reichshälfte in den Gremien angerufen worden.

Die Großveranlagung in Anleihen sollte der Bank in den Jahren 1955 und 1956 noch gröbere Probleme bereiten, die Gelder der Sparkassen flossen nicht mehr so reichlich und enorme Geldmengen waren in Anleihen gebunden. Wieder musste das Institut zur Nationalbank um sich Geld durch Belehnung der Anleihen zu leihen.

Noch dazu musste es einen Regierungskommissär akzeptieren, der offiziell bestellt worden war, weil der Geschäftsführende Ausschuss wegen zu geringer Mitgliederanzahl beschlussunfähig wäre (durch Abberufung von GD Benedikt und Todesfällen mehrerer Mitglieder hatte er nur mehr deren fünf und wäre nicht immer entscheidungsfähig), inoffiziell aber wegen der Geldschwierigkeiten die mit der Pleite

Haselgrubers aufgetaucht waren, dorthin geschickt worden war.

Das Verhältnis der Girozentrale zu den Sparkassen war prinzipiell und allgemein gut.

Nach der Krise im Jahr 1947 kalmierten sich die Gemüter und scharf gehaltene Briefe finden sich keine mehr. Für die Sparkassen war die Girozentrale eine Institution die sie vom Geld- und Kapitalmarkt unabhängiger machte, für die Girozentrale waren die Sparkassen die wichtigste „Einnahmequelle“ aus deren Mittel sie wiederum ihre Geschäfte betreiben konnte. Gleichzeitig war die Bank mit dem Verband der Mittler zu Behörden und anderen Banken.

In Einzelfällen, wenn eine einzelne Sparkassen um Hilfe anklopfen, konnte es passieren, dass diese regelrecht abgekanzelt wurde, je kleiner desto eher. Da wurde schon die Revision gerufen um die Gebarung zu untersuchen oder ein Darlehen, ein verbilligter Kredit, glatt abgelehnt. Natürlich kann man aus den Protokollen nicht die Hintergründe herauslesen, aber sooft sich die Gremien über den rüden Ton der Aufsicht beschwerten, sooft fühlt man sich an das Recht des Stärkeren erinnert, der dieses auch durchsetzt, eben auch gegenüber den „eigenen Leuten“.

Letztendlich bekommt man das Gefühl, dass die Giro-Leute sich als etwas besseres sahen, nicht mehr als Sparkassenleute sondern als Banker, sie waren in die elitäre Gruppe aufgestiegen, sie konnten sich mit denen messen. Und genau dieses Gefühl habe ich zu Hause früher auch unterschwellig mitbekommen, eine Bank ist eine Bank, aber eine Sparkasse nur eine Sparkasse.

Quellen:

Archiv der Erste Bank der österreichischen Sparkassen 3., Gottfried-Keller-Gasse 1-3.

Akten der Girovereinigung der Sparkassen bzw. Girozentrale der ostmärkischen Sparkassen bzw. Girozentrale der österreichischen Sparkassen:

Protokolle der Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses.

Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates.

Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Bundesministerium für Finanzen
Allgemeine Akten.

„Express“ vom 12 Juni, 16. Juli, 17. Juli 1958

Literatur:

Karl Bachinger, Hildegard Hemtesberger-Koller, Herbert Matis, Grundriss der österreichischen Sozial und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Wien 1987.

Karl Bachinger, Herbert Matis, Der österreichische Schilling. Geschichte einer Währung. Graz, Wien, Köln 1974.

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.): Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Wien 1985.

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.): Felix Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt. Stuttgart 1992

Gerald D. Feldman, Oliver Rathkolb, Theodor Venus, Ulrike Zimmerl, Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit Band 1 Die Creditanstalt-Bankverein. München 2006.

Gerald D. Feldman, Oliver Rathkolb, Theodor Venus, Ulrike Zimmerl, Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit Band 2: Regionalbanken, Länderbank und Zentralsparkasse. München 2006.

Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Innsbruck, Wien, Bozen ²2007.

Girozentrale und Bank der österreichischen Sparkassen Aktiengesellschaft (Hg.): 50 Jahre Girozentrale Wien. Wien 1987.

Wilfried Mähr, Der Marshallplan in Österreich. Graz, Wien, Köln 1989.

Peter Melchiar, Neuordnung im Bankwesen. Die NS-Maßnahmen und die Problematik der Restitution. (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 11). München, Wien 2004.

Josef Neubauer, Kein Spielball für Götter. Meine Geschichte der Zentralsparkasse. Wien, Köln, Weimar 1994.

Günter Bischof, Anton Pelinka, Dieter Stiefel (Hg.): The Marshall Plan in Austria (Contemporary Austrian Studies Volume 8).

Hans Seidel: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Wien 2005.

Dieter Stiefel (Hg.): Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und „Wiedergutmachung“. München 2001.

Österreichischer Sparkassenverband (Hg.): 100 Jahre Sparkassenverband. Wien 2005.

Ferdinand Tremel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs. Wien 1969.

Wilhelm Weber. Wirtschaftsfragen der Ersten und Zweiten Republik. In: Institut für Österreichkunde (Hg.), Die Wirtschaftsgeschichte Österreichs Wien 1971.

Österreichische Geschichte. Herwig Wolfram (Hg.): Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien ²2005.

Österreichische Geschichte. Herwig Wolfram (Hg.): Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien ²2005.

Abstract:

Die Girovereinigung der Sparkassen, kaum im Dezember 1937 gegründet, erlebte die Ereignisse der Machtübernahme der Nationalsozialisten in der Aufbauphase.

Auch zum Zweck der Propagierung und Ausbaus des Giroverkehrs entstanden, wurden die neuen Möglichkeiten des deutlich vergrößerten Marktes weidlich genutzt.

Die Bank legte einen enormen Aufstieg hin, innerhalb weniger Jahre war sie, nach der Bilanzsumme gemessen, eine führende Bank in der Ostmark.

Durch schon vorhandene Spargelder, und dem durch den Krieg bedingten Konsumstau, standen dem Institut große Geldmengen zur Verfügung. Große Teile wurden direkt und indirekt in die Kriegsfinanzierung investiert. Einerseits wurde der Staat finanziert, andererseits Kredite an kriegswichtige Gesellschaften vergeben.

Nach dem Krieg wurden mehr als 20% der Belegschaft entlassen oder gekündigt, nach dem März 1938 lediglich eine Person.

Die Entwicklung des Institutes stellte sich vor allem in den ersten Jahren als sehr schwierig heraus, die Teilung Österreichs in Zonen bewirkte auch fast eine Teilung des Sparkassensektors. Nur nach Drohungen vor behördlichem Einschreiten konnte die Girozentrale über die gesetzlich vorgeschriebenen Gelder der Sparkassen verfügen.

Bis zur Trendwende des Jahres 1952, mit seiner deutlich gedämpften Inflation, waren die Zuflüsse der Sparkassen begrenzt. Erst mit steigendem Sparwillen und einhergehender höherer Sparquote konnte die Bank erhebliche Gelder aus dem Sektor lukrieren und in zunehmende Konkurrenz mit den Wiener Großbanken treten.

Die Rekonstruktion mit 31.12.1954 erlaubte es auch der Girozentrale, wieder Bilanzen zu legen. Im Zuge der Wiederherstellung wurden ihr mehr als 411 Millionen zur Schließung ihrer immer noch vorhandenen Bilanzlücke zuerkannt, die sie letztendlich aber erst mit der Auflösung als Körperschaft öffentlichen Rechts und der Überführung in eine Aktiengesellschaft erhielt.

Mein Name ist Hannes Zelezny, ich bin am 25. Februar 1970 in Wien geboren.

Ich habe 1988 am BG+BRG 15 Diefenbachgasse maturiert.

Mit dem Wintersemester begann meine Laufbahn auf der Universität. Nach etlichen längeren Unterbrechungen habe ich mit dem Sommersemester 2008 das Studium der Geschichte beendet.